2/2018

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

Nachhaltig und sozial?

Umwelt- und Entwicklungspolitik in Zeiten wachsender Ungleichheit

Seite 2
Die Umweltbewegung und die soziale Frage

Seite 10
Globale Ungleichheit: Der Exportschlager der neoliberalen Handelspolitik

Seite 14
Die Landfrage als eine „Ur-Frage" von Ungleichheit

Seite 16
Rohstoffausbeutung in Lateinamerika als Ausdruck globaler Dominanz

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Die Umweltbewegung und die soziale Frage 2
Eine sozial-ökologische Transformation braucht Antworten auf wachsende Ungleichheiten
Dr. Achim Brunnengräber

Ungleichheit durch Privatisierung … 4
… und was dagegen unternommen werden kann
Carl Waßmuth

Kohleausstieg ist eine Frage der Gerechtigkeit 6
Gemeinsam für den sozial-ökologischen Systemwandel
Robin Herbst

Gleichheit – Binnenmarkt – Europa 8
Wie die deutsche Austeritätspolitik die Kluft zwischen den EU-Staaten immer weiter öffnet
Dr. Hartmut Elsenhans

Globale Ungleichheit zum eigenen Vorteil 10
Der Exportschlager der neoliberalen Handelspolitik
Nelly Grotefendt und Jürgen Maier

Globale Ungleichheit 12
Extremer Reichtum und extreme Armut im weltumspannenden Wirtschaftssystem
Ellen Ehmke

Recht auf Land 14
Die Landfrage als eine „Ur-Frage" von Ungleichheit
Roman Herre

Agrarökologie geht nur mit Ernährungssouveränität 16
Alternative Wirtschaftsformen auf dem Land können Ungleichheit abbauen
Dr. Bernhard Walter

Extraktivismus als Ausdruck globaler Unterdrückung 18
Zur Reproduktion von Ungleichheit in Lateinamerika
Alberto Acosta

Portugal: Ein Robin-Hood-Staat? 20
Unverhoffte Allianz auf neuen Wegen nach der Krise
Elísio Estanque

Schwerpunkt – Publikationen 21

AKTUELLES

Handelskriege: Deutschland bald allein zu Hause? 23
Der Exportweltmeister strapaziert das Welthandelssystem zu Lasten aller anderen
Jürgen Maier

EU-Agrarpolitik – wie weiter nach 2020? 25
Kommission macht einen Schritt vor und zwei zurück
Lavinia Roveran

Das Ende der Umweltpolitik in Ungarn? 27
Über die politische Kehrtwende der ungarischen Regierung
Gábor Szabó

Der Brexit und seine Folgen für die Umweltpolitik 29
Die Rückkehr des ‚schmutzigen Mannes Europas'?
Alistair Taylor

Weniger Insekten – weniger Bienen 31
Die Agrarpolitik braucht einen Kurswechsel
Katrin Wenz

THEMEN AUS DEM FORUM

Weltmeister des Nachhaltigkeitss(ch)eins 33
Wie die internationale Sicht auf Deutschland wenig mit der nationalen Realität zu tun hat
Elisabeth Staudt

Lebendige Flüsse für Europa 35
Aufhören mit der subventionierten Unvernunft wäre ein guter Anfang für unsere Gewässer
Tobias Schäfer

Sonderklagerechte für InvestorInnen illegal? 37
Der Europäische Gerichtshof entscheidet im Fall Achmea
Nelly Grotefendt und Jeremy Oestreich

Globale Schifffahrt 39
Gefahr für Klima und Gesundheit
Dietmar Oeliger

Neueste Publikationen Forum Umwelt & Entwicklung 41

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im September 2018.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030 / 678 17 75 910, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Marijana Todorovic und Josephine Koch **MITARBEIT:** Jeremy Oestreich
KORREKTORAT: Julia Rintz **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Johnny Miller / Millefoto
DRUCKEREI: Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 03. Juni 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in Zeiten wachsender Ungleichheit werden Vorschläge und Konzepte dringend gesucht, die eine auseinanderdriftende Gesellschaft wieder zusammenbringen. Alternativen zu den neoliberalen Dogmen, die in den letzten Jahrzehnten reale Fortschritte zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verhindert haben, sind daher gefragter denn je.

Auch für Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gilt: Der Wandel hin zu einer ökologisch nachhaltigeren Gesellschaft kann nur dann gelingen, wenn er von der Mehrheit der Bevölkerung als sozial und fair empfunden wird und zur Verringerung sozialer Ungleichheit beitragen kann.

Mehr soziale Gerechtigkeit und weniger Ungleichheit sind der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung. Nicht umsonst wird das Ziel 10 der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, das die Reduktion von Ungleichheiten fordert, als Schlüsselziel unter den 17 Zielen gehandelt. Doch welcher Arbeitsauftrag ergibt sich daraus für die Zivilgesellschaft und wie gehen wir den Ursachen für die wachsende Ungleichheit auch in unseren Handlungsfeldern auf den Grund? Dieser Frage gehen die Beiträge dieses Rundbriefs nach.

Während beim Zusammendenken von Umwelt und Sozialem hierzulande noch Verbesserungspotenzial besteht, werden die Auswirkungen von Umweltpolitiken auf die soziale Situation der Menschen in Ländern des Globalen Südens zumindest von der Zivilgesellschaft oft viel klarer erkannt.

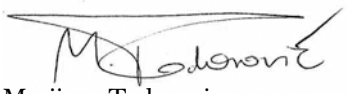
Undurchsichtiger wird es allerdings, wenn eine Politik als entwicklungsfördernd bezeichnet wird, während sie in Wahrheit soziale Ungleichheit fördert, wie beispielweise die seit Jahrzehnten praktizierte neoliberale Handelspolitik oder auch der Rohstoff-Extraktivismus in Lateinamerika. Es ist kein Zufall, dass in den rohstoffreichsten Ländern der Welt in den meisten Fällen gleichzeitig die Anzahl von Menschen, die in Armut leben, sehr hoch ist.

Ebenso wie die Ressourcenverteilung ist auch das Recht auf Land eine Frage politischer und wirtschaftlicher Macht, die in der Hand von Wenigen dem Großteil der Menschen, insbesondere im Globalen Süden, vorenthalten bleibt. Dabei werden Lösungen für globale Herausforderungen, wie beispielsweise die Ernährungssouveränität, in sogenannten ‚Entwicklungsländern' schon längst praktiziert. Es sind Kleinbäuerinnen und -bauern, die die Welt ernähren und auch im Jahr 2050 mit schätzungsweise 9 Milliarden BewohnerInnen werden ernähren können – nicht etwa die industrialisierten Agrarriesen.

Das Beispiel Portugals zeigt, wie ein Land nach Jahren zunehmender Ungleichheit und Polarisierung durch progressive Politik und Steuerreformen den Beginn des Kampfes gegen die Ungleichheit wagt und dabei sogar für Stabilität und Wirtschaftswachstum sorgt.

Nachhaltig und sozial? Wie das geht, darüber schreiben die AutorInnen in auf den kommenden Seiten.

Ich wünsche eine bereichernde Lektüre.



Marijana Todorovic

UMWELTORGANISATIONEN UND DIE SOZIALE FRAGE

Eine sozial-ökologische Transformation braucht Antworten auf soziale Ungleichheiten

Umweltorganisationen gelingt es immer wieder, für punktuelle Forderungen breite Unterstützung zu bekommen. Ihr Engagement gegen Glyphosat oder Gentechnik, für den Klimaschutz oder den Schutz des Regenwaldes und insgesamt für das große Thema der Nachhaltigkeit findet in der Gesellschaft breite Resonanz. Aber sobald neben der ökologischen Seite des Nachhaltigkeitsdreiecks auch soziale Fragen aufgeworfen werden, fällt die Zustimmung zu ihrem Engagement bereits deutlich geringer aus. Denn die Konsequenz von mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit ist eine Verteuerung von Lebensmitteln, von Haushaltsgeräten oder von Urlaubsreisen, denn die Preise sollen ja die ökologische Wahrheit sagen. Auch gut gemeinte Ideen, wie eine bessere Wärmedämmung, enden oft in Luxussanierung und höheren Mieten. Für viele Menschen sind das keine sehr attraktiven Ideen.

Dass unsere Lebens-, Konsum- und Wirtschaftsweisen die Ressourcen des Planeten übermäßig belasten, ist bekannt. Forderungen nach einer ‚sozial-ökologischen Transformation' sind bei den Umweltorganisationen daher en vogue. Sie sind die Antwort auf nicht-nachhaltige Produktion, Arbeit und Wachstum auf der Input- und den Schadstoffen, Verschmutzungen und Emissionen auf der Output-Seite des Wirtschaftssystems. Umweltorganisationen skandalisieren also mit einigem Recht die gesellschaftlichen Zustände und fordern eine Wirtschafts- und Lebensweise im Einklang mit den planetarischen Grenzen. Das Problem dabei: Die sozialen Konsequenzen der ökologischen Transformation werden oft vernachlässigt.

Soziale Blindheit

Wirtschaftliche Fragen werden dagegen adressiert. Die Transformation kostet Geld, und so wurde an vieles gedacht: An die steuerliche Absetzbarkeit oder die Subventionierung von Öko-Maßnahmen, wie es bei Solaranlage auf dem Dach oder beim Kauf von Elektroautos der Fall ist. Wem aber nützt das? Denjenigen, die Häuser zum Modernisieren haben oder Dächer, auf denen sie Solaranlage installiert werden kann. Diejenigen, die auch gerne etwas für die Umwelt und Nachhaltigkeit tun würden, aber nicht das nötige Kleingeld oder die nötige Immobilie haben, gehen dagegen leer aus oder müssen sogar einen Teil der Zeche zahlen. Fest steht jedenfalls, dass ärmere Bevölkerungsschichten durch Mehrkosten für Bio-Produkte, effizientere Haushaltsgeräte oder höhere Energiekosten erheblich belastet werden. Kurzum: Wenn Nahrungsmittel, Dienstleistungen und Gebrauchsgegenstände nachhaltig sein und die ökologische Wahrheit ausdrücken sollen, kostet das für alle gleichviel. Die einen aber merken es im Portmonee kaum, die anderen hingegen sehr schmerzlich.

Advokaten der Besserverdienenden

Sind Umweltorganisationen also eine Bewegung der Besserverdienenden? Zumindest stecken sie in einem Dilemma, denn eigentlich müssten die ökologischen Maßnahmen die finanziell Bessergestellten und die Reichen stärker belasten. Umweltorganisationen aber denken oft mehr darüber nach, welche ökologischen Effekte Transformationsprojekte haben, anstatt darüber, wie diejenigen mit ho-

© Sascha Kohlmann (BY-SA 2.0)

Für punktuelle Forderungen weiß die Umweltbewegung große Unterstützung zu finden – aber welche Perspektiven bietet sie im Hinblick auf die soziale Frage?

hen Umweltbelastungen direkt in die Verantwortung gezogen werden. Auch Umweltpolitik kann jedoch dazu beitragen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird. Mittlerweile halten immerhin 2 Drittel der Deutschen die wirtschaftlichen Verhältnisse für sozial ungerecht.

Nach 20 Jahren ökologischer Modernisierung, maßgeblich auch von der Grünen Partei vorangetrieben, gibt es aber auch GewinnerInnen. Diese haben zwar ein höheres Umweltbewusstsein und setzen sich verstärkt für ökologische Belange ein, deren hoher Konsum und Ressourcenverbrauch wird dadurch aber noch lange nicht kompensiert. So beruhigt das Elektroauto das grüne Gewissen, es wird allerdings oft als Zweit-oder gar als Drittwagen für kurze Distanzen angeschafft. Lange Strecken werden weiterhin mit fossilen Antriebsaggregaten zurückgelegt.

Besserverdienende haben in aller Regel einen höheren ‚ökologischen Fußabdruck', einfach, weil sie sich mehr Konsum und mehr Mobilität leisten können. Vieles davon gründet wiederum auf einer ‚imperialen Lebensweise', bei der der besonders dreckige Teil der Produktionskette in den Globalen Süden verlagert wird, damit die Besserverdienenden im Globalen Norden in den nachhaltigen Green Cities' (grünen Städten) leben können. Woher die Rohstoffe wie etwa seltene Erden für den Bau der Millionen von Batterien, die für die Verstromung des Verkehrs notwendig sind, kommen, und unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen sie abgebaut werden, gerät dabei schnell aus dem Blick.

Transformationen wohin?

Dabei ist die Ausgangslage für die Transformation so schlecht nicht: Immer mehr Menschen sind unzufrieden mit ihrer wirtschaftlichen Lage, mit prekären Arbeitsverhältnissen, einem ausufernden Niedriglohnsektor – aber bei den Unzufriedenen sind Konzepte für eine sozial-ökologische Transformation so ziemlich das Letzte, was sie fordern. Die meisten Menschen in Deutschland dürften davon noch nie etwas gehört haben. Man könnte meinen, dass solche Konzepte von akademischen Besserverdienenden für ihresgleichen geschrieben werden.

Wenn in Deutschland, aber auch in unseren Nachbarländern, die Wurzeln der Wut über die Verhältnisse thematisiert werden sollen, reicht es also nicht, noch so gut gemeinte Konzepte einer sozial-ökologischen Transformation zu entwickeln. Solange sich an der neoliberalen, unfairen Wirtschaftspolitik und einem ungezügelten Wachstumsfetischismus nichts ändert, bleiben solche Konzepte für die meisten Menschen unattraktiv. Sie wollen endlich wieder einen fairen Anteil am Kuchen haben. Dies gilt erst recht, wenn sie für diese Konzepte auch noch bezahlen sollen.

Hinter dem Begriff ‚Transformation' lassen sich die sozialen Probleme und andersgelagerte wirtschaftliche Interessen leicht verbergen. Er gibt auf den ersten Blick weder eine Richtung noch Maßnahmen oder ein Ziel vor, das angesteuert werden soll. Transformation wohin? Bei näherer Betrachtung gibt sogar sich widersprechende Transformationskonzepte. Aber ganz davon abgesehen, Transformationen finden real und regelmäßig statt, und ändern oft auch ihre Richtung; in der Klimapolitik zum Beispiel. Die Entstehungsphase der Klimapolitik seit dem Ende der 1980er Jahre war noch mit hohen Ansprüchen an den Klimaschutz verbunden. Das Projekt im Rahmen der Vereinten Nationen, für das das Kyoto-Protokoll steht, wurde jedoch von machtvollen Interessen zum marktwirtschaftlichen Klimaschutz transformiert. Weil dieser Versuch mit verbindlichen Zielen und konkreten Instrumenten wie dem Emissionshandel völlig danebenging, wurde die Klimapolitik mit dem Pariser Abkommen in einer weiteren Transformationsphase auf Freiwilligkeit umgestellt; ein Erfolg hat sich noch nicht eingestellt. Aufgrund verschärfter Wettbewerbsbedingungen sowie nationalistischer und rechtspopulistischer Tendenzen in vielen Ländern wird die Energiepolitik wieder stärker von den heimischen Energieträgern Öl, Kohle und Gas bestimmt.

Aber wem hilft eine solche Analyse von sozial-ökologischen Transformationsprozessen? Zumindest wird deutlich, dass Transformationen nicht per se positiv sind. In der Forderung nach einer sozial-ökologischen Transformation lässt sich also vieles verbergen, auch solche Interessen, die zwar eine grüne Ökonomie beschwören aber vom Wachstumspfad nicht abweichen wollen. Dass die ökologische Modernisierung der letzten Jahrzehnte aber nicht mehr Nachhaltigkeit gebracht hat und die soziale Ungleichheit größer geworden ist, muss als Ausgangspunkt für jede Umweltpolitik angesehen werden. Unklare Begriffe stabilisieren dagegen schnell den Status quo statt ihn in Frage zu stellen, weil sie den Skandal nicht offenlegen – und auch keine Lust auf Veränderung machen.

Gerechte Transformation

Klar ist, dass eine dringend notwendige ökologische Transformation zu mehr Nachhaltigkeit nur dann stattfinden wird, wenn sie von den meisten als fair und als Beitrag zur Lösung der wachsenden sozialen Ungleichheiten empfunden wird. Und das heißt, die Lasten dafür müssen im Wesentlichen von denjenigen getragen werden, die in den letzten 20 Jahre reicher wurden, nicht von denen, die in dieser Zeit ärmer geworden sind. Ökologische Maßnahmen müssen also viel stärker als in der Vergangenheit auf Gerechtigkeit hin entwickelt und überprüft werden, damit die Gesellschaft nicht durch Umweltpolitik weiter auseinanderdriftet.

Für Umweltorganisationen ist damit eine große Herausforderung verbunden. Sie müssen die Botschaft transportieren: Du bist wieder Teil der Gesellschaft und kannst am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Dafür müssen die Besserverdienenden sowie reiche AnlegerInnen und InvestorInnen zur Kasse gebeten werden. In Projekten zur Bürgerenergie, der Gemeinwohlorientierung, des ökologischen Wirtschaftens oder in der De-Growth-Bewegung finden eine solche Transformation in Ansätzen schon statt. Solche Initiativen müssen noch attraktiver und bunter werden; sie dürfen die soziale Frage aber nicht vernachlässigen. Wenn das Soziale mit dem Ökologischen stärker verzahnt und gerechter gestaltet wird, bezeichnen wir das in einigen Jahren oder Jahrzehnten vielleicht sogar einmal als erfolgreiche sozial-ökologische Transformation.

Dr. Achim Brunnengräber

Der Autor ist Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin und arbeitet am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) u. a. zur Klimapolitik, E-Mobilität und der Endlagerung radioaktiver Abfälle.

© campact (BY-NC 2.0)

Proteste gegen die Autobahnprivatisierung 2017 – 83 Prozent der Bevölkerung sind gegen weitere Privatisierungen öffentlicher Güter.

UNGLEICHHEIT DURCH PRIVATISIERUNG …

… und was dagegen unternommen werden kann

Seit 50 Jahren werden weltweit und auch in Deutschland Einrichtungen der Daseinsvorsorge und öffentliche Dienste privatisiert. Wasserversorgung, Energieversorgung, Verkehrsnetze, Kommunikationsnetze, kommunale Wohnungen, Leistungen des Gesundheitswesens, selbst Verschmutzungsrechte wie beim CO_2 wurden und werden erst ins Privatrecht übertragen, handelbar gemacht und zuletzt verkauft. Diese Privatisierungen vergrößern weltweit und auch in Deutschland die Ungleichheit. Das öffentliche Vermögen schrumpfte infolge der Privatisierungen, Gebühren stiegen oder wurden überhaupt erst eingeführt. Sind solche Entwicklungen zwangsläufig – oder kann man sie aufhalten?

Über 100 internationale ForscherInnen, darunter Star-Ökonom Thomas Piketty, haben dieses Jahr einen spannenden Bericht zur weltweiten Ungleichheit herausgegeben. Für die Entwicklung von öffentlichem Vermögen ist der Bericht so etwas wie eine Reihe von Satellitenaufnahmen: Ähnlich der Austrocknung des Aralsees sieht man auf einen Blick, wie das Vermögen der öffentlichen Hand weltweit schrumpfte. Das öffentliche Kapital – also alle Vermögen und Schulden der öffentlichen Hand zusammengerechnet – wurde nach diesem Bericht in vielen Ländern der Welt in den letzten 40 bis 50 Jahren halbiert. Auch in Deutschland fiel der Wert des öffentlichen Nettovermögens im Verhältnis zum jährlichen Nationaleinkommen von 1970 bis 2016 von 28 auf 12 Prozent. Die Autoren der Piketty-Studie sehen Privatisierungen als eine Hauptursache dieser umverteilenden Entwicklung.[1]

Privatisierungen in Deutschland

In Deutschland begann die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen etwa 1960 und erfolgte in (bisher) 6 großen Wellen. Die erste Welle dauerte ca. 30 Jahre an, dabei wurde der staatliche Industrie- und Finanzsektor nahezu vollständig privatisiert. Es folgte ab den 1980er Jahren eine 20 Jahre anhaltende Welle von Privatisierungen, ausgehend von Rundfunk und Fernsehen über die Energieversorgung, Post und Telekommunikation, Bahnverkehr, Flughäfen bis hin zur Wasserversorgung. Ab der dritten Welle Anfang der 1990er Jahre betrug die Privatisierungsdauer pro Welle jeweils nur noch 10 Jahre, die Wellen folgen nun jedoch dicht aufeinander: Praktisch in jeder Legislaturperiode wurde eine neue Privatisierungswelle ausgelöst. Jede Welle umfasste dabei ein weitgehend abgeschlossenes Bündel von Sektoren, die dann meist vollständig oder überwiegend privatisiert wurden.

Die jeweiligen Begründungen für diese Privatisierungen unterlagen einem Wandel. Anfangs wurde dem Privatsektor gegenüber staatlichem Handeln eine generell höhere Effizienz zugesprochen. Dieses Argument rückte nach und nach in den Hintergrund, auch angesichts der praktischen Erfahrungen der Menschen mit – im Sinne des Gemeinwohls – deutlich ineffizienten Leistungen der privatisierten Daseinsvorsorge. In den Vordergrund trat immer stärker das Argument der Verschuldung: Die öffentliche Hand wäre demnach vielfach zu Verkauf und Auslagerung

schlicht gezwungen, gleichgültig, ob Privatisierungen an sich nun für gut oder für schädlich gehalten werden. Mit der Schuldenbremse und dem europäischen Fiskalpakt ist diese Argumentation inzwischen flächendeckend zur beherrschenden Begründung aufgestiegen, sie bildet aktuell ein neues „TINA-Prinzip“.[2]

Begleitend hatte jede Welle auch noch eigene, sektor- oder wellenspezifische Begründungsmuster. Beim Ausverkauf der Firmen und Vermögen der vormaligen DDR über die Treuhand im geschätzten Wert von 600 Milliarden D-Mark (307 Milliarden Euro) wurden zum Beispiel zu Beginn Hoffnungen geweckt, jedeR einzelne BürgerIn bekäme später einen Anteil an den Erlösen. Der Umverteilungscharakter wurde offenbar, als man die Treuhand nach Abschluss des Verkaufs überraschend mit einem gigantischen Schuldenberg von 256 Milliarden D-Mark (130 Milliarden Euro) schloss, die in den Bundeshaushalt übernommen werden mussten.

Umverteilung von unten nach oben

Menschen mit geringem Einkommen müssen nach Privatisierungen für Leistungen wie sauberes Trinkwasser oder Mobilität einen immer weiterwachsenden Anteil ihres Verdienstes aufbringen. Privatisierungen wirken sich aber auch auf das steuerfinanzierte öffentliche Vermögen aus: Wie bei einem Ventil gehen die wertvollen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge hinaus, aber kommen nie wieder hinein. Schutz erfährt nach den Verfassungen in Deutschland und den benachbarten Ländern in Europa nur privates Eigentum. Öffentliches Eigentum hingegen darf straffrei verschleudert werden. So wurden zahlreiche öffentliche Infrastrukturen verkauft, wobei viel weniger Geld eingenommen wurde, als diese Anlagen wert waren. Einrichtungen der Daseinsvorsorge wurden per Konzession oder über Öffentlichen-Privaten Partnerschaften (ÖPPs) an Private abgegeben. Diese Firmen haben zwar Steuergeld dafür genommen und oft auch lange Jahre Gebühren einkassiert. Gleichzeitig haben sie aber die ihnen anvertrauten Versorgungsnetze verfallen lassen, so dass die Allgemeinheit unterm Strich viel weniger zurückbekommen hat, als bezahlt wurde.

Privatisierungen haben Deutschland seit 1960 netto auch viele Arbeitsplätze gekostet und auf diesem Wege eine massive Umverteilung bewirkt. So verloren zwischen 1990 und 1994 allein in den neuen Bundesländern insgesamt 2,6 Millionen Menschen ihre Arbeit.[3] Dieser massive Arbeitsplatzabbau war eng mit den Privatisierungstätigkeiten der Treuhand verbunden.

Deutschland verlor auch in den anderen Privatisierungswellen in großem Umfang reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Allein die 1994 formell privatisierte Bahn baute als Aktiengesellschaft bis 2012 im inländischen Bahnverkehr 130.000 Arbeitsplätze ab. Die Telekom reduzierte ihre Belegschaft deutschlandweit zwischen 1994 und 2007 um rund 77.000 Stellen, während ihre WettbewerberInnen im selben Zeitraum nur 14.000 neue Stellen schufen.

Einen Umverteilungsmechanismus bilden auch Pensionslasten: So übernahm der Bund vor den Verkäufen von Post und Telekom bis zum Jahr 2076 rund 550 Milliarden Euro an Zahlungsverpflichtungen allein für Witwen-, Waisen- und sonstige Renten für die ehemaligen BeamtInnen der Deutschen Bundespost. Auch im Fall der Bahn bezahlte der Bund nach der Privatisierung 1994 rund 100 Milliarden Euro für Renten und Ausgleichszahlungen.

Privatisierungen sind keine unaufhaltsame Entwicklung

Privatisierungen haben bei den Menschen in Deutschland keinen guten Eindruck hinterlassen. Nach einer repräsentativen Umfrage, die der Deutsche Beamtenbund 2007 bis 2015 durchführen ließ, wollten zuletzt nur noch 17 Prozent der Bevölkerung weitere Privatisierungen, mehr als die Hälfte (55 Prozent) lehnt dies ab, 23 Prozent fordern sogar die Rückabwicklung bestehender Privatisierungen.[4] BürgerInnen wehren sich vielerorts gegen Privatisierungen mittels BürgerInnen- und Volksbegehren. Zahlreiche solcher Begehren wurden in den vergangenen 20 Jahren gestartet, einige konnten zum Erfolg geführt werden, wie im Falle der Berliner Wasserbetriebe. Auch Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) sind aufgrund von enormen Kostensteigerungen, Insolvenzen und der Inflexibilität im Betrieb extrem unbeliebt. Im Falle des Museums der Moderne in Berlin und bei einem 500-Millionen-Euro-ÖPP-Projekt zur Sanierung der Brücken in Frankfurt konnten die Privatisierungen noch verhindert werden. Um den Verlust an öffentlichem Vermögen zu stoppen, wäre jedoch vor allem eine Regelung auf Bundesebene nötig. Seit über 10 Jahren zeigen nicht nur Rechnungshofberichte: Die von ÖPP verursachten Schäden und Kostenexplosionen sind zahlreich und erheblich. Darauf muss reagiert werden: durch einen gesetzlichen Stopp von ÖPP. Zudem hat sich gezeigt, dass die sogenannte Schuldenbremse ein Privatisierungstreiber ist. Bund, Länder und Kommunen werden vor die Alternative gestellt, Investitionen entweder zu unterlassen oder auf dem Weg über Privatisierungen teure Schattenhaushalte zu errichten. Dieses vom Gesetzgeber selbst geschaffene Dilemma muss aufgelöst werden, das Neuverschuldungsverbot bedarf dringend einer Reform. Dabei müssten mindestens kreditfinanzierte Investitionen in die Daseinsvorsorge wieder ermöglicht werden – wie sie 150 Jahre lang vorher auch möglich waren.

Carl Waßmuth

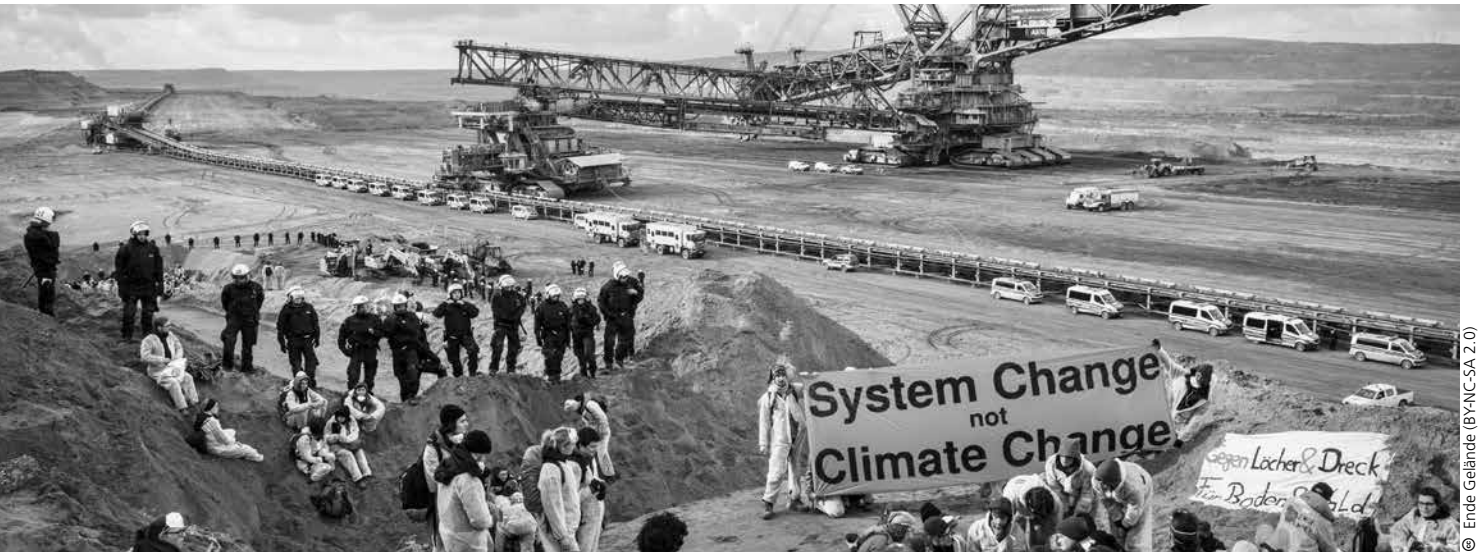
Der Autor ist Bauingenieur, Autor und Sachverständiger für Infrastruktur. Er hat ‚Gemeingut in BürgerInnenhand‘ (GiB) mitbegründet und vertritt den Verein nach außen als Sprecher.

1 Facundo Alvaredo/Lucas Chancel/Thomas Piketty/Emmanuel Saez/Gabriel Zucman (2017): Bericht zur weltweiten Ungleichheit. Deutsche Kurzfassung: wir2018.wid.world/files/download/wir2018-summary-german.pdf.

2 Als Akronym von „There Is No Alternative“, einer Losung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Thatcher ließ ab 1979 in Großbritannien brachial Auto-, Schiffbau-, Kohle-, Stahl- und Wasserunternehmen privatisieren und überwand dabei auch heftigen gewerkschaftlichen Widerstand.

3 Bundeszentrale für politische Bildung (2015): Das Vermögen der DDR und die Privatisierung durch die Treuhand. http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/zahlen-und-fakten-zur-deutschen-einheit/211280/das-vermoegen-der-ddr-und-die-privatisierung-durch-die-treuhand.

4 dbb beamtenbund/tarifunion/forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (2015): Bürgerbefragung öffentlicher Dienst, S. 30. http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2015/forsa_2015.pdf.



© Ende Gelände (BY-NC-SA 2.0)

AktivistInnen von Ende Gelände blockieren den Tagebau Hambach und demonstrieren damit für den sofortigen Kohleausstieg.

KOHLEAUSSTIEG IST EINE FRAGE DER GERECHTIGKEIT

Gemeinsam für den sozial-ökologischen Systemwandel

Lange genug haben wir versucht, mit Bildern von schmelzenden Gletschern und hungernden Eisbären die Klimakrise zu stoppen. Es wird Zeit, dass wir über Gerechtigkeit reden. Über Umverteilung. Und darüber, was es zu gewinnen gibt: eine solidarische Gesellschaft, die nicht nur ihre Energieversorgung ökologisch, dezentral und für alle bezahlbar gestaltet.

Um die Klimakrise zu stoppen, kämpft das Bündnis Ende Gelände auch für einen gesellschaftlichen Wandel – von dem sowohl die Mehrheit der Menschen in Deutschland als auch im globalen Süden profitieren.

Fassungslos stehen die Pacific Climate Warriors (Pazifische KlimakriegerInnen) vor dem Mondkrater des Tagebaus Hambach. Die Delegation aus Fidschi ist extra zur 23. Klimaverhandlung der Vereinten Nationen (UN) nach Bonn gekommen und ins Rheinische Braunkohle-Revier gefahren, um mit eigenen Augen zu sehen, wo die Treibhausgase produziert werden, die ihre Lebensgrundlagen zerstören. Jedes Stück Kohle, das der Energiekonzern RWE hier aus dem Boden holt und verbrennt, bringt ihr Zuhause dem Untergang ein Stück näher. An diesem Tag wird deutlich: Die Klimakrise ist ein ganz akutes, ein ganz konkretes Problem. Und sie ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Es sind einige, wenige Menschen, die weit über ihre Verhältnisse leben und damit anderen Menschen die Lebensgrundlagen entziehen. Als AktivistInnen von Ende Gelände in einer Massenaktion zivilen Ungehorsams die Bagger im Tagebau zum Stillstand bringen, tun sie das als Zeichen für weltweite Gerechtigkeit.

Ein halbes Jahr später sind die Pacific Climate Warriors aus den Nachrichten verschwunden. Geredet wird stattdessen über eine Kommission für Strukturwandel. Die meisten Menschen in Deutschland beklagen sich verständlicherweise eher über die steigenden Mieten in Großstädten als über den steigenden Meeresspiegel im Pazifik. Wer Angst hat, bald zu einem der mehr als 300.000 Haushalte zu gehören, denen jährlich der Strom abgeklemmt wird,[1] der sorgt sich mehr um die nächste Stromrechnung.

Als Bewegung für Klimagerechtigkeit führen wir diese Kämpfe zusammen. Wenn wir von Klimagerechtigkeit sprechen, betonen wir damit, dass ökologische und soziale Fragen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es bedeutet, dass wir den Klimawandel als gesellschaftliches Problem begreifen. Wir geben uns nicht damit zufrieden, mit technischen Mitteln den CO_2-Ausstoß zu reduzieren oder Konzernen die Möglichkeit zu lassen, sich mit Alibi-Projekten „grün zu waschen“.

Erneuerbare Energie für alle und bezahlbar

Die Bundesregierung hat gezeigt, dass sie auf die globale Klima- und Gerechtigkeitskrise keine Antworten hat. Vielmehr handelt sie im Sinne der Kohlekonzerne, zerstört so die Energiewende und wälzt die Kosten auf die BürgerInnen ab: Die Förderung für Bürgerenergie und Mieterstrom wurde zusammengestrichen; der Strompreis hat sich für private Haushalte seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt. Großbetriebe verbrauchen 18 Prozent des Stroms, tragen aber nur 0,3 Prozent der Kosten für die Förderung von Erneuerbaren Energien.[2] Bei den Netzentgelten zahlen private Haushalte mit geringem Stromverbrauch 6 Mal so viel wie Industriebe-

triebe.[3] Die Schere zwischen Arm und Reich geht also auch im Energiesektor immer weiter auseinander.

Ende Gelände steht für eine Zukunft, in der alle Menschen ein Zuhause mit Licht und Wärme haben, ohne dass dadurch die Natur, das Klima und die Lebensgrundlagen von anderen Menschen vernichtet werden. Die Stromproduktion muss sich am Gemeinwohl orientieren, statt am größtmöglichen Profit. Dafür braucht es natürlich ein anderes Wirtschaftssystem als derzeitige.

Für gute Arbeit und gutes Klima

Wir dürfen nicht zulassen, dass Lobbygruppen das Arbeitsplatz-Argument instrumentalisieren, um gegenwärtige Missstände zu rechtfertigen. Ja, wir müssen über Arbeitsplätze reden. Doch das liegt nicht an unseren Forderungen, sondern an unserem Wirtschaftssystem. Unternehmen müssen stetig Arbeitsplätze wegrationalisieren, wenn sie im internationalen Wettbewerb bestehen wollen. Dabei können sich die Kämpfe für gute Arbeit und für ein gutes Klima gegenseitig bestärken: Auch unter den GewerkschafterInnen mehren sich die Stimmen derjenigen, die sich für die Energiewende aussprechen.[4] Wir müssen gemeinsam und solidarisch die Frage lösen, wie Arbeit neu organisiert werden kann, damit sie die Existenz aller Menschen sichert. Wir müssen gemeinsam die Energieversorgung dezentralisieren, bis jede Kommune, jeder Kiez und jede Hausgemeinschaft ihren eigenen Strom aus Sonne und Wind erzeugen können und Überschüsse in Netze einspeisen, die zur Daseinsvorsorge gehören und somit Gemeingut sind.

Ende Gelände fordert den sofortigen Kohleausstieg, um die akuten Ungerechtigkeiten zu stoppen – und zwar die Stromabklemmung in Berlin-Pankow ebenso wie den Wirbelsturm im Pazifik. Wir sind solidarisch mit den Pacific Climate Warriors und den Gewerkschaften. Wir wollen gemeinsam mit lokalen AkteurInnen in den Tagebau-Regionen an einer sozialen und nachhaltigen Transformation arbeiten. Auch nach dem Ende des Kohleabbaus wird es tausende Arbeitsplätze in der Rekultivierung und Nutzbarmachung der Tagebaue und der Bearbeitung der regionalen Ewigkeitsschäden geben. Doch je länger der Kohleausstieg verschleppt wird und je länger RWE und die anderen 3 großen Energiekonzerne ihre Vormachtstellung behalten, desto schwieriger wird der Strukturwandel in den Regionen, in denen noch Arbeitsplätze an der Kohle hängen.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Es ist nicht zu erwarten, dass die nun geplante ‚Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung' diese grundsätzlichen Fragen angehen wird. Umverteilung, Klimakrise, Neuorganisierung von Arbeit, Energiedemokratie, lokale und globale Gerechtigkeit fehlen hier als Punkte auf der Agenda. Umweltverbände und Bürgerinitiativen aus Dörfern, die von Abbaggerung bedroht sind, dürfen zwar VertreterInnen in die Kommission entsenden. Die grundlegend ungleichen Machtstrukturen in unserer Demokratie sorgen aber dafür, dass die Stimme von Antje Grothus als Vertreterin der Betroffenen aus dem Rheinland niemals so viel Gewicht haben wird wie die der Braunkohle-Fans Matthias Platzeck (SPD) und Stanislaw Tillich (CDU). Im Wesentlichen bleibt die Kommission der Versuch, mit den Personen und den Denkmustern, die das Problem verursacht haben, eine Krise zu lösen, die das Leben von Menschen weltweit bedroht. Dazu kommt: Die Pacific Climate Warriors haben gar keine Stimme in dieser Runde.

Was droht, ist ein „Kohlekonsens", der ähnlich funktioniert wie der „Atomkonsens" im Jahr 2000: Die Industrie sichert sich satte Gewinne und die Gegen-Bewegung wird empfindlich geschwächt, weil Medien den Eindruck erwecken, das Problem sei erledigt. Dabei sind die Arbeitsplätze dann noch lange nicht „gesichert", sondern immer noch abhängig von aktuellen Deals zwischen den Stromkonzernen. Die Mieten hören nicht auf zu steigen und die EEG-Umlage auch nicht. Das einzige, was sicher bleibt, ist der ungerechte Status quo.

Kohleausstieg „von unten"

Das werden wir als starke Bewegung für Klimagerechtigkeit nicht zulassen. Ende Oktober werden wir als ‚Ende Gelände!' am Tagebau Hambach die Braunkohle-Infrastruktur von RWE blockieren. Wir stellen uns damit schützend vor den Hambacher Forst, für dessen Erhalt auch Antje Grothus und viele tausende Menschen aus der Region kämpfen. Wir fordern damit den sofortigen Kohleausstieg für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziel und setzen ein Zeichen für das Leben der Menschen auf Fidschi und anderswo im globalen Süden. Wenn die Politik versagt, machen wir den Kohleausstieg eben „von unten".

Aber es geht auch darum, die Idee des Gemeinguts wiederzubeleben. Wir müssen die Stromkonzerne entmachten und den Menschen die Souveränität über die Energieversorgung selbst in die Hand geben: In Solidarität mit allen, die im globalen Süden ihre Lebensgrundlage verlieren, mit allen, die Angst vor Arbeitslosigkeit oder Altersarmut haben und mit allen, die ihre Miete oder Stromrechnungen nicht mehr zahlen können.

Natürlich bleibt dann noch immer viel zu tun auf dem Weg zu mehr Klimagerechtigkeit. Neben der Energiewende steht auch die Transformation weiterer gesellschaftlicher Bereiche an: die Agrarwende, die Entmachtung von Automobilkonzernen, der Aufbau von alternativen Versorgungsstrukturen. Aber der Erhalt des Hambacher Forsts ist eine Sofortmaßnahme für Klimagerechtigkeit, der Kohleausstieg ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, und in unserem gemeinsamen Protest können wir uns über Grenzen hinweg zusammenschließen und für den gesellschaftlichen Wandel sorgen, der uns allen ein gutes Leben ermöglicht.

Robin Herbst

Die Autorin setzt sich als Aktivistin bei Ende Gelände für Klimagerechtigkeit ein.

---

1 Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband e. V. (DCV). https://www.zew.de/presse/pressearchiv/stromsperren-drohen-haeufig-alg-ii-empfaengern-und-verschuldeten-haushalten/.

2 http://www.photovoltaik.org/wissen/eeg-umlage-ausnahmen-fuer-energieintensive-betriebe.

3 https://www.energie-klimaschutz.de/verbraucher-mittelpunkt-der-energiewende/.

4 https://weact.campact.de/petitions/dgb-muss-sich-zum-klimaschutz-bekennen?bucket=fbAD-18-05-08&from_signature_confirmation=true&signature_token=435edd8c742b7e57b905b49e0fdc08b8ebb48f46.

© JAXPORT (BY-NC 2.0)

Vom Binnenmarkt Europa profitiert der Exportweltmeister Deutschland besonders – sollten die europäischen Nachbarn Deutschland bitten den Club zu verlassen?

GLEICHHEIT – BINNENMARKT – EUROPA

Wie die deutsche Austeritätspolitik die Kluft zwischen den EU-Staaten immer weiter öffnet

Die Eurozone krankt am Exportweltmeister Deutschland in ihrer Mitte. Der französische Präsident Emmanuel Macron hat unlängst Vorschläge unterbreitet, wie mit einem Eurozonen-Budget auf eine Harmonisierung im europäischen Wirtschaftsraum hingearbeitet werden könnte. Deutschland zögert deutlich. Die Solidarität in Europa darf nichts kosten. Die „schwarze Null" ist wichtiger als die Vertiefung der europäischen Einigung. Erst der Geldbeutel, dann die Sicherheit Deutschlands.

Der grossen Mehrheit in Deutschland nützt die schwarze Null nicht. Weil der Staat spart und die Unternehmen entlastet, zerfällt die Infrastruktur. Die Produktivität steigt schneller als die Produktion: Weil die Nachfrage nicht gleichermaßen steigt, gehen Arbeitsplätze verloren. Deutschland schädigt sich selbst und will die anderen dazu zwingen, dasselbe zu tun.

Wenn das so weitergeht, besteht die Gefahr, dass unsere europäischen NachbarInnen die Geduld verlieren und Deutschland bitten werden, den Club zu verlassen, so wie früher die Musterschüler eine Klasse überspringen mussten. Damit es nicht so weit kommt, muss sich nicht nur die Austeritätspolitik ändern, auch die Löhne müssen in Deutschland endlich deutlich steigen.

Der Unsinn der Austeritätspolitik

Viel zu lange wurde den deutschen ArbeitnehmerInnen eingeredet, ihre Löhne seien zu hoch, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Tatsächlich ist das Wachstum der Binnennachfrage zu gering und nicht die deutschen Arbeitskräfte zu teuer. Die Löhne sind über Jahre hinweg nicht entsprechend der Produktivität gestiegen.

Deutschland ist den Weg gegangen, der einer kleinen Minderheit passt: den Reichen. Sie glauben, Unternehmen investieren, wenn die Löhne niedrig seien. Tatsächlich ist es jedoch so, dass Unternehmen investieren, wenn sie auf eine ausreichend kaufkräftige Nachfrage stoßen.

Die deutschen Regierungen haben die schwarze Null und den Sozialabbau seit der Kanzlerschaft von Schröder gegen die Interessen der großen Mehrheit der deutschen ArbeitnehmerInnen durchgesetzt. Niedriger Konsum, vor allem niedriger Massenkonsum kostet Arbeitsplätze. Die GegnerInnen auf der Seite der UnternehmerInnen werden sagen: Höhere Löhne seien auch höhere Kosten und würden die Profite vermindern. Wenn wachsende Nachfrage zur Auslastung der Produktionsanlagen führt, sind Unternehmen bereit, für wachsende Märkte zu investieren. Durch mehr Konsum und mehr Investitionen entstehen Arbeitsplätze und Profit.

Hohe Beschäftigung ist die Grundlage der Durchsetzung von Gleichheit. Bei Wachstum und hoher Beschäftigung werden Arbeitskräfte in den hoch produktiven Unternehmen knapp. Sie werben weitere Arbeitskräfte mit dem Anreiz höherer Löhne vom Rest der Wirtschaft ab. Somit steigen bei knapper Arbeit letztlich auch die Löhne der unteren Lohngruppen. In den 1950er Jahren beispielsweise stiegen die Löhne der FriseurInnen und der MüllarbeiterInnen rascher als die übrigen Löhne. Bei niedriger Beschäftigung hingegen sind nur qualifizierte ArbeiterInnen knapp, die Ungleichheit nimmt zu.

Die gefährliche Illusion der Neoliberalen

Vor sinkender Wettbewerbsfähigkeit bei steigenden Löhnen brauchen die deutschen ArbeitnehmerInnen keine Angst zu haben. Gerade die EmpfängerInnen niedriger Löhne stehen nicht unter internationalem Wettbe-

werb, weil sie keine handelbaren Güter herstellen. Unter internationalem Wettbewerb stehen vor allem die ArbeitnehmerInnen in den Exportindustrien: Hier boomen die Arbeitsmärkte, sind Fachkräfte inzwischen schon knapp.

Aber viel grundsätzlicher: Wirtschaften konkurrieren nur sehr begrenzt miteinander über Reallöhne. Entscheidend sind die Arbeitskosten umgerechnet in internationaler Währung, abhängig vom Wechselkurs der Währung. Seitdem alle Konservativen fordern, Griechenland (oder andere europäische Länder) sollten die Eurozone verlassen, damit ihre Währung abgewertet werden kann, kann niemand mehr bestreiten, dass die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vom Wechselkurs abhängt. Und das heißt: Wer laufend die Löhne langsamer steigen lässt, als die Arbeitsproduktivität rechtfertigen würde, muss mit Währungsaufwertung rechnen. Das macht die deutschen SpekulantInnen reicher, nicht aber die deutschen ArbeiterInnen wettbewerbsfähiger.

Wegen der deutschen Exportüberschüsse ist der Euro relativ zur Leistungsfähigkeit unserer Partner im Süden der Union zu teuer. Für Deutschland hingegen ist er wegen Lohnzurückhaltung zu niedrig: Handelsdefizite der Südländer und Exportüberschüsse Deutschlands werden dadurch verstärkt und bedingen einander.

Unsere PartnerInnen in der Eurozone haben in den letzten Jahrzehnten die Löhne um die Produktivitätssteigerung und 2 Prozent Inflation erhöht, wie dies die Europäische Zentralbank vorschlägt – Deutschland oft nicht einmal um die Produktivitätssteigerung. Für unsere Partner bedeutet dies dann Handelsbilanzdefizite auch gegenüber Deutschland. Ihren Regierungen bleibt nur die Möglichkeit, durch Staatsprogramme Arbeitslosigkeit abzumildern. Dadurch haben die Schulden der südlichen Länder deutsche Arbeitsplätze geschaffen.

Die deutsche Austeritätspolitik hat das europäische Projekt massiv gefährdet. Sie hat in den betroffenen Staaten zu höherer Staatsverschuldung, Abbau von Arbeitsrechten und sozialen Sicherungssystemen sowie Jugendarbeitslosigkeit geführt – und nicht zuletzt eine populistische Destabilisierung der Politik befeuert. Auf diese Weise hat Deutschland den essentiellen Prinzipien seiner Außenpolitik widersprochen: erstens nie wieder international isoliert zu agieren und zweitens seine Politik unter allen Umständen mit friedlichen Mitteln zu betreiben („Never again, never alone“).

Wie lange werden sich das die deutschen ArbeitnehmerInnen und die europäischen Nachbarländer gefallen lassen?

Weil das deutsche Wachstumsmodell nicht nachhaltig ist, schlägt der französische Präsident heute der Bundesrepublik ein Modell gemeinsamen Wachstums vor, das die Integration in Europa vertieft. Er will eine milde Transferunion und ein gemeinsames Budget der Europäischen Union zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Entwicklungsmaßnahmen in den schwächeren Ländern, also letztlich eine Art Länderfinanzausgleich, wie in Deutschland. Erinnern wir uns: Nur mit Hilfe langjähriger Transfers aus den reicheren Bundesländern konnte sich etwa Bayern vom unterentwickelten Empfängerland zum produktiven Nettozahler entwickeln. Dabei spielte auch die Nachfrage aus den reicheren Bundesländern eine große Rolle: Die IG-Metall hat nie mit dem Hinweis auf Arbeitsplatzverlagerungen nach Bayern Lohnsteigerungen in Nordrhein-Westfalen begrenzt. Als erste verhandelten Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, so dass die Bayern ihre Löhne schrittweise nachholend auf das Bundesniveau anheben konnten.

Exportüberschüsse sind keine preußische Tugend, sondern eine Untugend und zerstören die Kooperation in der Weltwirtschaft. Die GründerInnen des erfolgreichen ‚Bretton-Woods-Währungssystems‘ haben deshalb gefordert, dass Überschussländer bestraft werden müssen. Der britische Ökonom John Maynard Keynes schlug vor, dass Einnahmen aus Exportüberschüssen niedrig verzinst an Defizitländer weiterzureichen sind. Im Vergleich zu einem solchen Vorschlag sind Macrons Vorschläge für ein Euro-Budget äußerst moderat.

Deutschlands historische Verantwortung

Wirtschaftlich führende Länder haben zum weltwirtschaftlichen Ausgleich stets dadurch beigetragen, dass sie Handelsbilanzdefizite duldeten. Das gilt für England im 19. Jahrhundert, aber auch für die USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Ohne die Absatzchancen auf dem amerikanischen Markt hätte es kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben.

Wer Transfers zwischen den Euro-Ländern begrenzen will, muss die Lösung steigender Löhne in Deutschland durchsetzen. Dazu gehört auch mehr soziale Sicherheit, weil sonst Lohnzuwächse vermehrt zum Sparen und nicht zu Nachfrage nach Gütern führen.

„Big Business“ in Deutschland ist wahrscheinlich die erste Kapitalistengruppe, die von den engagiertesten Gralshütern des Neoliberalismus, dem Internationalen Währungsfonds, mit Nachdruck ermahnt wird, doch endlich die Reallöhne zu steigern, um zu vermeiden, dass die Weltwirtschaft noch mehr durcheinandergerät. Populismus in Europa und den USA ist die Folge der Unvernunft des deutschen wirtschaftswissenschaftlichen und politischen Establishments.

Noch viel Aufklärung ist notwendig. Bei den Feiern zum 200. Geburtstag von Karl Marx setzt sich das offizielle Deutschland als offen für Kritik in Szene. Man kann dann wohlgemut darauf verzichten, die Frage zu stellen, wo Marx für die Erklärung der heutigen Krise wichtig ist und wo nicht. Schön ist, wie allenthalben verkündigt wird, die Verelendung der ArbeiterInnen sei nicht eingetreten. Hier wird nicht einmal diskutiert, dass, entgegen der Auffassung von Marx, gerade der Kampf der ArbeiterInnen für höhere Löhne den Kapitalismus ermöglicht und wachsen lassen hat.[1]

Dr. Hartmut Elsenhans

Der Autor ist Politikwissenschaftler und gilt als einer der führenden Theoretiker des globalen Keynesianismus. Zuletzt war er Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig.

1 Hartmut Elsenhans (24.08.2017): Die Bedrohung des Kapitalismus durch die Kapitalisten, /Makroskop/, S. 16. https://makroskop.eu/2017/08/die-bedrohung-des-kapitalismus-durch-die-kapitalisten/.

© Vattenfall (BY-NC-ND 2.0)

Barrieren aus Containern – sind unsere Handelsabkommen ein Nachhaltigkeitshemmnis?

GLOBALE UNGLEICHHEIT ZUM EIGENEN VORTEIL

Der Exportschlager der neoliberalen Handelspolitik

Wenn man die Handelsstrategie der Kommission der Europäischen Union (EU) ‚Trade for all – Handel für alle' zur Hand nimmt, bekommt man fast den Eindruck, die Welt würde durch die EU-Handelspolitik endlich zu dem besseren Ort. Die Handelspolitik soll verantwortungsbewusster werden – und somit wirksamer und natürlich transparenter. Denn wenn die Kommission eines gelernt hat aus der Debatte um das Transatlantisches Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP) & Co, dann ist es, doch immer und überall höchste Transparenz zu geloben. Dennoch scheint die Zielsetzung der Handelspolitik sich nicht verändert zu haben. Obwohl die Kommission den eigenen Weg so sehr lobt, nimmt die Ungleichheit weltweit zu. Wie passt das zu einer verantwortungsvollen Handelspolitik?

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist mit ihrem multilateralen Handelsregime nun gut 20 Jahre in Takt, die EU schließt fleißig weitere bi- und plurilaterale Abkommen ab, und doch beobachten wir wachsende Ungleichheit. Nicht nur zwischen Globalem Süden und Norden, sondern auch bei uns in Deutschland. Dabei ist doch jeder 4. Arbeitsplatz vom Export abhängig, also direkt beeinflusst durch die EU-Handelspolitik. Wenn diese also wirklich so wunderbar ist wie in ‚Trade for all – Handel für alle' – müsste es da nicht steil bergauf gehen mit der Gleichheit aller?

Dass dieser Umstand bisher nicht in Sicht ist, liegt nicht zuletzt an der Ausrichtung der Handelspolitik. Seit Jahrzehnten setzt sie einseitigen Zugang zu dem so genannten freien Weltmarkt, ohne dem Markt die nötigen sozialen und ökologischen Regeln zu geben. Diese Art von Globalisierung hat Nebenwirkungen: Die Ungleichheit nimmt vielerorts zu, der verstärkte Wettbewerbsdruck wird zum Leid der Beschäftigten ausgetragen oder geht zu Lasten des Umwelt- und Verbraucherschutzes.

Dabei ist die EU mit 500 Millionen VerbraucherInnen mit der größte Handelsblock der Welt und könnte einen Beitrag dazu leisten, den Welthandel gerechter zu machen. Ganz im Sinne der Rhetorik der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (UN) „könnte die EU vorangehen in der Welt". Doch bisher wird sie dieser Verantwortung nicht gerecht. Denn trotz aller Bekenntnisse zu mehr Transparenz und der neu ausgerichteten Handels- und Investitionsstrategie vertritt die EU mit ihrer Außenhandelspolitik in erster Linie die Interessen europäischer Unternehmen. Doch selbst im internationalen Forum, in dem Wirtschaft und Politik aufeinandertreffen – dem Weltwirtschaftsforum in Davos – wird die wachsende Ungleichheit vermehrt angemahnt.

Alles Lippenbekenntnisse?

Zum Auftakt des diesjährigen Weltwirtschaftsforums im Schweizer Alpenort Davos mehrten sich wieder mal die Appelle zum Abbau sozialer Ungleichheit. Nicht zuletzt Indiens Premierminister Narendra Modi sprach in seiner Eröffnungsrede davon, dass gesellschaftliche Distanzen und Risse überwunden werden müssten. „Eine Entwicklung verdient nur ihren Namen, wenn wirklich alle daran teilhaben dürfen", sagte er dazu. Nun ist Davos nicht zuletzt ein großes Schaulaufen für die Elefanten der Weltpolitik. Und auch in diesem Jahr bewegte die Außenwirtschaftspolitik der USA die internationale Gemüter. Doch leider führt sie nur allzu sehr

dazu, dass alte, ideologisch aufgeladene Begriffe wie Freihandel und Protektionismus in ihrer pauschalen Benutzung wieder en vogue sind und dabei doch nur vom Kern der Problematik ablenken. Somit hat auch der indische Premier in seiner Rede am Thema vorbeigeredet, indem er sagte, man müsse die Menschen miteinander verbinden, statt sie zu trennen. Immer mehr Länder würden sich stärker auf sich selbst konzentrieren, das sei das Gegenteil von Globalisierung und eine besorgniserregende Lage.

Dabei geht es im Kern darum, dass die aktuelle Ausgestaltung der Handelspolitik, auch der EU, immer weiter mehr VerliererInnen produziert als GewinnerInnen – und das, obwohl seit Jahrzehnten das Mantra „Wohlstand durch Handel" pausenlos und pauschal wiederholt wird. Unterm Strich nicht falsch, werden manche jetzt sagen. Ja, schon, aber eben auch nur für eine sehr kleine GewinnerInnengruppe weltweit. Und dabei ist egal, ob man die Label Freihandel oder Protektionismus draufklebt. Unterm Strich muss mehr für alle rauskommen – und das tut es derzeit nicht.

Die EU-Handelspolitik bedroht eine soziale und nachhaltige Wirtschaftsregulierung in Entwicklungsländern

In der Öffentlichkeit erweckt die EU-Kommission gerne den Eindruck, sie würde sich in internationalen Handelsgesprächen für Umweltinteressen, Arbeitsstandards und entwicklungspolitische Ziele einsetzen. Doch die Realität sieht anders aus. Der Fokus liegt unter anderem auf bilateralen Verhandlungen zur Marktöffnung verschiedenster Staaten, die aufgrund ihrer Größe und ihres Wirtschaftswachstums als Konkurrenten angesehen werden. Dazu gehören u. a. die südostasiatischen Staaten wie Vietnam, Malaysia, Indonesien, aber auch China und Japan und der südamerikanische Mercosur-Raum – sprich Urugugay, Paraguay, Argentinien und Brasilien. Die Kommission strebt beispielweise noch in dieser Legislaturperiode eine Ratifikation des Freihandelsabkommens mit Japan an.

Zudem verhandelt die Kommission weiterhin mit einer Reihe anderer Entwicklungsländer über neue Freihandelsabkommen – nicht zuletzt seit vielen Jahren mit den afrikanischen Staaten die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Neben der weitgehenden Marktöffnung für europäische Agrar- und Industrieexporte versucht sie dabei, die weitreichende Deregulierung der Dienstleistungsmärkte durchzusetzen. Das ist die eine Seite der Medaille, doch diese Öffnung und Liberalisierung geht damit einher, dass die Parlamente und Regierungen der Entwicklungsländer erheblich darin eingeschränkt werden, beispielsweise Dienstleistungsmärkte im Interesse des Gemeinwohls zu steuern. Sie werden also darin beschnitten, für einen Abbau der herrschenden Ungleichheit zu regulieren.

EU-Handelspolitik im Agrarsektor verschärft globale Ungleichheit

Wenn es um Agrarexporte geht, schwebt der Kommission allerlei vor. Diese Ideen basieren nicht zuletzt auf den Vorstellungen und Ansprüchen der Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland: EU-Exporte von Milchpulver nach Nigeria und Burkina Faso, Schweinefleisch an die Elfenbeinküste, Hühnerfleisch nach Kamerun sowie Tomatenpaste nach Ghana … und das alles zu Preisen unterhalb der lokalen Erzeugungskosten. Das ist heute schon Realität. EU-Erzeuger haben somit neue Absatzmärkte für ihr Modell der Agrarindustrie, doch gleichzeitig üben sie dadurch enormen Druck auf die Preise aus und beeinträchtigen Einkommensgrundlagen und das Recht auf Nahrung von Bäuerinnen und Bauern in Entwicklungsländern. Ein globaler Markt für alle Produkte fragt nicht, ob es Sinn ergibt, Milch um den halben Globus zu schippern, auch nicht nach CO_2-Abdruck des Produktes oder sozialen Folgeerscheinungen eines globalen Dumping-Wettlaufs. Dabei könnten all diese oben genannten Produkte vor Ort lokal produziert werden und Einkommen für ProduzentInnen und in der Weiterverarbeitung generieren.

Aber auch die massiven Importe nach Deutschland und in die EU von Sojabohnen und Sojaschrot, u. a. für die Tierhaltung, führen zu weitreichenden Menschenrechtsverletzungen und zerstören die Lebensgrundlagen vieler Menschen. Der ressourcenintensive Anbau von Soja beansprucht in Südamerika rund 57 Millionen Hektar und führt zu Entwaldung und Landkonflikten. Das gentechnisch veränderte Saatgut ist in der Regel an den Einsatz von Pestiziden gekoppelt. Dies bringt fatale Folgen für Menschen und Natur in den betroffenen Ländern, vor allem in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay mit sich.

Für eine gerechtere Welt braucht es also Entscheidungsfreiraum. Den darf sich niemand durch Knebelverträge nehmen lassen.

Nachhaltigkeit: Keine Pflicht zur Umsetzung

Das Thema der Ungleichheit zieht sich auch durch die Verträge selbst. Das Problem: Während alle anderen Teile des Abkommens mit Sanktionen bewehrt sind – also beispielsweise Verstöße gegen die Pflicht zur Zollsenkung mit Strafen belegt werden können – gilt das für die Nachhaltigkeitskapitel, die ggf. auch in Verträgen aufgeführt werden, um den Bereich der ArbeitnehmerInnenrechte, des Umweltschutzes und Nachhaltigkeit zumindest mal zu erwähnen, nicht. Ausgerechnet im Abkommen festgeschriebene ArbeitnehmerInnenrechte oder Umweltstandards sind damit nicht effektiv durchsetzbar. Nachhaltigkeitskapitel verkommen somit zu reinen Feigenblättern, die wunderbar in die Rethorik der Kommission um mehr Verantwortung passen, sonst aber keinerlei Auswirkungen haben. Die Handelsverträge, die die Regierungen in den vergangenen 25 Jahren geschlossen haben, sind gleichsam die Verfassung der Weltwirtschaft. Egal ob multilateral, regional oder bilateral – sie sind ein Regulierungshindernis für eine Politik der Nachhaltigkeit: Wenn Nachhaltigkeitspolitik ein Handelshemmnis sein könnte, ist sie verboten – eine völlig falsche Prioritätensetzung. Es muss andersherum sein: Wenn Handelsabkommen ein Nachhaltigkeitshemmnis sind, gehören sie grundlegend geändert. Nur so kann wachsender Ungleichheit begegnet werden.

Nelly Grotefendt und Jürgen Maier

Die Autorin ist Referentin für Politik beim Forum Umwelt und Entwicklung. Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

GLOBALE UNGLEICHHEIT

Extremer Reichtum und extreme Armut im weltumspannenden Wirtschaftssystem

Die globale Ungleichheit hat gewaltige Ausmaße erreicht – und sie nimmt weiter zu. Ihre Bedeutung geht jedoch über Vermögens- und Einkommensunterschiede weit hinaus. Sie ist ökologisch unhaltbar, zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt die Demokratie. Es gilt daher, die Schere zu schließen: jene zwischen Arm und Reich, in Deutschland und weltweit.

Der viertreichste Mann der Welt ist Armancio Ortega, Besitzer des Modekonzerns Zara und anderer Marken. Sein Vermögen wuchs im Jahr 2016 durch Dividenden aus seinen Unternehmen um etwa 1,3 Milliarden US-Dollar an. Auch die Spitzenmanager der 5 größten Modekonzerne der Welt haben ein gutes Auskommen, jeder von ihnen verdient in nur 4 Tagen so viel wie eine Näherin in Bangladesch in ihrem ganzen Leben. Auch wenn diese fast jeden Tag 12 Stunden arbeitet, reicht ihr Geld am Ende kaum für 3 Mahlzeiten am Tag aus.

Im globalisierten Wirtschaftssystem sind extremer Reichtum und extreme Armut untrennbar miteinander verbunden, was am Beispiel der Textilindustrie deutlich wird. Gewinne kommen den AnteilseignerInnen – im Englischen Shareholder – zugute, Spitzenverdienende können sich Einkommensgewinne sichern, und das Nachsehen haben Arbeitende am unteren Ende der globalen Produktionsketten.

So war 2017 ein ertragreiches Jahr für das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung: 82 Prozent des Vermögenswachstums floss in ihre Taschen.[1] Das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung, von 3,7 Milliarden Menschen, stagnierte dagegen. In der Summe besitzt das reichste 1 Prozent nun über die Hälfte des globalen Vermögens und damit mehr als die übrigen 99 Prozent gemeinsam besitzen – dies ist der derzeitige Stand der globalen Vermögensungleichheit.

Mit Blick auf globale Einkommensungleichheit zeigt sich, dass die globalen Spitzenverdienende – das oberste Prozent – zwischen 1980 und 2016 ganze 27 Prozent des globalen Einkommenswachstums erhielt. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung musste sich hingegen untereinander gerade einmal 13 Prozent des gesamten Einkommenswachstums teilen. Männer stellen hierbei durchweg die Mehrheit der am besten bezahlten Angestellten, die am schlechtesten bezahlten und prekärsten Jobs verrichten zumeist Frauen.

Und sie wächst doch …

Trotz dieser augenscheinlichen Ungleichheit konstatiert die Weltbank eine Abnahme globaler Einkommensungleichheit, welche sie an den schwindenden Unterschieden der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen zwischen verschiedenen Staaten festmacht. Entscheidend hierfür sind die Einkommen in Lateinamerika, China und anderen bevölkerungsreichen asiatischen Ländern, die stärker anstiegen als die Einkommen in den reichsten Ländern der Welt. Bliebe indes allein China bei der Berechnung außen vor, hätte die globale Einkommensungleichheit im Vergleich zu 1988 weiter zugenommen.

Gegen die Sicht der Weltbank spricht zudem, dass globale Einkommensungleichheit in absoluten Zahlen – im Gegensatz zum relativen Vergleich des Wachstums der Einkommen – zugleich zunahm. Selbst bei einer prozentual starken Steigerung niedriger Löhne – bei zeitgleicher geringer Zunahme höherer Löhne – kann der absolute Lohnabstand steigen: Global betrachtet stieg das Einkommen des ärmsten Zehntels der Weltbevölkerung zwischen 1988 und 2013 um 75 Prozent, für das reichste

© A.Savin, Wikimedia Commons

1 Millarde Euro kostet das teuerste Einfamilienhauses der Welt. Es steht in Indien, dem Land mit der höchsten Zahl von Menschen in extremer Armut.

Zehntel dagegen nur um 36 Prozent. Die unteren 10 Prozent verzeichneten damit eine Erhöhung ihres Pro-Kopf-Einkommens von gerade einmal 217 US-Dollar – über einen Zeitraum von 25 Jahren! Derweil stiegen die Einkommen des reichsten Zehntels im gleichen Zeitraum um 4.887 US-Dollar pro Kopf.[2] Kurzum: In den Messungen der Weltbank nahm die relative globale Einkommensungleichheit zwar ab, in absoluten Zahlen nahm sie jedoch deutlich zu.

Auch die Einkommensschere zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern vergrößerte sich, wenn man die absoluten Zahlen zugrunde legt: Betrug der Abstand des Bruttonationalprodukts pro Kopf zwischen den ärmsten und den reichsten Ländern im Jahr 1980 noch 18.438 US-Dollar, so waren es 2010 bereits 30.465 US-Dollar.[3]

Frauen schaffen Wohlstand – profitieren jedoch weniger davon

Innerhalb der Länder und global besteht Ungleichheit nicht nur mit Blick auf Vermögen und Einkommen, sondern auch dahingehend, wie jene zwischen Männern und Frauen verteilt sind. Im globalen Durchschnitt verdienen Frauen 23 Prozent weniger als Männer. In Deutschland sind es mit 21 Prozent fast eben so viel. Zudem besitzen Männer weltweit weitaus mehr Vermögen, Land, Aktien und andere Kapitalanlagen als Frauen.

Frauen leisten weiterhin den Löwenanteil unbezahlter und zumeist nicht anerkannter Pflege- und Sorgearbeit. Der Umfang dieser Care-Arbeit wird jährlich auf 11 Billionen US-Dollar geschätzt.[4] Während unser Wohlstand somit maßgeblich von dem Beitrag von Frauen abhängt, profitieren diese oftmals nicht gleichermaßen von diesem.

Die ökologische Dimension von Ungleichheit

Auch aus ökologischer Sicht ist eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen unumgänglich, denn Ungleichheit ist ein Treiber des Klimawandels. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung ist für nur 10 Prozent der auf individuellen Konsum zurückzuführenden Kohlenstoffemissionen verantwortlich.[5] Sie leben zugleich überwiegend in den Ländern, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Die reichsten 10 Prozent verursachen dagegen rund die Hälfte aller Emissionen und können sich vor den Folgen des Klimawandels besser schützen.

Die ökologischen Grenzen unseres Planeten weisen zudem all jene Fantasien in Schranken, die meinen, Wirtschaftswachstum allein reiche aus, um extreme Armut bis 2030 zu überwinden. Unter Beibehaltung der gegenwärtigen ungleichen Verteilung der Wohlstandsgewinne müsste die globale Wirtschaft um das 175-fache anwachsen, um dieses oberste Ziel der Agenda 2030 zu erreichen.[6]

Ungleichheit als Frage der Macht

Die Bedeutung von Ungleichheit reicht weit über Fragen von Löhnen und Einkommen hinaus: Sie ist auch ein zentrales Hindernis für gleichberechtigte demokratische Teilhabe. Superreiche Einzelpersonen und Großkonzerne vereinen nicht nur enorme wirtschaftliche, sondern auch politische Macht auf sich. Ihren Einfluss nutzen sie, um politische Regeln in ihrem Sinne zu beeinflussen – nicht zuletzt mit dem Ziel, auf diese Weise ihre Profite zu maximieren. Wo jedoch Unternehmenswert und Wachstum im Vordergrund stehen, geraten die Rechte und Löhne von Arbeitenden, der Erhalt einer intakten Natur sowie der Ausbau und Erhalt eines solidarischen Gemeinwesens zwangsläufig in den Hintergrund.

Der Einfluss mächtiger Wirtschaftsinteressen führte in den vergangenen Jahrzehnten zur massiven Senkung von Unternehmenssteuern zu Lasten von Einkommens- und Verbrauchssteuern. In zahlreichen Ländern zeigt sich infolgedessen heute ein ungerechteres Steuersystem und Staatseinnahmen sanken. Damit fehlen auch die Mittel, um in Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung zu investieren, deren Ausbau wiederum zu Verringerung von Ungleichheit führen würde.

Zusätzlich verschärfen ausbleibende Investitionen und die Privatisierung sozialer Grunddienste und der öffentlichen Daseinsfürsorge die soziale Lage vieler Menschen. Wenn Ihnen der Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialen Sicherungssystemen verwehrt wird, verhindert dies zugleich soziale Mobilität. Armut wird somit über Generationen weitergegeben, die soziale Ungleichheit nimmt damit nicht nur zu, sondern wird obendrein zementiert. So schwindet auch das Vertrauen in das politische System und damit in die Demokratie als solche.

Politik gegen Ungleichheit ist notwendig und möglich

Wenn Ungleichheit die Folge politischer Entscheidungen ist, bedeutet dies zugleich, dass diese Entscheidungen prinzipiell umkehrbar sind. Eine Kurswende ist somit nicht nur erforderlich, sondern auch möglich. Konkret brauchen wir in Deutschland und international eine gerechte Steuerpolitik, die dafür sorgt, dass alle – auch Konzerne und Superreiche – ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Lohn- und Einkommenspolitik muss über nationale Grenzen hinaus gedacht werden und sicherstellen, dass auch in globalen Lieferketten existenzsichernde Löhne gezahlt und Einkommensunterschiede abgebaut werden. Ein Fundament gegen soziale Ungleichheit bilden zudem gute öffentliche Bildungs- und Gesundheitssysteme und soziale Sicherung für alle. Hier müssen Regierungen mehr investieren. Für diese notwendigen politischen Veränderungen – für Demokratie und gleiche Teilhabe, für Solidarität und eine gerechte Verteilung der Lasten und der Gewinne wirtschaftlicher Aktivität – müssen wir gemeinsam streiten.

Ellen Ehmke

Die Autorin ist Analystin zum Thema Soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland.

---

1 Alle Zahlen in diesem Abschnitt stammen aus dem Oxfam-Bericht ‚Reward Work, not Wealth', Januar 2018. https://www.oxfam.de/system/files/bericht_englisch_-_reward_work_not_wealth.pdf.

2 Christoph Lakner (2016): Global Inequality. Policy Research Working Paper 7776. World Bank.

3 Jason Hickel (2017): Is global inequality getting better or worse? A critique of the World Bank's convergence narrative. Third World Quarterly, Bd. 38.

4 McKinsey Global Institute (2015): How advancing women's equality can add $12 trillion to global growth.

5 Oxfam Media Briefing (2015): Extreme Carbon Inequality.

6 D. Woodward (2015): Incrementum ad Absurdum: Global Growth, Inequality and Poverty Eradication in a Carbon-Constrained World. World Social and Economic Review. Bd. 4.

DES MENSCHEN RECHT AUF LAND

Die Landfrage als eine „Ur-Frage“ von Ungleichheit

Genauso wie die Luft zum Atmen braucht der Mensch das Land zum Leben. Ohne Land kein Wohnen, kein Ausüben kultureller Praktiken, keine Versammlungsfreiheit oder auch keine Nahrung. 2,7 Milliarden Menschen sind in der Landwirtschaft aktiv und ernähren sich teilweise direkt über ihren Zugang zu Land. Selbst wenn wir unsere Nahrung im Supermarkt kaufen, benötigen wir diesen Zugang zu Land, um uns zu ernähren – wenn auch indirekt. Aktuelle Entwicklungen, die oft unter dem Schlagwort Landgrabbing zusammengefasst werden, begreifen Land hingegen als eine reine Ware und etablieren mittelalterlich-feudale Strukturen, in denen ganze Landstriche von einzelnen AkteurInnen kontrolliert werden. Da wundert es sehr, dass die Politik den Blick vom Thema Landkonzentration abwendet und es tabuisiert. Dem entgegen wächst das Verständnis für die Notwendigkeit eines Menschenrechts auf Land. [1]

Die Ungerechtigkeit stank zum Himmel im Süddeutschland des 16. Jahrhunderts. Ausdruck fand sie in den blutigen Bauernkriegen. Damals hatte der Adel im Zuge der Einführung des Römischen Rechts die Bevölkerung der gemeinschaftlich genutzten Wälder und Wiesen beraubt – diese kurzerhand in Privatbesitz umgewandelt. Über grundherrschaftliche Besitzstrukturen kontrollierte der Adel Land und Leute mit eiserner Hand. Mit den Bauernkriegen lehnte sich die Bevölkerung gegen dieses unterdrückerische System auf. Sie wurden im Kern der Landfrage wegen geführt, der Frage um eine gerechte Nutzung und Verteilung des Landes, wie in den 12 Artikeln von Memmingen, dem Forderungskatalog der Bäuerinnen und Bauern, festgehalten.

Heute sind umverteilende Landreformen als Ausdruck und Resultat teilweise blutiger sozialer Kämpfe in vielen Verfassungen rund um den Globus verankert. Dabei wird Verteilungsgerechtigkeit oft direkt angesprochen. In der philippinischen Verfassung von 1987 ist die „gerechte Verteilung allen Agrarlandes“ (Art. XIII) verankert. In der Verfassung Paraguays ist ein „gerechtes Verteilungs- und Besitzsystem“ von Land festgeschrieben (Artikel 114). In Südafrika werden Landreformen als Mechanismus angeregt, um „vergangene rassistische Diskriminierungen wieder gutzumachen“ (Artikel 25). Damit ist Umverteilung von Land verfassungsrechtlich gewünscht und abgesichert.

Auch in jüngerer Zeit wurden auf globaler Ebene folgende Texte verhandelt und einstimmig beschlossen. Die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zum Recht auf Nahrung (2004) erklären in Artikel 8: „Staaten sollten in Erwägung ziehen, rechtliche und weitere Politikinstrumente zu etablieren, [...] welche Landreformen für den besseren Zugang [zu Land] von Armen und Frauen voranbringen.“ Die Leitlinien der Vereinten Nationen (UN) zu Land von 2012 führen in Artikel 11 auf: „Staaten sollten Maßnahmen ergreifen, um unerwünschte Auswirkungen auf lokale Gemeinden und gefährdete Gruppen, die u. a. durch Grundstücksspekulation und Landkonzentration entstehen können, zu vermeiden.“ Beide Leitlinien wurden von der deutschen Regierung umfassend unterstützt.

Notwendigkeit der Umverteilung war anerkannt

Auch die Entwicklungspolitik war sich bis vor wenigen Jahren noch einig: Umverteilung von Land ist in vielen Ländern notwendig zur Schaffung einer gerechten, sozial

© Carolin Reintjes

Land in Sicht? Philippinischer Kleinbauer vor der Farm eines Großgrundbesitzers.

verträglichen Landnutzungsstruktur und einer armutsreduzierenden Entwicklung. Solche Landreformen waren auch Grundlage für die rasante Entwicklung Japans und Südkoreas nach dem 2. Weltkrieg. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und selbst die Weltbank hatten sich Umverteilung von Land viele Jahre auf die Fahne geschrieben. 2001 erklärte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) noch unter der Überschrift „Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe: Aktionsprogramm 2015; der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut" Agrarreformen zur gerechteren Landverteilung als eine von 10 Handlungsprioritäten. Auch wenn die offizielle Unterstützung von umverteilenden Landreformen mit teilweise absurden Ansätzen wie der marktbasierten Landreform gefördert wurde, war es vor allem wegen der massiven Mobilisierung sozialer Bewegungen wie der Landlosenbewegung MST in Brasilien oder des LPM in Südafrika ein bedeutendes Thema. Landkonzentration wurde landauf, landab mit dem Gini-Koeffizienten bemessen, einer einfachen Zahl, die den Grad der Landkonzentration in einem Land bemisst und so vergleichbar macht.

Versperrter Blick auf reale Entwicklung

Noch vor 10 Jahren stand die Umverteilung von Land auf der Agenda der Entwicklungspolitik, aber auch vieler Staaten wie Paraguay oder den Philippinen. Heute spricht kaum noch jemand von Landkonzentration geschweige denn Umverteilung von Land. Auch systematisierte Daten zu Landkonzentration wie der Gini-Koeffizient sind seit der Jahrtausendwende kaum noch in der Literatur zu finden. Weltbank und deutsche Entwicklungshilfe haben das Thema eingemottet. Schlimmer noch, das allgemeine Bekenntnis zu einer Umverteilung von Land zu Gunsten landloser und landarmer Bäuerinnen und Bauern wurde in den letzten Jahren ins Gegenteil verkehrt. Heute werden durch die Neuausrichtung der Entwicklungspolitik an Privatwirtschaft und Finanzindustrie industrielle Megafarmen als Entwicklungschance verkauft und so Landkonzentration befördert. Enge, oft rein finanzökonomische Definitionen von Effizienz und Produktivität haben als Schlagworte Themen wie Gerechtigkeit und Umverteilung ersetzt.

Dabei sagen die Zahlen genau das Gegenteil. In Kambodscha beispielsweise wurden in nur 10 Jahren über 2,5 Millionen Hektar Land an gut 200 Agrar- und FinanzinvestorInnen regelrecht herausgeschnitten. Bei einer landwirtschaftlich nutzbaren Fläche von etwa 5 Millionen Hektar eine fast unvorstellbare Größe. Wie auch im Deutschland des 16. Jahrhunderts ist dies begleitet von massivem Widerstand, systematischen, brutalen Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen. Der Gini-Koeffizient, der ungleiche Verteilung von Land zwischen 0 (jeder Mensch hat genau gleichviel Land) bis 1 (einer Person gehört das ganze Land) misst, ist so in nur einem guten Jahrzehnt von etwa 0,56 auf 0,81 explodiert.

Aber auch in Europa nimmt die Konzentration von Land in den Händen weniger rasant zu. 50 Prozent der europäischen Agrarfläche wird von nur noch 3 Prozent der Agrarbetriebe bewirtschaftet. In Deutschland kontrollieren 1,4 Prozent der Agrarbetriebe 4 Millionen Hektar Land – 1 Viertel des gesamten Ackerlandes. Mittlerweile gibt es in Deutschland nur noch 275.000 Betriebe. Gehen Höfesterben und Landkonzentration in gleichem Tempo weiter, werden in 10 Jahren weitere 56.000 Höfe in Deutschland schließen. In Sachen Landkonzentration steuern wir damit von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt wieder mittelalterlichen Verhältnissen entgegen.

Kein Naturgesetz

Heute kontrollieren die 3 größten Saatgut-Konzerne 56 Prozent des globalen kommerziellen Saatgutmarktes. Beim Anbau selbst zeigen sich nun um einige Jahrzehnte zeitversetzt vergleichbare gewaltige Konzentrationsprozesse. Der Agrarkonzern Olam gibt beispielsweise an, weltweit 2,4 Millionen Hektar Land zu bewirtschaften. Der Finanzinvestor TIAA aus den USA hat weltweit mittels Landfonds über 600.000 Hektar Agrarland aufgekauft. So wird es wohl nicht mehr lange dauern, bis es neben globalen Zahlen von Einkommensungleichheit auch solche zu Land geben wird.

Diese Entwicklungen sind kein Naturgesetz, auch wenn das unter dem Schlagwort ‚Strukturwandel' vom Landwirtschaftsministerium oder dem Deutschen Bauernverband gerne suggeriert wird. Die Politik schafft mit dem Dogma der globalen Wettbewerbsfähigkeit, Handelsabkommen oder einseitigen Subventionsregimen (bspw. EU-Agrarpolitik) dafür wirkmächtige Rahmenbedingungen. Genau dort könnte sie dieser Entwicklung auch entgegenwirken – allein der politische Wille fehlt.

Land in Sicht?!

„Kein anderes Thema ist von derart zentraler Bedeutung, wenn es um Machtverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft oder um Themen wie Gleichheit und Einkommensverteilung geht", so der ehemalige UN-Menschenrechts-Sonderberichterstatter Danilo Türk zur Landfrage. Aber gerade jetzt, da die Landkonzentration rasant zunimmt und zu einem globalen Phänomen erwächst und parallel die bäuerliche Bevölkerung weltweit weiterwächst – auf aktuell 2,7 Milliarden Menschen – werden Landreformen vergessen und tabuisiert.

Auch das Flaggschiff der Entwicklungspolitik, die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs), haben hier einen blinden Fleck. Zwar wird Ungleichheit durch ein eigenes Ziel prominent Bedeutung beigemessen. Durch den dominanten Bezug auf finanzielle Aspekte wie Einkommensungleichheit oder Finanzpolitik ist das Thema Land aber auch hier aus dem Blick geraten. Eine gerechte Gesellschaft wird langfristig jedoch nicht ohne eine gerechte Verteilung von Land existieren. Denn ein ganzer Blumenstrauß an grundlegenden Rechten ist ohne Land nicht denkbar. Daher bleibt auch eine Entwicklungspolitik unglaubwürdig, so lange sie zunehmende Landkonzentration weiterhin ignoriert. Schenken wir also der Landfrage wieder die Bedeutung, die ihr zusteht.

Roman Herre

Der Autor ist Agrarreferent bei FIAN Deutschland.

1 FIAN (2017): The Human Right to Land. Position Paper. https://www.fian.org/fileadmin/media/publications_2017/Reports_and_Guidelines/FIAN_Position_paper_on_the_Human_Right_to_Land_en_061117web.pdf.

© Thomas Lohnes / Brot für die Welt

Guatemala: Dorfversammlung in Las Flores. Ein großes Staudammprojekt bedroht die Felder der Bäuerinnen und Bauern. Erst vor kurzem haben sie durch Schulungen auf ökologischen Landbau umgestellt und haben nun das ganze Jahr genug zu essen – doch wie lange noch?

AGRARÖKOLOGIE GEHT NUR MIT ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Alternative Wirtschaftsformen auf dem Land können Ungleichheit abbauen

Auf dem Land ist Ungleichheit besonders groß. 815 Millionen Menschen hungern und können sich nicht ausreichend und gesund ernähren. Um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, bieten lokale Wirtschaftssysteme und -kreisläufe vor allem auch für die kleinbäuerliche Landwirtschaft tragfähige Lösungen an. Dies gelingt aber nur, wenn Frauenrechte gestärkt werden, die Interessen dieser Bevölkerungsgruppen politisch durchgesetzt werden und Ernährungssouveränität mit umweltschonenden agrarökologischen Anbaumethoden Wirklichkeit wird.

Das Niveau sozialer Ungleichheit ist in vielen Ländern, insbesondere im Globalen Süden, extrem hoch. Daraus resultiert vor allem andauernde Armut. Lange Zeit wurde Ungleichheit als notwendiges Übel für ein ‚Herauswachsen' aus der Armut beschrieben. Inzwischen werden die hohen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kosten von Ungleichheit wahrgenommen.[1] Große Chancenungleichheit führt zu Armut. Je größer die Kluft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ist, desto geringer wird soziale Mobilität. Ungleichheit trägt direkt dazu bei, dass Menschen in einem Teufelskreis der Armut gefangen bleiben und Kinder aus armen Familien häufig die Armutssituation ihrer Eltern erben. Durch solche Exklusionsprozesse werden Chancen für eine breite wirtschaftliche Entwicklung vergeben. Es braucht deshalb Politikansätze für Umverteilung und geteilten Wohlstand, um Armut zu überwinden. Der Zusammenhang zwischen der Überwindung von Armut und der Notwendigkeit zur Umverteilung wird noch zwingender, wenn das gegenwärtige Modell der Wachstumsökonomie infrage gestellt wird und ökologische Aspekte sowie der Klimawandel in den Blick genommen werden.

Ungleichheit auf dem Lande

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ruft im Ziel 10 der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) zum Handeln für die Reduzierung der Ungleichheit in und zwischen Ländern auf. Ungleichheit zu reduzieren ist auch essentiell für die Überwindung von Armut (SDG 1) oder Hunger (SDG 2). Dieser Zusammenhang wird deutlich, wenn die Zahlen der Hungernden und Fehlernährten betrachtet werden. 2016 waren bei einer Weltbevölkerung von 7,6 Milliarden Menschen 815 Millionen hungernd, 2 Milliarden fehlte es an lebenswichtigen Mikronährstoffen und Vitaminen. Dabei ist auf dem Land Armut und Hunger besonders eklatant. An die 80 Prozent leben von der Landwirtschaft oder den natürlichen Ressourcen. Um deren Armut zu überwinden und Ungleichheit abzubauen, müssen vor allem tragfähige Wirtschaftssysteme für ihre Bedürfnisse entwickelt werden, Frauenrechte gestärkt und der Zugang zu Ressourcen verbessert werden.

Ungleiche Landverteilung abbauen

Die (klein)bäuerliche Landwirtschaft ist häufig die einzige existenzsichernde Wirtschaftsform. 2,6 Milliarden Menschen leben von ihr. Millionen von Kleinbäuerinnen und -bauern, HirtInnen, FischerInnen und Indigenen produzieren auf kleinsten Flächen den größten Teil aller Lebensmittel,

in den meisten Ländern in Afrika und Asien bis zu 80 Prozent. Liegt die bewirtschaftete Fläche unter 2 Hektar, spricht man von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. 83 Prozent der weltweit 537 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften weniger als 2 Hektar und 97 Prozent weniger als 10 Hektar. So sind in Asien bis zu 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe kleinbäuerlich. Kleinbäuerliche Betriebe bewirtschaften etwa 60 Prozent der weltweiten Ackerflächen – häufig jedoch qualitativ schlechte und nicht bewässerungsfähige Böden – und leisten den größten Teil der Agrarinvestitionen. Aber die Durchschnittsgröße der Betriebe sinkt. Sie liegt in Asien bei 1,06 Hektar und in Afrika bei 1,3 Hektar. Dadurch ist es vielen Kleinbäuerinnen und -bauern nicht mehr möglich, ihre Familie ausreichend zu versorgen und sie müssen sich zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten suchen. Dabei ist in vielen Ländern zwar genügend Land da, jedoch ist die Landverteilung ungleich. Deshalb sind Land- und Agrarreformen notwendig. Stellvertretend für eine gerechtere Landverteilung in vielen Ländern stehen die Landbesetzungen in Brasilien, organisiert von der Landlosenbewegung ‚Movimento dos Sem Terra' (MST).

Bäuerliche Landwirtschaft ist keine ‚Armutsökonomie'

Die nachfolgenden Beispiele zeigen, dass bäuerliche Landwirtschaft keineswegs eine ‚Armutsökonomie' ist. Die Schaffung tragfähiger lokaler Wirtschaftssysteme kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn anerkannt wird, dass die Wirtschaftsweise bäuerlicher Familienbetriebe sich in erster Linie an Sicherheit und Nachhaltigkeit orientiert. So nutzen in Tansania Bäuerinnen und Bauern wieder verstärkt einheimische, widerstandsfähige und nährstoffreiche Sorten sowie die Vorteile von Mischkulturen und natürlicher Schädlingsbekämpfung. Auch traditionelle, lokal erprobte Technologien finden wieder vermehrt Anwendung. Zum anderen nutzen die Bäuerinnen und Bauern ihre knappen natürlichen Ressourcen in einer schonenderen Form. Zum Beispiel wird Regenwasser kostengünstig über die Dachrinnen der Häuser in Zisternen gesammelt und für den Gemüseanbau verwendet. Verteilungskonflikte um Wasser und Land können dadurch entschärft werden. Zudem werden der Kapitalbedarf der ProduzentInnen und ihre Abhängigkeit von externen Betriebsmitteln geringer. Dies kann erreicht werden, wenn systematisch Prinzipien von Agrarökologie in der bäuerlichen Landwirtschaft etabliert werden. Ein Qualifizierung der Bäuerinnen und Bauern ist hierfür notwendig. Fossile Energieträger und wichtige Nährstoffe wie Phosphat und Kalium werden in Zukunft immer knapper und teurer werden. Ertragssteigerungen durch mehr chemisch-mineralische Düngung stoßen an ihre ökologischen Grenzen. Außerdem ist ein intensiverer Energie- und Maschineneinsatz für viele kleinbäuerliche Betriebe nicht rentabel. Verbesserte Anbaumethoden, geeignetes, regional und lokal erzeugtes Saatgut, der Aufbau der Bodenfruchtbarkeit durch ein verbessertes Bodenmanagement, biologischer Pflanzenschutz sowie wassersparende Anbaumethoden werden notwendig sein, um die Produktion umweltschonend zu intensivieren. Wenn Bäuerinnen und Bauern genügend Land, Wasser, Arbeitskraft und das nötige Wissen haben, können sie einen höheren Nährwert pro Hektar erzielen als die industriell organisierte Landwirtschaft. In vielen Entwicklungsländern können die Erträge im Ackerbau daher noch deutlich gesteigert werden – und das ohne schädliche Umweltauswirkungen.

Diese bäuerlichen Produktionsmethoden sollten gemeinsam erprobt und weiterentwickelt werden, wie zum Beispiel in Tansania. Dort beraten über 40 kleinbäuerliche Verbände, organisiert im panafrikanischen Netzwerk PELUM, kleinbäuerliche Betriebe in agrarökologischen Anbaumethoden. Neben der Wissensvermittlung über partizipative Methoden („von Bauer zu Bauer") setzt sich PELUM auch für günstige wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen in den afrikanischen Ländern für agrarökologische Landwirtschaft ein.

Auf lokalen und regionalen Märkten finden die Produkte kleinbäuerlicher Landwirtschaft einen gewissen Absatz. Auf diese Weise können sich die Bäuerinnen und Bauern unabhängiger von den unkontrollierbaren Nachfrage- und Preisschwankungen der nationalen und internationalen Märkte machen. In Indonesien haben Bauernorganisationen gemeinsam ökologische Anbaumethoden erprobt und die lokale Vermarktung ihrer Produkte organisiert. Sie haben dafür auch Spar- und Kreditgruppen gebildet. Kakaopflanzungen im Hochland arbeiten nun wieder gewinnbringend. Durch eine Genossenschaft, die Anbauberatung und Vermarktungswege für ihre Mitglieder organisiert, wird ein besserer Preis erzielt als beim Einzelverkauf an ZwischenhändlerInnen. In Südbrasilien haben Biobäuerinnen und -bauern nachhaltige Produktions- und Vermarktungsstrukturen für ihre Erzeugnisse aufgebaut. Inzwischen setzen sie ihre Produkte auf Bauernmärkten in der Region und in größeren Städten ab.

Frauenrechte und Organisation bäuerlicher Interessen

Diese Wirtschaftsformen sind in ein umfassendes Konzept ländlicher Entwicklung einzubinden. Dies lässt sich durch die Diversifizierung des ländlichen Handwerks, des Kleingewerbes und der Kleinindustrie erreichen. Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Kreditvereine bieten hierfür gute Voraussetzungen. Unabdingbar ist auch die systematische Teilhabe von Frauen. Meist sind sie es, die das komplexe Anbauwissen von Generation zu Generation weitergeben, die Produkte vermarkten und die Hauptverantwortung für die Existenzsicherung ihrer Familien tragen. Klar ist, ohne die politische Interessensvertretung und die Stärkung kollektiver Rechte der ProduzentInnen können Ungleichheiten nicht abgebaut werden. So haben sich über 200 Millionen Bäuerinnen und Bauern in den weltweit agierenden Verband ‚La Via Campesina' (der bäuerliche Weg) zusammengeschlossen. Ziel ist es, der ländlichen Bevölkerung ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Agrarökologische Anbaumethoden – eingebettet in eine Politik der Ernährungssouveränität und rechtlich abgesichert durch die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung – ist ein wichtiger Baustein für eine flächendeckende Transformation des Wirtschaftssystems, das Ungleichheit abbaut. Aber dafür ist auch eine politische Umgestaltung des Wirtschaftssystems notwendig.

Dr. Bernhard Walter

Der Autor ist Referent für Ernährungssicherheit bei Brot für die Welt.

1 Weltbank (2016): Taking on Inequality. Poverty and Shared Prosperity.

EXTRAKTIVISMUS ALS AUSDRUCK GLOBALER UNTERDRÜCKUNG

Zur Reproduktion von Ungleichheit in Lateinamerika

Die sozioökonomische Krise, welche Lateinamerika um die Jahrtausendwende fest im Griff hatte, endete dank eines anhaltenden Anstiegs der weltweiten Rohstoffnachfrage und durch die Spekulationslogik des gleichen globalisierten kapitalistischen Systems, die für das erneute Ansteigen der Rohstoffpreise gesorgt hatte. Lateinamerika blieb jedoch weiterhin der Kontinent mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Mit dem Rückgang der Rohstoffpreise im Jahr 2014 änderte sich die Situation erneut. Alle Länder, deren Wirtschaftssystem auf der Ausfuhr von Rohstoffen basiert, fanden sich in der unangenehmen Situation, vom Weltmarkt abhängig zu sein – eine Abhängigkeit, die in Zeiten steigender Rohstoffpreise in den Hintergrund tritt. Durch diese neue Krise wurde die soziale Ungleichheit weiter verschärft.

Der terminus Extraktivismus bezeichnet dabei den massiven Abbau von natürlichen Ressourcen für den Export. Der Abbau richtet sich hier nach der Nachfrage der Industrieländer und die Rohstoffe werden nicht (oder kaum) verarbeitet. In der Regel führt der Extraktivismus zu bedeutenden makroökonomischen Effekten sowie zu tiefgreifenden negativen Folgen für die Gesellschaft, die Umwelt und die Kultur der betroffenen Gebiete. Der Extraktivismus beschränkt sich nicht auf den Abbau von Bodenschätzen, sondern erstreckt sich auch auf den Bereich der Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei sowie den Tourismus und die Städte. Es wäre daher besser von Extraktivismen zu sprechen. Unter dem Begriff Neo-Extraktivismus verstehen wir eine moderne Version des traditionellen Extraktivismus, der vor allem durch modernere Technologien größere und komplexere Rohstoffprojekte erschließt. Die negativen Auswirkungen der Rohstoffausbeutung bleiben jedoch dieselben.

Fluch und Segen reicher Rohstoffvorkommen

In vielen lateinamerikanischen Ländern führten die starke Steigerung der Nachfrage und die folgende Erhöhung der Preise für fossile Brennstoffe, Bodenschätze und landwirtschaftliche Erzeugnisse zu einem deutlichen Anstieg der Einnahmen aus dem Export. Dies erweiterte den politischen Spielraum vieler Regierungen.

Die höheren Einnahmen kamen nicht nur der öffentlichen Hand, sondern auch monopolistischen Gruppen, transnationalen Unternehmen, BänkerInnen, ImporteurInnen, ExporteurInnen, BürokratInnen etc. zugute. All diese NutznießerInnen sahen über Machtmissbrauch, Korruption und die Verletzung der Menschenrechte hinweg. Das einzige Interesse bestand darin, sich zu bereichern. Es wurden jedoch auch einige relativ tiefgreifende Investitionen im sozialen Bereich ermöglicht, welche einer breiten Masse zugutekamen.

In einigen Ländern, wo der Protest der Bevölkerung gegen den Neoliberalismus zur Wahl „progressiver" Regierungen geführt hatte (bspw. Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador und Venezuela), wurde der größere Handlungsspielraum genutzt, um die Einnahmen aus dem Rohstoffabbau gerechter zu verteilen und die Armut zu bekämpfen. Dies fand – zur

© Ottocarotto (BY-SA 3.0)

Rohstoffabbau hat oft drastische Auswirkungen auf Umwelt und Soziales. Hier droht der Bergbau eine andine Stadt zu verschlucken.

Überraschung einiger – auch in Ländern mit neoliberalen Regierungen statt (Kolumbien, Peru). Auch wenn die absolute Armut in allen Ländern zurückging, sind die reichsten Bevölkerungsgruppen nach wie vor die HauptnutznießerInnen des Rohstoffabbaus – ebenso wie die transnationalen Unternehmen, welche direkt oder indirekt vom Rohstoffgeschäft profitieren. Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich leicht erklären, wenn man bedenkt, dass die vielen Jahre enormer Einnahmen aus dem Rohstoffexport keinerlei Einfluss auf die Konzentrationstruktur des Kapitals hatten.

Ausbau bis zum Überangebot

Die Legitimität aller lateinamerikanischen Regierungen war eng mit der jeweiligen Umverteilungspolitik verbunden, welche die ökonomischen Möglichkeiten breiter Teile der Bevölkerung verbesserte. Zur Finanzierung der neuen Sozialprogramme waren jedoch immer neue Einnahmen aus dem Rohstoffabbau nötig. Die ständige Verfügbarkeit finanzieller Mittel aus dem Rohstoffexport – und mit der Zeit vermehrt basierend auf den immer größeren Krediten aus dem Ausland – begünstigte eine lang anhaltende wirtschaftliche, soziale und auch politische Stabilität. Diese wurde auch durch die Abkehr von der harten neoliberalen Stabilitätspolitik und den Strukturanpassungen der 1980er und 90er Jahre ermöglicht.

Der Anstieg der Exporteinnahmen für Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas, Kupfer oder Gold durch die höheren Rohstoffpreise führte zu einem enormen Anreiz, den traditionellen Abbau dieser natürlichen Ressourcen in Lateinamerika auszuweiten. Technologische Fortschritte ermöglichten zudem den Abbau neuer Ressourcen, welche vormals schwer zu erschließen gewesen waren. Diese Faktoren lösten massive Investitionen transnationaler Unternehmen (vor allem aus China) in den verschiedenen Bereichen, besonders aber im Bergbau und der Förderung von Erdöl, aus.

Diese Prosperität wurde jedoch von den Änderungen auf dem Weltmarkt und dem folgenden Preisverfall abrupt unterbrochen, auch weil diese Länder in den Jahren des Wirtschaftswachstums die Produktionsstruktur nicht transformiert haben. Die sinkenden Exporteinnahmen in den betroffenen Ländern führten perverserweise zu einem neuen Aufschwung des Extraktivismus, um die gesunkenen Preise durch höhere Exporte auszugleichen. Es liegt auf der Hand, dass das dadurch entstehende Überangebot ein weiteres Absinken der Preise zur Folge hatte.

Ursprünge und Perspektiven des Extraktivismus

Mit der Eroberung und Kolonialisierung Amerikas, Afrikas und Asiens begann die Strukturierung der Weltwirtschaft. Das kapitalistische System, welches auf dem Patriarchat und der Kolonialität beruht, verfestigte sich. Eines seiner Grundprinzipien ist die Akkumulation des Rohstoffabbaus und -exports, die seit jeher durch die Nachfrage der sich herausbildenden kapitalistischen Zentren bestimmt wird. Einige Regionen spezialisierten sich hauptsächlich darauf, Rohstoffe zu fördern und zu produzieren, während andere Regionen sich darauf fokussierten, die Rohstoffe zu verarbeiten. Dort konzentrierten sich daher von Beginn an Kapital, Macht sowie wissenschaftliches und technologisches Wissen. So wurden die „entwickelten“ Länder zum größten Teil Netto-Importeure von natürlichen Rohstoffen, während die „unterentwickelten“ Länder zu den Netto-Exporteuren zählen. Erstere bereichern sich also in großem Maße an der Verarmung letzterer. Hinzu kommt, dass die Zerstörung der Umwelt und die Beeinträchtigung der jeweiligen Gemeinden durch die von den Extraktivismen ausgehende strukturelle Gewalt die Norm darstellt. Die Gewalt ist dabei keine Folge der Extraktivismen, sondern eine Grundvoraussetzung zu ihrer Durchführung.

Diese Gewalt ist allumfassend und wirkt sich auf Territorien, Gemeinden und Körper – vor allem der Frauen – aus. Gleichzeitig wird jede Form der Heterogenität zerstört: In Lateinamerika ist der Extraktivismus Teil der DNA im imaginären Kollektiv – vor allem der regierenden Eliten. Sie können sich eine Zukunft ohne die durch den Extraktivismus erzeugte Abhängigkeit vom Weltmarkt nicht vorstellen. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder gehört daher weiterhin zu den Exporteuren von Primärgütern, was die Herausbildung von Rentenökonomien, Klientelgesellschaften und autoritären Regierungen begünstigt hat. Die Region bleibt für den globalen Kapitalismus folglich von strategischer Bedeutung und setzt ihre seit Jahrhunderten etablierte Rolle fort. Die international asymmetrische Verteilung der Arbeit führt also zu einer „Entwicklung der Unterentwicklung“.

Folgen des Neo-Extraktivismus

Im aktuell vorherrschenden Neo-Extraktivismus ist eine Art finaler Schlag gegen indigene und gemeinschaftliche Kulturen zu beobachten. Unabhängig von der jeweiligen Regierung sind in allen Ländern Unterdrückung und Kriminalisierung zu beobachten. Die angeblich entwickelten Länder bauen die Vorteile, welche sie aus der Struktur des ungleichen Handels ziehen, weiter aus – eines Handels, der durch sogenannte Freihandelsverträge die Unfreiheit und Ungleichheit weiter verschärft.

Angesichts dieser Lawine der Zerstörung wächst der – immer öfter durch Frauen geleitete – Widerstand in ganz Lateinamerika. Es entstanden Alternativen und innovative Vorschläge, wie zum Beispiel, das Erdöl im ecuadorianischen Nationalpark Yasuní im Boden zu lassen. Die Region setzt sich von unten, aus der Gemeinschaft heraus gegen die Angriffe zur Wehr und findet eigene Möglichkeiten für ein würdiges, auf den Menschenrechten und den Rechten der Natur basierendes Leben. Die Lösung führt über Umwege, aber sie erlauben es, den Fluch des Überflusses, der die große Mehrheit der rohstoffreichen Länder in Armut gefangen hält, Schritt für Schritt und effektiv abzuschütteln.

Alberto Acosta

Der Autor ist Wirtschaftswissenschaftler, Universitätsprofessor, ehemaliger Minister für Energie und Bergbau sowie ehemaliger Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors und hat als Präsident der Republik Ecuador kandidiert.

Aus dem Spanischen von Lina Gerstmeyer.

© Jürgen Stemper // Bloemche (BY-ND 2.0)

Schützend liegen die marmornen Löwen vor dem portugiesischen Parlament in Lissabon – wie erfolgreich bekämpft die linke Koalition von 2015 die Ungleichheit?

PORTUGAL: EIN ROBIN-HOOD-STAAT?

Unverhoffte Allianz auf neuen Wegen nach der Krise

Die portugiesische Gesellschaft befindet sich in einer problematischen Übergangsphase mit einem semi-peripheren Status im Weltsystem. Die Wiedereinführung der Demokratie und die Integration in die Europäische Union (EU) brachten Portugal auf den Weg der Entwicklung, doch die jüngste Krise führte zu neuen Ungleichheiten. Heute steht das Land am Scheideweg. In diesem Artikel geht es darum, wie die Wende weg von den Sparmaßnahmen und hin zu mehr Gleichheit zustande kam.

Am 25. April 1974 wurde mit der Revolution die Demokratie wiedereingeführt. Dies verhieß einen neuen Wohlfahrtsstaat, der fähig sein sollte, den sozialen Aufstieg zu fördern, neue berufliche Segmente zu stärken und eine neue Angestellten-Mittelschicht anzuregen. Das Wirtschaftswachstum und EU-Subventionen machten neue Infrastrukturen und Sozialkonzepte möglich. So wurden wesentliche Schritte im Modernisierungsprozess des Landes verstärkt, insbesondere durch öffentliche Aufklärung. In den 3 folgenden Jahrzehnten entwickelte sich Portugal von einer armen, unterentwickelten Gesellschaft zu einem vielversprechenden Akteur unter den entwickelten Demokratien.

Anhaltende Einkommensunterschiede

Beginnend mit der Jahrhundertwende nahmen Einkommensunterschiede in Portugal leicht ab. Seit 2009 hat sich aufgrund einer politischen Wende, mit der die Einführung einer neuen Finanz- und Wirtschaftspolitik einherging, jedoch einiges verändert. So stieg die Armutsquote von 17,9 Prozent im Jahr 2009 auf 19,5 Prozent im Jahr 2014 an.[1] Im Gegensatz dazu lag die Armutsgrenze vor der Auszahlung von Sozialleistungen und Renten im selben Jahr bei 47,8 Prozent. Das verdeutlicht, wie wichtig Sozialleistungen sind und welche entscheidenden Auswirkungen sie auf die Armutsquote haben. Dennoch wurden auch bei den Sozialleistungen höhere Einkommen begünstigt. Aus den Daten von 2014 geht hervor, dass die 20 Prozent mit dem höchsten Einkommen 42 Prozent aller Sozialleistungen bezogen, während die ärmsten 20 Prozent nur 9 Prozent erhielten.

Einige Studien zeigten, dass auch die Folgen der Krise ungleich verteilt waren. So litten zum Beispiel unter Sparmaßnahmen wie Lohn-, Renten- und Leistungskürzungen vor allem die Menschen mit den niedrigsten Einkommen am meisten. Zwischen 2009 und 2014 erlebten die ärmsten 10 Prozent der Gesellschaft Lohnkürzungen von 25 Prozent, gefolgt von einem zweiten Zehntel, dessen Lohn um 16 Prozent gekürzt wurde, und erst auf dem dritten Platz standen die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen.[2]

Widerstand gegen die alten Mächte

Zuletzt wurden soziale Bewegungen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise und des Eingreifens der Troika zum Dreh- und Angelpunkt für Veränderungen. Das Rettungsprogramm der Troika, das zwischen 2011 und 2014 in Kraft war, legte einen neuen Kontext offen, in dem widersprüchliche Praktiken nur allzu sichtbar wurden. Die Brutalität der Sparmaßnahmen, die von einer Mitte-Rechts-Regierung beschlossen wurden, entfesselte eine Reihe kraftvoller sozialer Bewegungen, angesichts derer die Parteien nicht gleichgültig bleiben konnten. Verarmung, hohe Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtskürzungen

verstärkten den Zorn der Öffentlichkeit. Die Proteste gegen die Sparmaßnahmen führten zu einer Reihe von Mobilmachungen, die breite Bevölkerungsschichten umfassten. So entstand eine neue politische Stimmung, die einen politischen Wandel zugunsten der Linken begünstige.

Politische Wende

Die Parlamentswahl 2015 markierte eine bedeutende politische Wende. Die rechtskonservative Koalition (PSD/CDS) beanspruchte den Sieg bei der Parlamentswahl für sich (36,86 Prozent der Stimmen), erlangte aber nur eine relative Mehrheit, während die Sozialisten (PS) nicht weit zurücklagen (32,31 Prozent). Die Wahlergebnisse ermöglichten eine Einigung der PS mit den KommunistInnen (PC) und dem Linksblock (BE). So konnte, obwohl die Parteien zuvor politische Kontrahenten waren, eine neue linke Mehrheit im Parlament geschaffen werden. Die Zeit danach begünstigte einen leichten Wirtschaftsaufschwung und eine Linderung der Sparmaßnahmen und ebnete den Weg für neue, positive Perspektiven der Bevölkerung. Subjektiv gesehen hatte der Großteil der Portugiesen das Gefühl, dass ein Wendepunkt erreicht war: Die Gesellschaft war von den negativen Maßnahmen erschöpft und hatte die ehemalige Regierung abgestraft, unter anderem auch, da sie die Sparmaßnahmen als einzige Lösung gepriesen hatte. Objektiv gesehen waren Einkommensminderung, Flexibilität im Job, Lockerung des Kündigungsschutzes, Arbeitslosigkeit und auch das steigende Armutsrisiko Realitäten, die große Teile der Bevölkerung betrafen. Vor diesem Hintergrund und getragen vom Unmut der Bevölkerung über die vorherigen Zustände traf die neue sozialistische Regierung einige wichtige Entscheidungen und zeigte somit, dass es möglich war, die Dinge anders zu handhaben. Beispielsweise wurden durch Beschlüsse der sozialistischen Regierung genannte Lohnzahlungen weiterhin gesichert, strategische Unternehmensprivatisierungen rückgängig gemacht, der Mindestlohn angehoben und die 35-Stunden-Woche wiedereingeführt.

Allerdings waren auch diese politischen Lösungen von einigen Schwierigkeiten geprägt. Zwar wurden auf der einen Seite Sozialleistungen wiedereingeführt, nämlich Renten sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld, wobei sogar die Wirtschaft positiv reagierte (Schuldenabbau, Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) etc.). Andererseits jedoch schrieben EU-Verpflichtungen weiterhin eine Haushaltsdisziplin vor, die andere wichtige Maßnahmen verhinderte, welche die EU als unnötige Ausgaben ansah. In den Jahren nach dem Rettungsprogramm (die Troika verließ das Programm 2015) zeigte sich eine Tendenz zur Erholung von Sparmaßnahmen, Haushaltsdisziplin, steigenden Exporten sowie positive Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs. Ab jenem Zeitpunkt sank die Arbeitslosigkeit, wie die oben genannte Stabilisierung und Verringerung der Armutsquoten illustrieren. Allerdings nahm die Ungleichheit im gleichen Zeitraum nicht ab. Ungeachtet der Konjunkturerholung ab 2013 hatten die ärmsten 10 Prozent 3 Jahre später immer noch Durchschnittseinkommen, die 10 Mal niedriger waren als die der reicheren 10 Prozent (237 Euro gegenüber 2360 Euro). Zudem lag das Durchschnittseinkommen im Jahr 2016 trotz des erwähnten Konjunkturaufschwungs unter dem Niveau der Jahre vor Ausbruch der Krise, nämlich 5,6 Prozent weniger als im Jahr 2009.

Auf dem Weg zu einem progressiven Steuerwesen?

Jüngste Maßnahmen der sozialistischen Regierung scheinen sich auf ein progressives Steuerwesen auszurichten, eindeutig ist dies aber noch nicht. Das BIP der Wirtschaft hängt auch von ausländischen Direktinvestitionen und Finanzkapital ab, und das Bankensystem ist gut geschützt. Allerdings wurden die Stufen für die Einkommensteuer im Januar 2018 von 5 auf 7 Abzugsstufen ausgeweitet. Dies bedeutet mehr mögliche Vorteile für die mittleren und unteren Einkommensschichten. Zudem werden Vorschläge für die Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften diskutiert, bisher aber im Staatshaushalt noch verschoben. Nur im Steuerwesen gab es einige Entscheidungen. So soll Steuerhinterziehung bekämpft und die 758 reichsten Personen, die über 700.000 Euro im Jahr verdienen, stärker kontrolliert werden. Hier steht ein politisch heikles Thema auf dem Spiel. Die Regierung ist an ihre linken Partner gebunden, die stets für progressivere und emanzipatorischere Maßnahmen zugunsten der ArbeiterInnen und sozial Benachteiligten gekämpft haben. Außerdem vertreten die SozialistInnen und ihr Generalsekretär (A. Costa, Premierminister) die Haltung, keine Zugeständnisse an die Mitte-Rechts-Fraktion zu machen, doch eine neue konservative Führung liebäugelt mit Costas Optionen. Eine von der aktuellen Regierung unterstützte Sozialpolitik möchte neue Vereinbarungen zum ‚Sozialdialog' auf den Weg bringen (ein dreiteiliger nationaler Rat) und diskutiert innovative Wege, den vorherigen Zyklus rückgängig zu machen. Doch dies geht nicht friedlich vonstatten. Denn während Gewerkschaften derzeit in verschiedenen Branchen (wie Bildung, Gesundheitswesen, Beamtentum usw.) mobilmachen und streiken, verhandelt die Regierung mit der EU das nächste Paket von Kohäsionsfonds, welcher die EU-Mitgliedstaaten fördert, deren nationales Pro-Kopf-Einkommen unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Die Regierung hofft, mit dem Argument, dass Portugal einen erfolgreichen Weg aus der massiven Verschuldung gefunden hat, die von der EU auferlegten Streichungen zu verringern. Dieser komplexe Vorgang von Konflikt und Dialog könnte in den kommenden Monaten noch heftiger werden, wenn die politischen PartnerInnen den Staatshaushalt für 2019 diskutieren. Somit scheint es, als sei Portugal trotz jüngster Tendenzen, untere Schichten zu begünstigen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern, noch weit davon entfernt, ein Robin-Hood-Staat zu werden.

Elísio Estanque

Der Autor ist leitender Forscher am Zentrum für Soziale Studien (Centro de Estudios Sociales, CES) und Professor für Soziologie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Coimbra (Portugal).

Aus dem Englischen von Christiane Krüger.

1 Nationales Statistikinstitut.

2 Carlos Farinha Rodrigues/Rita Figueiras/Vítor Junqueira (2016): Desigualdade de Rendimento e Pobreza em Portugal. Fundação Francisco Manuel dos Santos, Lisboa.

UNGLEICHHEITEN VERRINGERN!

SDG 10: Schlüssel zur Verwirklichung der Agenda 2030

Arbeitspapier des Global Policy Forum (12/2017)

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die die Staats- und Regierungschefs im September 2015 bei den Vereinten Nationen in New York verabschiedeten, verpflichteten sie sich, die Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern bis zum Jahr 2030 spürbar zu verringern. Mit dem Arbeitspapier soll dieser Beschluss der Regierungen genauer unter die Lupe genommen werden. Das Papier beschreibt die verschiedenen Formen ökonomischer, sozialer und politischer Ungleichheiten und die damit verbundenen Indikatoren. Zudem wird erörtert, welche Ansatzpunkte und Politikinstrumente es gibt, um Ungleichheit zu reduzieren – und damit der Verwirklichung der Agenda 2030 einen Schritt näherzukommen.

Download unter: https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Ungleichheiten_verringern_Web.pdf

BÄUERLICHER EINSATZ FÜR GERECHTIGKEIT

Internationale Fallbeispiele der Verletzungen bäuerlicher Rechte

Bericht der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (04/2018)

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gehören häufig zu der am meisten benachteiligten Gruppe der Gesellschaft. Kein Wunder, dass Landflucht und Höfesterben globale Phänomene darstellen. Zu den Ungleichheiten gehört auch, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern ihre Rechte vorenthalten werden. Der Bericht zeigt anhand weltweiter Beispiele den Kampf der bäuerlichen Bevölkerung für ihre Rechte und gegen Diskriminierung durch Institutionen, InvestorInnen und undurchsichtige Strukturen.

Download unter: https://www.abl-ev.de/uploads/media/baeuerlichereinsatz.pdf

BESSER GLEICH – SCHLIESST DIE LÜCKE ZWISCHEN ARM UND REICH

Ein Aktionsplan zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit

Kampagnenreport von Oxfam (01/2018)

Der Report identifiziert die wachsende Lücke zwischen Arm und Reich als „Kernproblem" des 21. Jahrhunderts. In vielen Staaten eignet sich eine wohlhabende Minderheit einen immer größer werdenden Anteil am Nationaleinkommen an. 1 Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die Hälfte des Weltvermögens. Wie die steigende soziale Ungleichheit bekämpft werden kann, stellt der Report anhand von 10 Handlungsaufforderungen vor.

Download unter: https://www.oxfam.de/system/files/ox_bessergleich_broschuere_update2018_web.pdf

FRAUEN HUNGERN ANDERS

Geschlechtergerechtigkeit hilft gegen Stillen Hunger

Studie von Brot für die Welt (09/2015)

Frauen und Mädchen in armen ländlichen Regionen, vor allem in Afrika und Asian, leiden viel häufiger unter Mangelernährung als Männer und Jungen. Sie sind in ihrer Rolle doppelt diskriminiert: als Frau und als Kleinbäuerin, Hirtin oder Fischerin. Welches sind die Ursachen für „Stillen Hunger" bei Frauen? Was muss geschehen, damit Frauen – in ökonomischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht – gestärkt werden und Gleichberechtigung erzielt werden kann?

Download unter: https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/FrauenHungernAnders-Broschuere-Web.pdf

© Peter Roberts (BY 2.0)

Wenn von der EU-Handelspolitik zu wenige profitieren, hat sie keine Zukunft. Trump zeigt, welches Kartenhaus ein solches Regelwerk im Ernstfall ist.

HANDELSKRIEGE: DEUTSCHLAND BALD ALLEIN ZU HAUSE?

Der Exportweltmeister strapaziert das Welthandelssystem zu Lasten aller anderen

Ein Gespenst geht um in der Welt: der Handelskrieg. Quasi im Alleingang hat US-Präsident Trump die Schalthebel des angeblich unumkehrbaren Zuges der Globalisierung auf rückwärts gestellt. Nach monatelangem Hin und Her sind nun die US-Zölle für Stahl und Aluminium in Kraft, auch für die Europäische Union (EU) und die Nachbarländer Kanada und Mexiko. Nach dem G7-Fiasko holt er schon zum nächsten Schlag aus: Er lässt sein Handelsministerium prüfen, ob Einfuhrzölle von 25 Prozent auf Autos verhängt werden sollen. In Berlin wurde Alarmstufe 1 ausgelöst: Nichts weniger als das Geschäftsmodell des Exportweltmeisters Deutschland steht auf dem Spiel.

Deutschland und die EU setzen dagegen auf die Kraft der Fakten, so heißt es. Europäische Firmen investieren in den USA, schaffen Arbeitsplätze, die Handelsbeziehungen seien von beiderseitigem Vorteil – Argumente, die allerdings so defensiv klingen, dass niemand glaubt, dass sie in Washington etwas bewirken werden. Die deutschen Autokonzerne verkaufen rund 10 Prozent ihrer Produktion in den USA. Für andere europäische Autohersteller ist der US-Markt praktisch bedeutungslos. Während man in Brüssel und im Rest der EU eher auf einen harten Kurs gegen Trump setzt, ist die Bundesregierung durchaus konzessionsbereit. Selbst das bis vor Kurzem noch geplante Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) wird schon wieder ins Gespräch gebracht, um Trump zu besänftigen. Nun mit weitgehendem Zollabbau, also ein „TTIP light“.

Der Überschuss des einen ist das Defizit des anderen

Alles das löst aber nicht das Grundproblem: Die USA sind das Land mit dem größten Handelsbilanzdefizit, und Deutschland häuft immer höhere Rekord-Exportüberschüsse auf. Kein Welthandelssystem, kein noch so ausgefeiltes Handelsabkommen kann solche Ungleichgewichte auf Dauer aushalten. Das deutsche Geschäftsmodell ‚Exportweltmeister‘ stößt offensichtlich an seine Grenzen: Exportstärke ist eben auch Exportabhängigkeit, und damit Verwundbarkeit. Wie jede Abhängigkeit hat sie auch eine Menge Schattenseiten. Mit 48 Prozent Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt steht Deutschland allein auf weiter Flur, kein anderes Industrieland kommt auch nur annähernd auf solch hohe Werte.

Außer mit China hat Deutschland mit praktisch allen seinen wichtigsten Handelspartnern hohe und weiter wachsende Überschüsse. Dass das nicht nachhaltig sein kann, ist offensichtlich. Der Überschuss des einen ist zwangsläufig das Defizit des anderen – die Handelsbilanz der Welt ist immer Null. Was man in Berlin als Erfolgsmodell feiert, ist für den Rest der Welt längst ein immer größerer Störfaktor geworden.

Standort Deutschland

Gerne hört man in Berlin, man produziere eben tolle Waren, die überall gerne gekauft werden. Damit habe die Politik nichts zu tun. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Es ist kaum zu bestreiten, dass niemand so sehr

von Globalisierung, Binnenmarkt und Euro profitiert wie „die deutsche Wirtschaft“, aber auch niemand seine Wirtschaft so systematisch und mit so hohen sozialen Kosten auf globale Wettbewerbsfähigkeit getrimmt hat wie die deutschen Regierungen der letzten 20 Jahre. Politik und Wirtschaft haben die globale Wettbewerbsfähigkeit, die Doktrin des „Standorts Deutschland“ quasi zur Staatsreligion erhoben. Nirgendwo wurden mit solcher Verve Unternehmenssteuern gesenkt, Arbeitsmärkte dereguliert, Niedriglohnsektoren und Zeitarbeit ausgebaut wie in Deutschland. Würden Franzosen, Italiener und andere das deutsche Modell kopieren, würden sie einen Wettlauf nach unten in Gang setzen, bei dem Normalarbeitnehmer nur verlieren können. Aber man kann nur strukturelle Exportüberschüsse haben, wenn andere strukturelle Defizite haben. „Germany First“, Deutschland zuerst, ist die unausgesprochene Devise des deutschen „Erfolgsmodells“ – und sie wird im Ausland auch immer stärker so wahrgenommen. Schließlich können nicht alle Exportweltmeister sein. Die sozialen Kosten der deutschen Wettbewerbsfähigkeits-Ideologie sind im Inland schon hoch genug, aber auch unsere Nachbarländer leiden darunter massiv. Deshalb brennt das Feuer längst auch innerhalb der EU. Die Wahlen in Italien, die offene Kampfansage der neuen Regierung gegen das Brüsseler und Berliner Diktat sind eine neue Qualität. Wer – wie deutsche „Qualitätsmedien“ – die Südeuropäer und Franzosen wahlweise als verrückt, faul oder unproduktiv hinstellt, braucht sich über entsprechende Antworten nicht zu wundern.

Mehr Wirtschaftsnationalismus, mehr Protektionismus – das sind die wohl unvermeidlichen Folgen der neoliberal geprägten Globalisierung heutigen Musters. Da kaum jemand davon so sehr profitiert wie die deutsche Wirtschaft, ist es kein Wunder, dass die Bereitschaft zu Reformen in Deutschland und damit in Brüssel so gering ausgeprägt ist, wie nirgendwo anders. Aus Berliner und Brüsseler Sicht gibt es keinen Änderungsbedarf am heutigen „regelbasierten Handelssystem“. Überzeugend ist das für die anderen immer weniger. So steht heute faktisch nicht mehr nur das System der Welthandelsorganisation (WTO) zur Disposition, selbst der Fortbestand von Euro und EU wird zunehmend in Frage gestellt.

EU-Handelspolitik auf Autopilot

Noch werden die Zeichen der Zeit trotzig verdrängt. Munter verhandelt die EU 20 weitere Freihandelsabkommen nach demselben altbekannten neoliberalen Strickmuster, von dem man erwarten kann, dass es dieselben Resultate bringt, wie bekannt: den globalen Konkurrenzkampf aller gegen alle mit zu wenigen Gewinnern, zu vielen Verlierern, zu wenig Nachhaltigkeit, zu viel Ungleichheit. Seit Jahren konstatiert die globale Wirtschaftselite bei ihren Konklaven in Davos genau diese Lageanalyse über den Zustand der Globalisierung – Konsequenzen ziehen sie fahrlässigerweise nicht.

Je größer die Rückschläge, desto größer die Verbissenheit der EU, so weiterzumachen wie immer, als habe man den Autopiloten eingeschaltet: Man wolle ein Bollwerk gegen Protektionismus und Nationalismus sein und kippt in Wirklichkeit doch nur Öl ins Feuer. Wenn aber von diesem Regelwerk zu wenige profitieren, hat es keine Zukunft. Trump zeigt, welches Kartenhaus ein solches Regelwerk im Ernstfall ist. Hätte man doch TTIP, könnte Trump das nicht machen, wollen uns die ganz Schlauen weismachen. Warum aber sollte Trump ein TTIP-Abkommen respektieren, wenn er die WTO-Abkommen schlicht ignoriert? Mit einem TTIP, wie man sich das in Berlin und Brüssel zu Obamas Zeiten vorgestellt hatte, wäre vermutlich der deutsche Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA sogar noch größer geworden. Schließlich war das Hauptziel die umfassende Ausweitung des Marktzugangs für europäische Konzerne in den USA, ohne Rücksicht auf die Verlierer eines solchen Projekts. Keine gute Idee. Zum Glück haben wir das verhindert.

Neustart für Wirtschaft und Handel

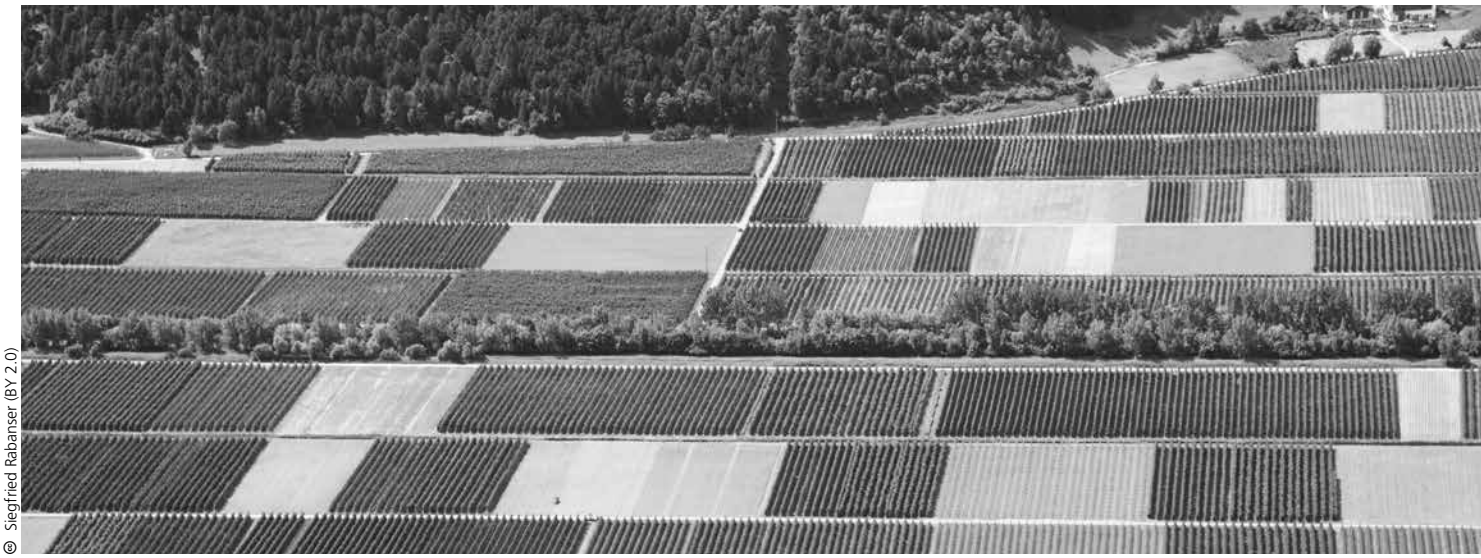
Wir brauchen einen Neustart in der Wirtschaftspolitik. Es geht nicht um Protektionismus oder Freihandel, es geht um eine neue Balance zwischen globalen und regionalen Märkten und eine neue Balance zwischen Prioritäten in der Handelspolitik. Es geht um eine Neuauflage einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft statt der Exzesse des „Shareholder-Value-Neoliberalismus“, wo der Unternehmenswert oberste Priorität hat. Wir brauchen eine Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dient, und nicht nur Investoren. Umverteilung darf nicht mehr von unten nach oben stattfinden, sondern umgekehrt. Eine solche Zielsetzung der Wirtschaftspolitik braucht auch eine andere Handelspolitik – und zwar weder exzessive Globalisierung noch protektionistischen Wirtschaftsnationalismus und „Handelskriege“. Dabei muss es auch Mechanismen gegen exzessive Überschüsse und Defizite, ebenso gegen Umwelt- und Sozialdumping geben. Wer es mit der Wettbewerbsfähigkeit übertreibt, muss gebremst werden.

Wer das blockiert, bekommt noch mehr Wahlsiege von Leuten wie Trump. Genau das passiert zurzeit. Machen wir uns nichts vor: Eine Reform der WTO-Verträge oder anderer Freihandelsabkommen ist nicht in Sicht, die kann nur im Konsens beschlossen werden. Wahrscheinlicher ist daher eine weitere Erosion eines Vertragssystems, von dem immer mehr Akteure glauben, dass es sie benachteiligt. Ob sie das zu Recht glauben oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Die verzweifelten Versuche der EU-Kommission und der Bundesregierung, mit den 20 geplanten weiteren Freihandelsabkommen einfach so weiterzumachen, werden das eher noch verschärfen. Auch diese Verträge werden im Ernstfall immer öfter einfach ignoriert werden, wenn sie überhaupt zustande kommen. Das internationale System steht vor einer langen Phase anhaltender Unsicherheit: Für den „Global-Governance-Multilateralismus“, die zunehmende internationale Integration der letzten Jahrzehnte stehen außer westeuropäischer Eliten und ‚Think Tanks‘ (Denkfabriken) nicht mehr viele Leute, weil sie nicht den Eindruck haben, dass er ihnen nützt.

Die Notwendigkeit eines wirtschafts- und handelspolitischen Neustarts ist offensichtlich, aber die Bereitschaft der wirtschaftlichen und politischen Eliten Europas zu einem solchen Politikwechsel ist weiterhin nicht erkennbar. Jedenfalls nicht freiwillig. Bereiten wir uns auf ruppige Zeiten vor.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.



© Siegfried Rabanser (BY 2.0)

Bisher wurden durch EU-Gelder mittels Direktzahlungen vor allem Monokulturen bevorteilt, dass die EU-Reform das ändern wird, bleibt zweifelhaft.

EU-AGRARPOLITIK – WIE WEITER NACH 2020?

Kommission macht einen Schritt vor und zwei zurück

Es ist Reformzeit in der Europäischen Union (EU) – zumindest der Anfang davon. Am 2. Mai legte EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger seine Pläne für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU nach 2020 vor, am 1. Juni folgt EU-Agrarkommissar Phil Hogan mit seinen Entwürfen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020. Doch was bedeuten die Vorschläge für die EU und für Deutschland und wie viel Reform steckt wirklich drin?

GAP und MFR sind eng miteinander verbunden. Die Gelder für die GAP machen rund 40 Prozent des gesamten EU-Budgets aus. Im MFR wird aber auch schon die entscheidende Mittelverteilung für die GAP-Gelder festgelegt. Mit dem Brexit muss auch der Agrarhaushalt mit Kürzungen rechnen.

Ein kurzer Blick zurück

Die ursprünglichen Ziele der GAP wurden 1957 in den Römischen Verträgen festgelegt. Hier standen Ernährungssicherheit und Einkommensstabilisierung im Vordergrund. Diejenigen, die noch heute auf diese Ziele pochen, haben die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte schlichtweg verpasst. Die EU als Ganze und insbesondere der größte Finanzposten – die Agrarpolitik – haben eine große Verantwortung gegenüber der Europäischen und der internationalen Gesellschaft, sich den heutigen Herausforderungen zu stellen: Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Artensterben, Bodenerosion, Verschlechterung der Wasserqualität, um nur einige zu nennen. In all diesen Bereichen spielt die Landwirtschaft eine maßgebliche Rolle. Das aktuelle GAP-System setzt sich aus pauschalen Flächenprämien in der ersten Säule (Direktzahlungen) und Maßnahmen für die ländliche Entwicklung in der zweiten Säule (kofinanziert) zusammen. In der letzten Reform 2013 wurde der Versuch unternommen, eine Ökologisierung der ersten Säule durchzuführen. Zusätzlich zur sogenannten ‚Cross-Compliance', die die Direktzahlungen an die Einhaltung bestimmter EU-Gesetze bindet, wurde das ‚Greening' eingeführt, das 30 Prozent der Zahlungen der ersten Säule an Ökologisierungsmaßnahmen bindet. Die Auflagen für diese Maßnahmen sind jedoch viel zu schwach, um wirksam zu sein. Sogar der Europäische Rechnungshof hat die Greening-Maßnahmen für ineffektiv befunden.[1]

Die zweite Säule dient der ländlichen Entwicklung. Hier finden sich bisher auch die weitaus effektiveren Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen wieder.

GAP nach 2020 – was wir bisher wissen

Am 1. Juni dieses Jahres wurden die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission für die GAP nach 2020 vorgelegt. Eine erste Bewertung der Vorschläge löst große Enttäuschung bei Umweltorganisationen aus. Die Relevanz von Umwelt und Klima wird zwar immer wieder erwähnt, doch bei näherem Hinsehen fehlt es den Vorschlägen an Substanz.

Die EU-Kommission hat in den letzten Jahren viel Kritik für ihre detaillierten Vorgaben an die europäische Landwirtschaft erhalten. Vorgaben wie genaue Heckengrößen und zentimetergenaue Breitenmaße von Blühstreifen ließen viele LandwirtInnen klagen und die Medien spotten.

Die Kommission zieht daraus eine klare Konsequenz für den Zeitraum

nach 2020. Auf EU-Ebene will sie künftig nur noch grobe Ziele festlegen, die durch einen Katalog von Indikatoren messbar gemacht werden sollen. Die Umsetzung dieser Ziele will die Kommission künftig den Mitgliedstaaten überlassen. In nationalen Strategieplänen sollen die Staaten darlegen, wie sie in dem Zeitraum von 2021 bis 2027 die vorgegebenen Ziele für die Landwirtschaft erreichen wollen. Die Kommission prüft sowohl die Pläne an sich als auch die Umsetzung der Pläne. Was sich zunächst nach einem simplen Modell anhört, birgt potenziell viele neue Probleme. Denn ein solches System bietet den Mitgliedstaaten eine noch größere Flexibilität als zuvor, erhöht aber nicht die Rechenschaftspflicht.

So sieht das neue System aus

Eine vollständige Analyse der Kommissionsentwürfe ist noch nicht abgeschlossen, aber nach aktuellem Stand soll das neue System folgendermaßen aussehen: Die GAP verfolgt 9 spezifische Ziele, davon haben 3 einen direkten Umwelt- und Klimabezug: zur Eindämmung und Anpassung an den Klimawandel beitragen, nachhaltige Entwicklung und effizientes Management von natürlichen Ressourcen voranbringen, Natur und Landschaften bewahren. Wie diese Ziele jedoch konkret umgesetzt werden sollen, bleibt unklar.

Auch wenn sich die Kommissionspläne nach einer großen Reform anhören, wird sich bei den entscheidenden Dingen nicht viel ändern. Das alte Zwei-Säulen-System der GAP bleibt weiterhin erhalten. Die Kommission legt in ihrem Entwurf fest, dass 60 Prozent der Gelder für die Direktzahlungen (1. Säule) und 40 Prozent der Gelder für die ländliche Entwicklung (2. Säule) ausgegeben werden sollen.

Für Umwelt- und Klimaleistungen in der Landwirtschaft sieht die Kommission eine neue grüne Architektur vor. In der ersten Säule werden Greening und Cross-Compliance durch die sogenannte ‚Enhanced Conditionality' abgelöst. Das bedeutet, dass die Zahlung der Flächenprämien nur dann erfolgt, wenn andere EU-Gesetzgebungen von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. In einigen Punkten bedeutet das eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen System, diese Auflagen gehen aber nicht weit genug. Im Grunde wird die Einhaltung von EU-Gesetzen also weiterhin mit der Ausschüttung von Direktzahlungen belohnt. Zusätzlich muss jeder Mitgliedstaat ‚Eco-Schemes' in der ersten Säule anbieten. Das sind ambitioniertere Maßnahmen für den Schutz der biologischen Vielfalt. Für die LandwirtInnen sollen diese Maßnahmen jedoch freiwillig sein. In der zweiten Säule sollen 30 Prozent der Gelder für Umweltmaßnahmen ausgegeben werden. An diesem neuen Modell fehlt ganz klar eine Zweckmittelbindung der Zahlungen aus der ersten Säule für Naturschutzmaßnahmen.

Letztendlich wird vieles davon abhängen, wie ambitioniert die nationalen Strategiepläne der Mitgliedstaaten sein werden und vor allem, wie gut diese implementiert werden. Schon in der aktuellen GAP hat sich gezeigt, dass eine größere Flexibilität oftmals einen Wettlauf nach unten auslöst. Die Mitgliedstaaten werden so wenig Auflagen wie möglich umsetzen wollen, um sich einen Wettbewerbsvorteil im Europäischen Binnenmarkt zu verschaffen.

Potenzial der Kommissionsvorschläge

Einige Umweltverbände haben bereits ihre eigenen Visionen und Modelle entwickelt, wie eine ökologische und zukunftsfähige GAP aussehen sollte.[2] Für die nächste Finanzperiode der GAP nach 2020 müssen die Vorschläge der EU-Kommission als Grundlage herangezogen werden. Daher müssten die aktuellen Vorschläge so optimiert werden, dass sich am Ende der Förderperiode der Zustand der Böden, Gewässer, Biodiversität, des Klimas usw. verbessert hat.

Die spezifischen Ziele der GAP zu Umwelt und Klima müssen konkretisiert werden. Was bedeutet es, zur Eindämmung des Klimawandels „beizutragen"? In der GAP sollten hier klare CO_2-Minderungsziele für den Landwirtschaftssektor festgelegt werden – kann ein Mitgliedstaat diese nicht erreichen, müssen Zahlungen gekürzt werden.

Damit die Mitgliedstaaten tatsächlich die Ziele der GAP erreichen, muss die Kommission ein ambitioniertes und striktes System von Kontrolle und Monitoring für die nationalen Strategiepläne einführen. Dazu gehören auch Sanktionen bei mangelnder Umsetzung der Pläne.

Die geplanten Eco-Schemes müssen verpflichtend sein. Freiwillige Maßnahmen können zwar durch ein gut ausgereiftes Anreizsystem wirksam sein, um aber eine tatsächliche, flächendeckende Verbesserung sicherzustellen, müssen solche Maßnahmen fest in der GAP verankert werden, und nicht nur als zusätzliche Kür möglich sein.

Geld für den Naturschutz: Deutsche Umweltverbände fordern seit Jahren einen eigenständigen Naturschutzfonds in Höhe von 15 Milliarden Euro jährlich in der GAP. Die biologische Vielfalt ist besonders gefährdet und besonders schützenswert. Daher sollte sichergestellt werden, dass genügend Finanzmittel für ihren Schutz zur Verfügung steht.

Man darf nicht vergessen, dass die EU-Agrargelder von den BürgerInnen der EU bezahlt werden. Das bedeutet, dass die GAP auch die gesellschaftlichen Erwartungen nach gesundem Essen und nachhaltiger Landwirtschaft erfüllen muss. Die Forderung nach „öffentlichen Geldern nur für öffentliche Leistungen" gilt auch heute noch.

Die EU-Kommission wird die Ausgestaltung der GAP nach 2020 nicht allein entscheiden. Rat und EU-Parlament werden bald ihre Verhandlungen aufnehmen. Die Europawahlen im Mai 2019 und die neue EU-Kommission im Herbst 2019 könnten den Prozess aber noch erheblich in die Länge ziehen. Ein Abschluss der GAP-Verhandlungen noch vor den Wahlen im kommenden Jahr ist zwar von der Kommission gewünscht, scheint aber sehr unwahrscheinlich.

Lavinia Roveran

Die Autorin ist Referentin für Europäische Umwelt- und Agrarpolitik beim Deutschen Naturschutzring.

1 https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR17_21/SR_GREENING_DE.pdf.

2 https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/landwirtschaft/agrarreform/171219-nabu-landwirtschaftsflyer.pdf; https://www.lpv.de/fileadmin/user_upload/PP_Gemeinwohlpraemie_FIN_DE_web-neu.pdf; https://www.boelw.de/fileadmin/media/pdf/Themen/Agrarpolitik/170810_BOELW_Positionspapier_GAP_2020.pdf; https://www.abl-ev.de/uploads/media/AbL_Punktesystem_-_Agrarpolitik_auf_Qualit%C3%A4t_ausrichten__Auflage_2_web-1.pdf.

© Szabad Pécs

Eine Aufnahme, die alles über das heutige Ungarn erzählt: Der ehemalige Chefredakteur eines anerkannten, regionalen Tagesblattes verkauft Bockwurst, seitdem Lőrinc Mészáros das Blatt erworben hat.

DAS ENDE DER UMWELTPOLITIK IN UNGARN?

Über die politische Kehrtwende der ungarischen Regierung

Seit Beginn der erneuten Regierungszeit Viktor Orbáns 2010 muss Ungarn wieder erleben, dass seine regierenden Parteien Umweltschutz als eine Last, die Umwelt selbst und die Natur jedoch als ihre private Schatzkammer betrachten. Das Umweltministerium hat seine Eigenständigkeit verloren und wurde in das Agrarministerium eingegliedert – ein beispielloser Fall in Europa.

Wie heisst eigentlich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) in Ungarn? Bis Mai dieses Jahres trug es den Namen Staatssekretariat für Umwelt, Agrarentwicklung und Hungarika im Ministerium für Landwirtschaft (Hungarika sind ungarische Spezialitäten). Es handelt sich dabei um kein Missverständnis: Probleme in Zusammenhang mit ungarischer Salami, Paprika und dem Lamm-Eintopf der Stadt Karcag behandelt die regierende illiberale Koalition gleichwertig mit Problemen der Wasser- und Luftverschmutzung oder der Sondermülldeponien. Denn das vormals eigenständige Umweltministerium wurde nach der neuen Regierungsbildung 2010 umgehend aufgelöst und in das Agrarministerium eingegliedert. Anstatt der versprochenen Erweiterung der Zuständigkeiten des im Agrarministerium angesiedelten Umweltsekretariats um Energie- und Forstwirtschaft wurde ihm noch die Verantwortung für Hochwasserschutz entzogen. Seit Mai 2018 gehören nun auch die Hungarika und der Bereich Agrarentwicklung nicht mehr zum Portfolio des Umweltsekretariats im Landwirtschaftsministerium.

Die Auflösung der Umweltbehörden

Die 2010er Jahre begannen mit großen „Reinigungen“. So entließ der Agrarminister führende Fachleute der Umwelt- und der Naturschutzbehörden. Die neuen DirektorInnen sollten eher der regierenden Partei treu sein, als Umweltpolitik zu betreiben. Der Staatsekretär für Umwelt hat zudem kurz nach seiner Ernennung in einem Presseinterview erklärt, er folge den Befehlen des Premiers, auch wenn diese Umweltinteressen entgegenstünden. Und zur Leiterin der Hauptdirektion (die zweite offizielle Instanz für Umweltfragen in Ungarn) ernannte der Agrarminister eine ihm nahestehende Hochstaplerin, die später der Unterschlagung von 13,7 Millionen Forint (etwa 44.000 Euro) bezichtigt wurde.

Um das Hauptziel, die Entleerung des immer noch gültigen Umweltgesetzes von 1995 zu erreichen, hatte das ungarische Parlament 2016 die selbstständigen regionalen Umweltbehörden in die Regierungsämter eingegliedert, die nun unter direkten politischen Einfluss der Zentralregierung arbeiten.

Keine Grenzen für InvestorInnen

Es liegt auf der Hand, dass ohne strenge und selbstständige Behörden kein ernstzunehmender Umweltschutz vorstellbar ist. Schon 2006 hat die damalige sozialistisch-freidemokratische Regierung die sogenannte Nationalwirtschaftlich Hervorragende Investition (NHI) als gesetzliches Instrument entdeckt. Zuerst fielen nur die größtenteils von der Europäischen Union (EU) finanzierten großen Investitionen in diese Kategorie, später praktisch alle der Regierung nützlichen Projekte, die als „hervorragend“ eingestuft wurden. Als NHI gelten zum Beispiel ein Casino, das in unmittelbarer Nähe des Schilfes am Ufer des viertgrößten Sees Ungarns gebaut wurde, eine Gummimüllver-

brennungsanlage, die Übersiedlung eines Regierungsamtes oder auch die Lieblinge des Premiers: die Stadionbauten in zahlreichen Ortschaften Ungarns. NHIs erhalten schneller und einfacher behördliche Genehmigungen, und Einsprüche haben keine aufschiebende Wirkung. Die Umweltverträglichkeit wird nicht oder nur formal bei den wichtigsten und größten Investitionen geprüft. Ein eklatantes Beispiel dafür ist das Umwandeln des größten Budapester Stadtwaldes in eine „Museuminsel", wo nun – statt Grünfläche – riesige Gebäude errichtet werden, obwohl laut Befragungen mehr als 80 Prozent der EinwohnerInnen der Hauptstadt gegen dieses Projekt sind.

Profit aus der Natur

Umweltfragen sind solange von Bedeutung für die Regierung, wie sie irgendwie Geld einbringen. Das Schicksal eines Kohlekraftwerks, das den größten Anteil an Ungarns CO_2-Ausstoß hat, zeigt, dass Umweltaspekte auch gar keine Rolle spielen müssen. Das jährlich 3,6 bis 4 Millionen Tonnen Kohle verbrennende Kraftwerk kaufte ein gewisser Lőrinc Mészáros von den deutschen RWE- und EnBW-Konzernen. Mészáros hatte zuvor ein kleines Gasunternehmen und ein eher bescheidenes Einkommen. Nachdem er – ein früherer Mitschüler Viktor Orbáns – zahlreiche andere Firmen erworben hat, erhielt er enorme (fast ausschließlich durch die EU finanzierte) Aufträge von der ungarischen Regierung. So zählt Mészáros nun zu den reichsten Oligarchen Ungarns. Auch das geheim vorbereitete Atomgeschäft mit Putin riecht nach Korruption. Das 2.200 Megawatt produzierende Atomkraftwerk belastet die SteuerzahlerInnen mit einem Riesenkredit aus Russland.[1] Gleichzeitig werden Anstrengungen für mehr Energieeffizienz und den Aufbau von alternativen Energiesystemen kaum unterstützt. So bekommt man in Ungarn keine Genehmigung für Windturbinen, und Solarzellen sind extra besteuert.

Sterbende NGOs, einseitige Medien

Die in den 1990er Jahren entstandene starke und geeinte Umweltschutzbewegung ist heute sehr geschwächt. Die Regierung leitet die für Nichtregierungsorganisationen (NGO) gedachten staatlichen Subventionen zu Gruppen um, die als bedingungslose UnterstützerInnen der Regierungspolitik gelten.[2] Da die Regierungspropaganda NGOs schlechtredet, trauen sich viele Privatpersonen nicht, sie zu unterstützen, wodurch immer mehr Spenden wegfallen. Zudem sind viele redliche RepräsentantInnen von NGOs aus wichtigen Gremien der Regierung ausgeschlossen worden.

Eine fachliche Aufarbeitung von Umweltthemen in der Presse ist ebenfalls sehr schwierig geworden.[3] Heute ist es meistens unmöglich, zuverlässige Informationen über Umweltfragen zu erhalten. Der überwiegende Teil der Medien wird von der Regierung bzw. von regierungsnahen Kreisen beherrscht, wo regierungskritische Töne unerwünscht sind.

Verwendung von EU-Geldern gegen EU-Richtlinien

Den Berichten von Transparency International Ungarn und der Arbeit von investigativen JournalistInnen ist es zu verdanken, dass in den (noch) unabhängigen Medien regelmäßig zu lesen ist, wie die ungarische Regierung die EU-Fördergelder unter Nichtbeachtung der Ziele und Rechtsvorschriften der EU verwendet. Dies war schon unter der vorherigen Regierung Orbán (2010-2014) der Fall. Entsprechend des Originalvertrags von 2004 mit der EU wurde beispielsweise die Budapester U-Bahnlinie 4 mit EU-Fördermitteln gebaut. Bis zur Fertigstellung der U-Bahn 2014 betrugen die Gesamtkosten 1,5 Milliarden Euro. Allerdings waren sich viele Fachleute einig, dass die gleichen Verkehrs- und Umweltziele auch mit der Einrichtung einer weiteren Busspur erreichbar gewesen wären. Die Kosten hätten sich hier auf 150.000 Euro belaufen. Laut einer Untersuchung des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) wurde ein Drittel der für den U-Bahnbau bestimmten Summe rechtswidrig verwendet. Im Klartext: Ein großer Teil der EU-Gelder wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit veruntreut.

Noch ein typischer Korruptionsfall aus jüngster Vergangenheit stellt das Unternehmen von István Tiborcz dar, dem Schwiegersohn von Ministerpräsident Viktor Orbán. Tiborcz verwendete mehrere Millionen Euro EU-Fördergelder für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung in einigen Städten in solcher Weise, dass laut einem Bericht des OLAF der Verdacht der organisierten Kriminalität entstand. Neben dem Missbrauch der Gelder war die Straßenbeleuchtung am Ende noch schlechter als vorher und trug nicht zur Erreichung von Energiesparzielen bei.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Gesamtsituation in Ungarn kurzfristig ändern wird. Um sich an der Macht zu halten, wird die derzeitige Regierung weiterhin eine Menge öffentlicher Gelder (einschließlich EU-Gelder) ausgeben, um ihre AnhängerInnen bei Laune zu halten – ungeachtet der negativen Folgen für die Umwelt und der Wirtschaft. Die einzige Chance, die Situation kurzfristig zu ändern, bestünde darin, die gesamte EU-Finanzierung der ungarischen Regierung auszusetzen, bis die Bedingungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit ihr erfüllt sind. Einige ExpertInnen glauben sogar, die Europäische Kommission sei verpflichtet, die EU-Mittel für Ungarn einzufrieren.[4] Ein namhafter ungarischer Geschäftsmann sagte dazu: „Falls unser Land die EU-Gelder weiterhin entsprechend der jetzigen Trends und Rahmen verwendet, kann dies die größte Tragödie für Ungarn bedeuten."[5]

Gábor Szabó

Der Autor ist Umweltjournalist und war zwischen 1990-2017 Mitarbeiter bei dem ungarischen Wirtschaftmagazin HVG, Heti Világgazdaság, zu Deutsch Weltwirtschaftwoche.

1 https://energiaklub.hu/en/study/corruption-risks-of-the-nuclear-power-plant-investments-what-can-we-expect-in-the-case-of-3666.

2 https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2018/hungary.

3 http://hungarianspectrum.org/2017/07/03/gabor-szabo-the-media-in-hungary-the-example-of-environmental-journalism/.

4 http://hungarianspectrum.org/2017/09/03/legal-grounds-for-the-suspension-of-eu-funding-to-hungary-now/.

5 http://hungarianspectrum.org/2018/05/06/andras-lukacs-hungarian-experts-on-eu-funding-for-hungary/.

© RSPB

Die Kornweihe ist in der ganzen EU zuhause. Aufgrund von illegaler Jagd ist die britische Population dieser Art deutlich zurückgegangen.

DER BREXIT UND SEINE FOLGEN FÜR DIE UMWELTPOLITIK

Die Rückkehr des ‚schmutzigen Mannes Europas'?

Der Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union (EU) könnte europaweit Folgen für die natürliche Umwelt haben. Der rechtliche Rahmen und die politischen Instrumente der EU, die die Zusammenarbeit in Umweltfragen untermauerten – nicht zuletzt auf der irischen Insel –, könnten auseinanderbrechen. Hierdurch würden die bisher errungenen Erfolge sowohl des britischen als auch des europäischen Naturschutzes infrage gestellt. Werden die Regierungen Großbritanniens und der verbleibenden 27 EU-Mitgliedstaaten (EU-27) die öffentliche Unterstützung für die Natur wahrnehmen und einen ‚grünen Brexit' durchführen?

Jedes Jahr machen sich Tausende Zugvögel wie Schwalbe, Weißstorch, Kuckuck und Baumfalke auf die lange, gefährliche Reise über Gebirge und Meere hinweg, um zu ihren Nist- und Nahrungsgründen in Europa zu gelangen.

Die Natur kennt keine politischen Grenzen, daher ist für effizienten Naturschutz ein koordiniertes internationales Vorgehen erforderlich. Dieses zeigt sich in internationalen Abkommen wie der Biodiversitätskonvention. Viele der Probleme, die die Biodiversität betreffen, sind an sich schon international, wie der Klimawandel, die grenzüberschreitende Luftverschmutzung und invasive nicht-heimische Arten.

Die 28 Mitgliedstaaten der EU teilen sich seit Langem einen geografischen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Raum. Die europäischen Regierungen haben gemeinschaftliche Maßnahmen ergriffen, um unsere gemeinsame Umwelt zu bewahren, Normen für den Umweltschutz eingeführt und den Regierungen ein effizientes Vorgehen zur Erhaltung und Wiedereinbürgerung von natürlichen Arten bzw. zur Erhaltung und Wiederherstellung von Lebensräumen vorgeschrieben.

2016 stimmte das Vereinigte Königreich dafür, aus der EU auszusteigen. Diese Entscheidung hat tiefgreifende politische Auswirkungen, aber die geografische Lage und die Ökologie bleiben gleich. Ebenso gleich bleibt die Notwendigkeit, die Umwelt zu schützen. Eine direkt nach dem Referendum von Friends of the Earth durchgeführte Umfrage[1] zeigt, dass 83 Prozent der britischen BürgerInnen für ein ebenso hohes oder höheres Niveau des Schutzes von naturbelassenen Gebieten und Wildtieren sind, als es die EU-Gesetze vorschreiben.

Die Herausforderungen des Umweltschutzes mit dem Brexit

Großbritannien teilt mit seinen europäischen Nachbarn bedeutende Naturschätze, zum Beispiel Fischbestände und Flussgebiete. Bisher wurde die für die effiziente Bewahrung und Verwaltung der Schätze nötige, grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch Anordnungen und Richtlinien auf EU-Ebene gefördert.

So zum Beispiel durch die Gemeinsame Fischereipolitik der EU, die den nachhaltigen Umgang mit mobilen Fischbeständen sichern soll, die Habitats- und die Vogelschutz-Richtlinien, die dazu dienen, dass ein Land nicht die Naturschutzbestrebungen eines anderen untergräbt, und die Maßnahmen der EU, die die grenzübergreifende Luftverschmutzung in Angriff nehmen.

Ganz ähnlich fördern die vielfältigen gemeinsamen Behörden und Institutionen auf EU-Ebene, unter anderem die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof, die Umsetzung dieser Regeln und liefern die Möglichkeit, diese auch durchzusetzen.

Der Brexit könnte bedeuten, dass Großbritannien den Zugang zu vielen dieser Anordnungen und Institutionen auf EU-Ebene verlieren und ebenso nicht mehr an gemeinsamen

Berichterstattungen und gesetzlichen Leitsystemen für den Umweltschutz teilnehmen wird. Dies würde zwangsläufig die wirksame Zusammenarbeit im Umweltschutz zwischen Großbritannien und den EU-27 erschweren.

Was passiert, wenn alles schiefläuft?

In den 1980er Jahren erwarb sich Großbritannien den Ruf des ‚Dirty Man of Europe' (der schmutzige Mann Europas), da seine Kohlekraftwerke Schwefeldioxid ausstießen und unbehandeltes Abwässer im Meer rund um Großbritannien entsorgt wurde.

Durchsetzungsmaßnahmen der EU-Kommission spielten eine Schlüsselrolle dabei, zu gewährleisten, dass Großbritannien sich schließlich an die Umweltvorschriften der EU anpasste. Für die Zeit nach dem Brexit ist unsicher, inwieweit diese Mechanismen gelten werden. Dass diese Mechanismen verlorengehen könnten, sollte allen UmweltschützerInnen Anlass zur Sorge sein.

Während der Brexit-Verhandlungen forderte das EU-Parlament daher für jedes Abkommen, dass „beide Seiten verpflichtet sind, unabhängige Gremien einzurichten bzw. beizubehalten, die in der Lage sind, die Umsetzung [der Umweltschutzverpflichtungen] wirksam zu überwachen und durchzusetzen".

Schwächen in der Organisation tilgen

Die britische Regierung hat den Bedarf an verbesserten inländischen Führungsstrukturen erkannt, um die derzeitigen EU-Strukturen zu ersetzen. Dennoch hat Großbritannien, knapp 10 Monate vor seinem Ausstieg, gerade erst mit Beratungen über Vorschläge einer neuen Umweltbehörde begonnen – und die bisherigen Vorschläge versäumen die Wiederaufnahme vieler wichtiger Funktionen. Es gibt auch Hinweise auf Druck innerhalb der Regierung, bestehende Umweltstandards abzuschwächen.

Somit muss der Rahmen für die zukünftige Beziehung zwischen der EU und Großbritannien sicherstellen, dass sich beide Seiten nach dem Brexit zu hohen Normen und wirksamen Absprachen in der Umweltpolitik verpflichten.

Die Folgen des Brexits für die Umwelt im weiteren Sinne

Der Brexit bedroht nicht nur die Erfolge der umweltpolitischen Ziele in Großbritannien, sondern auch in den EU-27. Jegliche Versäumnisse Großbritanniens in der Bekämpfung von Luftverschmutzung, Überfischung oder Klimawandel hätten Auswirkungen, die weit über die britischen Grenzen hinausgingen und zu einem Anstieg der Erfüllungskosten für die betroffenen EU-Mitgliedstaaten führen könnten.

Wie das Institut für europäische Umweltpolitik festgestellt hat,[2] wird jegliche Flexibilität bei der Abweichung von EU-Umweltstandards in Bereichen wie Naturschutz, Luft- und Wasserqualität, die Großbritannien als Teil der Abmachungen für seinen zukünftigen Zugang zu den EU-Märkten gewährt wird, zu einem unlauteren Wettbewerb führen. Sicherlich folgt darauf, dass andere Mitgliedstaaten eine ähnliche Flexibilität in diesen Bereichen fordern, was indirekt das politische Engagement der EU-27 für ehrgeizige umweltpolitische Maßnahmen untergraben würde.

Dies könnte Europas internationales Ansehen als progressive Stimme für Umweltmaßnahmen mit Abkommen wie der Biodiversitätskonvention und den Klimarahmenkonventionen der Vereinten Nationen gefährden.

Das Problem der irischen Grenze

Die Umweltrisiken des Brexits sind besonders extrem, wenn es um die irische Insel geht. Nordirland und die Republik Irland bilden zusammen in Bezug auf gemeinsame Geologie, Wasserfassung und Flora und Fauna eine einzige biogeografische Einheit.

Zurzeit wird die Nord-Süd-Kooperation in Umweltfragen von den gemeinsamen EU-Regulierungsrahmen und Führungsstrukturen gestützt. Ein zukünftiges Auseinandergehen würde ein erhebliches Risiko für diese Zusammenarbeit darstellen.

Sowohl Großbritannien als auch die EU haben anerkannt, wie wichtig es ist, diese Zusammenarbeit über den Brexit hinaus zu behalten und zu verstärken und sich dazu verpflichtet. Dennoch hat bisher keine der beiden Seiten eine angemessene Lösung vorgeschlagen. Zum Beispiel ist der Vorschlag eines ‚Backshops' der EU (Errichtung einer Grenze zwischen Nord- und Südirland im Problemfall) in Bezug auf Umweltprobleme äußerst begrenzt und garantiert keineswegs, dass die notwendigen Bedingungen für die Nord-Süd-Kooperation in Umweltfragen sowie für den nachhaltigen grenzüberschreitenden Handel erhalten bleiben. Es gibt jetzt zunehmend Bedenken hinsichtlich eines Risikos des ‚Umweltdumpings' (geringere Produktionskosten durch niedrigere Umweltstandards ermöglichen billigere Produktpreise), wenn es keine solidere Lösung gibt.

Ein grüner Brexit

Der Chefunterhändler der EU hat sein Engagement bekundet, in der zukünftigen Beziehung zwischen Großbritannien und Europa ein hohes Niveau im Naturschutz zu sichern, unter anderem mittels einer stabilen Absicherungsklausel und wirksamer Aufsicht und Durchsetzung von Umweltgesetzen. Dies soll gewährleisten, dass Großbritannien seinen Verpflichtungen nachgeht, weiterhin mindestens die Standards der europäischen Umweltgesetzgebung zu erfüllen. In bestimmten Kreisen wurde dies aber skeptisch gesehen.

Auch werden Mechanismen festzulegen sein, die die kontinuierliche Zusammenarbeit beim Umgang mit geteilten Naturschätzen und der Bewältigung von grenzübergreifenden Umweltproblemen ermöglichen.

Breite öffentliche Unterstützung für hohe Standards und wirksames internationales Handeln für die Natur, wie man bei der überwältigenden öffentlichen Resonanz auf den Fitness-Check der Vogelschutz- und Habitat-Richtlinien sehen kann, sollte die EU-PolitikerInnen dazu ermutigen, alles in Bewegung zu setzen, um einen ‚grünen Brexit' zu erreichen.

Alistair Taylor

Der Autor arbeitet als Fachreferent für Naturschutzpolitik bei der Königlichen Gesellschaft für Vogelschutz (Royal Society for the Protection of Birds).

Aus dem Englischen von Christiane Krüger.

1 https://friendsoftheearth.uk/sites/default/files/downloads/yougov-survey-brexit-environment-august-2016-101683.pdf.

2 Martin Nesbit/David Baldock (2018): Brexit and the level playing field: key issues for environmental equivalence. Institute for European Environmental Policy (IEEP). https://ieep.eu/uploads/articles/attachments/0cfa6921-dcb3-4098-a3e8-c8d61bd67b5c/Final%20equivalence%20report%20clean.pdf?v=63693075706.

© Jürgen Mangelsdorf (BY-NC-ND 2.0)

Besonders gefährdet sind in Deutschland die Wildbienenarten, 31 sogar vom Aussterben bedroht.

WENIGER INSEKTEN – WENIGER BIENEN

Die Agrarpolitik braucht einen Kurswechsel

Wildbienen und andere Insekten sind in Gefahr. In den letzten 27 Jahren hat die Biomasse der Insekten in Deutschland um 76 Prozent abgenommen – und das in Naturschutzgebieten. In landwirtschaftlich genutzten Gebieten könnte es noch drastischer sein.[1] In Deutschland leben über 560 verschiedene Wildbienenarten. Mittlerweile sind davon über 220 gefährdet und 31 vom Aussterben bedroht. Der weltweite Rückgang von Bestäubern macht ein Umdenken in der Landwirtschaft unerlässlich. Pestizide werden vor allem dort eingesetzt, wo Ernteerträge maximiert und Ausfälle vermieden werden sollen. Eine Reduktion und ein Verbot besonders gefährlicher Stoffe sind essenziell für den Schutz der Insekten, für die Artenvielfalt und die menschliche Gesundheit.

Die industrielle Landwirtschaft ist durch einen sehr hohen Chemikalien-Einsatz geprägt. Die Bildung von Resistenzen bei Schädlingen, aber auch bei Unkräutern, zieht einen immer höheren Einsatz von Pestiziden nach sich. Grundsätzlich muss die Menge an Pestiziden deutlich reduziert werden, um die Wildbienen und andere Insekten zu schützen. Besonders gefährliche Stoffe wie Glyphosat oder die Wirkstoffgruppe der Neonikotinoide dürfen keine Zulassung mehr erhalten.

Die intensive Landwirtschaft steht im Verdacht, eine der Hauptursachen für den dramatischen Rückgang zu sein. Das Verschwinden von Rainen, Blühwiesen, Streuobstwiesen und Hecken, der Umbruch von Grünland, die Überdüngung und der hohe Einsatz von Pestiziden verursachen das Insektensterben. Das hat dramatische Auswirkungen auf das Ökosystem, denn viele Vögel und Fledermäuse ernähren sich von Insekten. Aber auch für uns Menschen sind Insekten wichtig: 2 Drittel der Pflanzen, die wir essen, sind auf Bestäuber angewiesen. Ohne ihre Leistung sinken Qualität und Ertrag.

Pestizideinsatz in der intensiven Landwirtschaft

Heute ist die Agrarlandschaft gekennzeichnet durch Monokulturen und hohe Effizienz. Für „Nützlinge“ fehlen die Rückzugsmöglichkeiten, denn Insekten benötigen blühende Pflanzen, breite Ackersäume, Heckenbiotope, Brachen oder Blühflächen. Dies befördert jedoch die Ausbreitung von „Schädlingen“ und somit einen hohen Einsatz von Insektiziden. Derzeit werden in Deutschland etwa 270 verschiedene Pestizidwirkstoffe eingesetzt und das in sehr großen Mengen – insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft. Der hohe Einsatz hat überwiegend wirtschaftliche Gründe: weniger Schädlinge – höhere Erträge. Seit Jahrzehnten geht die Menge der Insekten zurück, denn Pestizide schaden nicht nur den Organismen, die sie bekämpfen sollen. Sie schädigen auch „Nützlinge“, verunreinigen Gewässer und führen zu Krankheiten bei Menschen. Zu den Pestiziden, die gegen Schädlinge eingesetzt werden, kommen Herbizide gegen Wildkräuter und Fungizide gegen Pilze.

Insgesamt waren es im Jahr 2016 in Deutschland 47.000 Tonnen reiner Wirkstoff. Die Gruppe der Herbizide machen mit 32 Prozent den größten Anteil aus.[2] Pestizide sind ein lukratives Geschäft: Geschätzt wird der weltweite Umsatz auf etwa 45 Milliarden Euro.[3] Das Geschäft teilen sich

weltweit 6 Konzerne auf – darunter Bayer, BASF und Syngenta.

Die Kosten für die Zulassung von Pestiziden und die Kontrolle der Rückstände trägt die Gesellschaft. Außerdem gelangen Pestizide durch Abfluss und Abdrift in Gewässer und schädigen die dortige biologische Vielfalt. Auch im Grundwasser finden sich Pestizidrückstände. Zwischen 2009 und 2012 überschritten etwa 5 Prozent der Proben im oberflächennahen Grundwasser den jeweiligen gesetzlichen Grenzwert für Pestizide.[4]

Zudem gefährdet der Pestizideinsatz die Bestäuber, was in Zukunft zu großen Ernteverlusten führen kann. Etwa 150 verschiedene Nutzpflanzen und rund 90 Prozent der Wildpflanzen sind abhängig von der Bestäubung durch Insekten. Diese Bestäubungsleistung entspricht einem weltweiten jährlichen Marktwert von 200 bis zu über 500 Milliarden Euro.[5]

Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit

Die gesundheitlichen Folgen für den Menschen sind schwerwiegend. Viele Pestizide stehen im Verdacht, eine krebserregende Wirkung zu haben. Besonders gefährlich könnten die langfristigen Folgen des hohen Pestizideinsatzes sein, die bisher noch nicht ausreichend untersucht wurden. Auch zur Wechselwirkung verschiedener Stoffe gibt es kaum Informationen. Mit den Erkrankungen durch den Pestizideinsatz entstehen hohe gesellschaftliche Kosten, da die Kosten durch das öffentliche Gesundheitssystem getragen werden.

Probleme mit Zulassungsverfahren von Pestiziden

Unternehmen dürfen Pestizide nicht einfach auf den Markt bringen. Wirkstoffe für Pestizide müssen in der Europäischen Union (EU) genehmigt werden. Zudem werden Rückstandshöchstwerte beispielsweise für Lebensmittel festgelegt. In Deutschland werden Pestizide dann in der kompletten Formulierung aus Wirkstoffen und Trägersubstanzen zugelassen, wobei eine gegenseitige Anerkennung der Zulassungen in der Europäischen Union (EU) vorgesehen ist. Zuständig ist bei uns das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Leider fehlen ausreichende Daten über die längerfristigen Auswirkungen der Pestizide oder die Kombinationswirkungen verschiedener Inhaltsstoffe. Die Zulassungsverfahren stützen sich zudem auf Studien, die der Hersteller in Auftrag gegeben hat. Studien von unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen werden in den Zulassungsverfahren kaum herangezogen.

Eine Überarbeitung der Zulassungsverfahren ist also dringend notwendig. Der BUND fordert, den Zulassungsprozess für Pestizide so zu reformieren, dass die Umwelt sowie die menschliche Gesundheit angemessen geschützt werden. Zukünftig muss die Prüfung von Pestiziden industrie-unabhängig erfolgen. Zur Finanzierung solch unabhängiger Studien soll die Industrie in einen Fonds einzahlen. Auch Langzeitwirkungen und Kombinationseffekte müssen überprüft werden, bevor ein Pestizid eine Zulassung erhält. Insbesondere auch die Auswirkungen auf Insekten müssen in Zukunft besser berücksichtigt werden.

Umlenken in der Agrarpolitik

Zusätzlich ist ein Umlenken in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) notwendig. Mit der Finanzierung des europäischen Naturschutzes und der anstehenden Veränderung der GAP hat die EU 2 unmittelbare Werkzeuge in der Hand, um den Schutz der Bestäuber zu verbessern. Nur so wird die langfristige Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und des Naturschutzes sichergestellt. Die von der EU ins Leben gerufene Bestäuberinitiative muss messbare Veränderungen bringen, die den Bestäubern und der biologischen Vielfalt in großem Umfang zugutekommen.

Pestizideinsatz in ökologisch wertvollen Gebieten muss untersagt und nachweislich schädliche Stoffe müssen komplett verboten werden.

Alternativen zum Pestizideinsatz

Eine Alternative bietet der Ökolandbau, doch noch immer gibt es viel zu wenig Öko-Flächen. Schon vor Jahren hat sich Deutschland zum Ziel gesetzt, 20 Prozent Ökolandbau zu erreichen, im Jahr 2016 wurden jedoch lediglich 7,5 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet. Im konventionellen Anbau muss die Menge an ausgebrachten Pestiziden so gering wie möglich gehalten werden. Beispielsweise können regional angepasste, schädlingsresistente Sorten genutzt werden. LandwirtInnen können Schadinsekten und Wildkräuter durch gute Anbauplanung, breite Fruchtfolgen und Anbaupausen einzelner Kulturen minimieren. Außerdem können sie mechanische Maßnahmen, wie zum Beispiel mechanische Unkrautbekämpfung sowie biologischen Pflanzenschutz einsetzen. Besonders artenreich sind in aller Regel die Randbereiche bewirtschafteter Felder. Bei Ackerrandstreifenprogrammen verzichtet der Landwirt auf Pestizide und wird dafür bezahlt.

Dringende Maßnahmen: Pestizidreduktion und Verbot gefährlicher Stoffe

Die Bundesregierung muss ein ambitioniertes Pestizidreduktionsprogramm mit Forschung und Beratung entwickeln. Die Einführung einer Pestizid-Abgabe für LandwirtInnen wäre ein wirksames Mittel, um die Menge der Pestizide zu senken und besonders gefährliche Stoffe zu ersetzen. Der hohe Pestizideinsatz mit hohen externen Kosten darf für die Verursacher nicht länger kostenfrei bleiben, denn so wird eine umweltfreundliche Bewirtschaftung verhindert. Pestizideinsatz in ökologisch wertvollen Gebieten muss generell untersagt sein.

Das Insektensterben zu stoppen kann ohne ein Verbot von besonders gefährlichen Pestiziden nicht gelingen. Neonikotinoide gehören nicht in unsere Umwelt. Sie schädigen nachweislich Bienen. 3 Neonikotinoide wurden bereits im Freiland verboten. Die Bundesregierung muss ihr Versprechen, aus der Glyphosat-Nutzung bis 2021 auszusteigen, umsetzen.

Katrin Wenz

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für Agrarpolitik beim BUND.

1 http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0185809.

2 https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/pflanzenschutzmittelverwendung-in-der.

3 https://de.statista.com/infografik/5108/weltweiter-umsatz-mit-pflanzenschutzmittel/.

4 https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/pflanzenschutzmittelverwendung-in-der.

5 https://www.fona.de/mediathek/pdf/Bestaeuber_Broschuere_ipbes_KS.pdf.

© Christian Benseler (BY 2.0)

Mehr Schein als Sein – Die bevorstehende WM kann nur einen ersten Meilenstein bilden, für welche Rekorde und Titel wir uns eigentlich in Zukunft einsetzen wollen.

WELTMEISTER DES NACHHALTIGKEITSS(CH)EINS

Wie die internationale Sicht auf Deutschland wenig mit der nationalen Realität zu tun hat

Am 14. Juni wird der Startpfiff für die diesjährige Fußballweltmeisterschaft in Moskau zu hören sein. Gastgeber Russland trifft im Eröffnungsspiel auf Saudi-Arabien. Bereits in dieser Eröffnungskonstellation sollte klar sein, wie viel oder besser gesagt wie wenig die Ausrichtung dieser internationalen Großveranstaltung mit Demokratie zu tun hat. Einer Vermittlung von Werten und Idealen muss die internationale Fußballmaschinerie schon lange nicht mehr gerecht werden. Während der in unzählige Korruptionsskandale verstrickte Ausrichter FIFA Einzeltickets zu Hunderten von Dollar verscherbelt, anerkannten DopingexpertInnen die Einreise nach Russland verweigert wird oder sich Spieler der Nationalmannschaft lächelnd mit menschenrechtsverachtenden RegierungschefInnen in der Öffentlichkeit präsentieren, ist das Ziel der diesjährigen WM-Teilnahme unmissverständlich: Titelverteidigung. Nach außen gilt es nicht nur im Fußball, den schönen Schein des Weltmeisters zu bewahren – das Sommermärchen muss weitergeschrieben werden.

Dass der schöne Schein des deutschen Weltmeisters auch in anderen Bereichen trügt, dürfte uns allen bekannt sein. Fragen wir nur Menschen am unteren Ende der Einkommensskala, wie viel der „boomenden Wirtschaft“ des Exportweltmeisters Deutschland bei ihnen ankommt. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf die internationalen Verpflichtungen und Zielvorgaben, die auch die deutsche Bundesregierung unter enormen Handlungsdruck setzen sollte.

„Träumerei, die die Welt verändert“

Äußerst treffend betitelte die ZEIT 2015 die bevorstehende Verabschiedung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs).[1] Am 25. September 2015 unterzeichnen Staats- und RegierungschefInnen aus allen 193 Staaten der Welt die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) und ihr Kernstück, die SDGs. Diese 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen sind Ergebnis eines über dreijährigen intensiven Verhandlungsprozesses und repräsentieren eine historische Neuorientierung im Umgang mit internationalen Herausforderungen und Krisen, wie der fortschreitenden Umweltzerstörung, Armut, Hunger und Ungleichheit. Alle Staaten der Welt verpflichten sich gemeinsam darauf, Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft zu übernehmen und erkennen die Universalität der Zielagenda an. Das bedeutet, dass nur, wenn alle Ziele gemeinsam erreicht werden, nur wenn unsere Friedens-, Umwelt-, und Entwicklungspolitik genauso wie Wirtschaft-, Finanz- und Handelspolitik auf das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung hinarbeitet, kann der zerstörerische Kurs unserer (westlichen) Gesellschaft noch abgewendet werden. Schon allein diese Zusage müsste eine grundlegende Umstrukturierung unserer politischen Architektur, unserer Finanzplanung, unserer Gesetzgebung, unserer gesamten politischen Entscheidungsprozesse zur Folge haben. In den ersten 3 Jahren der Umsetzung ist von der revolutionären Schlagkraft der Ziele jedoch wenig übriggeblieben.

Strategie 5.0

Der Bundesregierung kann sicherlich in diesem Prozess keine Untätigkeit vorgeworfen werden. Intensiv beteiligte sich Deutschland an den Verhandlungen und hängte die nationale Umsetzung politisch auf höchster Ebene auf: Das Kanzleramt leitet seit Verabschiedung die Umsetzung in, durch und mit Deutschland. Und in dieser nationalen Umsetzung liegt der eigentliche Knackpunkt: Eine globale, universal gültige, Agenda kann nur einen Handlungsrahmen abstecken – ihre Wirksamkeit erlangen die SDGs erst durch eine Anpassung und Konkretisierung innerhalb der einzelnen Nationalstaaten. Dazu ist ein umfassender Umsetzungsplan mit klarer Zielsetzung und Priorisierung unumgänglich. Die Bundesregierung holte zu diesem Zweck eine bereits bestehende Regierungsstrategie aus der Schublade: Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie von 2002. Deren turnusmäßige fünfte Neuauflage im Jahr 2016 wurde kurzfristig zur deutschen Umsetzungsstrategie der SDGs befördert. Die Vor- und Nachteile dieses Vorgehens ließen sich ewig diskutieren. Klar beobachtbar ist jedoch, dass die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weder in der Öffentlichkeit noch in Regierungskreisen große Aufmerksamkeit generieren konnte und die politischen Entscheidungen der letzten Jahre leider keine Priorisierung des Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung erkennen ließen.

Laut Regierungsbeauftragten sei dies jedoch alles eine Frage der Zeit – die neu geschaffenen Strukturen und Institutionen bräuchten ein wenig Vorlauf, um zu greifen. Über den Mangel an neuen Beauftragten, Plänen, Ausschüssen und Regeln dürfen wir uns hinsichtlich der Umsetzung der SDGs wohl nicht beklagen. Mit umfangreichen Regeln zur Gesetzesprüfung, offiziellen KoordinatorInnen in jedem Bundesministerium, hochrangig besetzten Begleitkreisen und vielfältigen Prüfmechanismen sollte eine Beachtung der Leitlinien der Agenda 2030 zumindest auf dem Papier gesichert sein.

Alles Weltmeister?!

Genau dieser formelle Unterbau ruft internationale Bewunderung auf den Plan. Weniger als 1 Jahr nach der Verabschiedung berichtet der Musterknabe Deutschland freiwillig vor den UN über die vielfältigen Fortschritte. In einem selbstorganisierten Prüfprozess (Peer Review) bestätigen internationale ExpertInnen Deutschland eine hervorragende Nachhaltigkeitsarchitektur. Auch im europäischen Vergleich wird Deutschland stets hervorgehoben – so mangelt es in vielen Ländern bisher komplett an einer Umsetzungsstrategie. Doch wie an anderen Stellen ändert das offene globale Bekenntnis und Selbstverpflichtungen wenig an tatsächlichen Politikentscheidungen. Während vor den Augen der Weltpresse die deutsche Bundesregierung in Paris bis mitten in die Nacht für ein ehrgeiziges Klimaabkommen gerungen hat, bliesen zuhause die Kohlekraftwerke weiterhin fleißig die CO_2-Emissionen ganzer Nationalstaaten in die Luft. Diesen Umstand zu ändern, ist in den letzten Koalitionsverhandlungen kläglich gescheitert. Vorsorglich wurde gleich das bestehende Klimaziel für die kommende Legislatur vom Tisch geräumt. Politischer Wille sieht anders aus. Und während Deutschland stolz im Jahr 2016 über die SDG-Umsetzungserfolge berichtete, wurde im Kabinett der Bundesverkehrswegeplan verabschiedet und zementierte damit das Gegenteil einer nachhaltigen Mobilitätsplanung bis zum Jahr 2030. Dieser offene Widerspruch weckt wenig Vertrauen in politische Zielformulierungen und Nachhaltigkeitsarchitekturen.

Titelverteidigung

Nicht alle Weltmeistertitel sind Schall und Rauch. Ein nachhaltiger Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht utopisch, sicherlich jedoch langwierige und mühsame Arbeit. Das deutsche Markenzeichen Energiewende ist mit gewaltigen Investitionen in Technik und Wissenschaft verbunden, gepaart mit einem starken gesellschaftlichen Engagement und Initiativen von unten. Diese Bedingungen lassen sich vermutlich nicht im Reallabor nachspielen, aber wichtige Lektionen dürfen trotzdem nicht verloren gehen. Als wichtiger Schritt muss eine neue Kommunikationsstrategie mit der Öffentlichkeit angegangen werden: BürgerInnen werden in der Debatte um Nachhaltigkeit häufig als zu belehrende GegnerInnen begriffen. Dabei spiegeln viele Zielsetzungen der SDGs die Erfüllung ganz grundsätzlicher Bedürfnisse der Gesellschaft wider, sei es in der öffentlichen Daseinsvorsorge, im Umweltschutz oder in der Friedenssicherung. Viel wichtiger als Verhaltenskorrekturen sollte die transparente Einbindung und Beteiligung aller relevanten AkteurInnen in die geplanten Umstrukturierungsprozesse sein. Hierzu gehört eine informierte Öffentlichkeit, die die öffentlichen und globalen Verpflichtungen ihrer Regierung ernstnimmt und im Zweifelsfall aktiv einfordert. Schon kurzfristig stehen Entscheidungen an, die wegweisend sein werden für den Nachhaltigkeitskurs der neuen (alten) Bundesregierung. Genannt seien an dieser Stelle die Berufung einer Kohlekommission, die strategisch verschleppt wird und damit eine lange überfällige gesellschaftliche Debatte blockiert. Auch die Zukunft der europäischen Agrarpolitik steht auf dem Spiel. Immerhin 1 Drittel des europäischen Haushaltes fließen in Agrarsubventionen. Im ersten Vorschlag aus Brüssel für die zukünftige Ausgestaltung dieser gewaltigen Fördersumme ist die Bindung einiger Mittel an Umweltschutzmaßnahmen komplett aufgehoben, was die Bundesregierung umgehend begrüßte.[2] Die simple Forderung, öffentliche Gelder an öffentliche Leistungen zu knüpfen, geht unter im Sinne einer profitmaximierenden, exportorientierten Agrarindustrie. Langfristig gesehen werden wir uns einer grundlegenden Debatte zum vorherrschenden, unerschütterlichen Glauben an den freien Markt und der Fixierung auf Rentabilitätsdenken, die zunehmend einen Gegenpol zur öffentlichen Daseinsvorsorge und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft bilden, nicht entziehen können. Die bevorstehende Weltmeisterschaft kann nur einen ersten Meilenstein bilden, für welche Rekorde und Titel wir uns eigentlich in Zukunft einsetzen wollen.

Elisabeth Staudt

Die Autorin ist Referentin für Nationale Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/un-entwicklungsziele-nachhaltigkeit-vereinte-nationen.

2 https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2018/046-GAP.html.

© Frode Kroglund

Der Tod in der Turbine durch Wasserkraftwerke ist ein Sinnbild für den Umgang mit unseren Flüssen: Der Aal steht vor dem Aussterben – wer hätte sich das vor ein paar Jahrzehnten vorstellen können?

LEBENDIGE FLÜSSE FÜR EUROPA

Aufhören mit der subventionierten Unvernunft wäre ein guter Anfang für unsere Gewässer

Der gute Zustand der Gewässer ist seit dem Jahr 2000 das zentrale Ziel der Wasserpolitik der Europäischen Union (EU). Man kann dieses Ziel erreichen. Dazu muss man auch nicht die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ändern, sondern endlich aufhören, die Überdüngung, Verschmutzung und Zerstörung der Gewässer zu subventionieren. Merke: Schuld ist die Agrarpolitik. Aber es gibt auch noch andere.

Unsere Gewässer sind bedroht. Arg bedroht sogar: Nur 7 Prozent der Flüsse in Deutschland sind in einem „guten ökologischen Zustand“, ein gutes Drittel wird als „unbefriedigend“ eingestuft, 20 Prozent gar als „schlecht“, so die zusammenfassende Bilanz des Umweltbundesamtes für das Jahr 2015. Das Grundwasser ist auf knapp einem Drittel der Landesfläche so stark mit Nitrat belastet, dass der Trinkwassergrenzwert überschritten ist. Was geht hier vor?

Ganz offenbar hat bislang der Wille gefehlt, dem Schutz unseres kostbarsten Lebensmittels und des Lebenselixiers unseres Planeten endlich klare politische Priorität zu verleihen. Stattdessen subventionieren wir die Überdüngung der gesamten Landschaft, pumpen Unsummen in die Kanalisierung von Flüssen, auch wenn – wie auf der Elbe – quasi kein Schiff in Sicht ist, und unterstützen für ein paar Watt Wasserkraft die Verstümmelung unserer Bäche und Flüsse und das millionenfache Schreddern von Fischen bis zu ihrer Ausrottung. Es ist höchste Zeit, sich daran zu machen, diesem Unsinn entgegenzutreten. Es muss endlich darum gehen, die guten Ziele unserer gemeinschaftlichen Wasserpolitik auch wirklich zu verfolgen – aus Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen und für die Zukunft unserer Gewässer.

Sauberes Wasser in Gefahr

Sauberes Wasser und gesunde Flüsse sind nicht verhandelbar, sondern öffentliches Gut und Gemeinwohlanliegen. Angesichts des dramatischen Einbruchs der aquatischen Biodiversität in Europa darf es in der Wasserpolitik nicht allein um den Schutz der Wasserressourcen, es muss zugleich immer um den Schutz von Flora, Fauna und natürlichen Prozessen in unseren Flüssen, Seen und Küstengewässern gehen. Die WRRL bietet hierfür als EU-weit gültiges Gesetzeswerk seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 2000 eine geeignete Basis. Ihre zentralen Ziele: Der „gute Zustand“ in Hinsicht auf ökologische und chemische Qualität bei Oberflächengewässer (beim Grundwasser in Hinsicht auf chemische Qualität und Menge) sowie das Verschlechterungsverbot. Der wegweisende Ansatz des Flussgebietsmanagements über nationale Grenzen hinweg wird zu Recht aus aller Welt bestaunt. In der Praxis werden die Ziele des Gewässerschutzes jedoch eklatant verfehlt.

Es geht dabei aber nicht allein um Aufgaben der Wasserwirtschaft. Nur wenn wir den Gewässerschutz endlich als Querschnittsaufgabe verstehen, können wir den Artenverlust in Flüssen, Bächen und Seen stoppen und auch in Zukunft auf sauberes Wasser zurückgreifen.

18 Jahre nach dem Inkrafttreten der WRRL unterzieht die Europäische Union ihre Wasserpolitik einer Überprüfung. Ein sogenannter „Fitness-Check“ der einschlägigen Richtlinien soll zeigen, ob die Ziele des Gewässerschutzes für die Flora, Fauna und Ökologie der Binnen- und

Küstengewässer, für die chemische und mengenmäßige Qualität der Wasserressourcen und die Ziele für ein nachhaltiges Wassermanagement erreicht wurden: Ist die gegenwärtige Wasserpolitik in der Lage, den angestrebten „guten Zustand" der Gewässer zu erreichen oder nicht?

Von September bis Dezember 2018 ruft die EU-Kommission die BürgerInnen aller Mitgliedstaaten auf, sich an einer öffentlichen Konsultation zur Zukunft der Wasserpolitik zu beteiligen.

Die europäische Verbändekoalition Living Rivers Europe setzt sich dafür ein, den dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt in den Gewässern aufzuhalten und die vor knapp 20 Jahren in der WRRL formulierten Umweltziele für die Gewässer endlich ernstzunehmen. Denn auch wenn wir noch weit entfernt davon sind, sie zu erreichen: Diese Ziele bleiben richtig.

Gewässerschutz ist Querschnittsaufgabe

Wo stehen wir im Jahr 2018? Bei allen bemerkenswerten Erfolgen im Einzelnen ist auch in Deutschland das Erreichen der Ziele die Ausnahme. Zudem fehlen noch immer klare Vorstellungen davon, welche Maßnahmen ganz konkret notwendig wären, um den guten Zustand in den einzelnen Gewässern zu erreichen. Ohne diese Grundlage kann weder sinnvoll geplant werden, noch kann der Fitness-Check zu einem soliden Ergebnis kommen.

Entscheidend für das beständige Verfehlen der Ziele ist aber in allererster Linie, dass es bislang nicht gelungen ist, diese Ziele auch in anderen Politikbereichen zu verankern. Und zwar in denjenigen, die den größten Schaden an und in den Gewässern anrichten, allen voran Landwirtschaft, Energie, Schifffahrt und Bergbau.

Bestes Beispiel: Die Bundesrepublik Deutschland steht völlig zu Recht in Straßburg vor Gericht, weil die Agrarpolitik seit mehr als einem Vierteljahrhundert eine wirksame Düngegesetzgebung verhindert. Die ‚Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor der Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen' (Nitrat-Richtlinie), die von der Regierung Kohl 1991 mitbeschlossen wurde, ist immer noch nicht umgesetzt. Gegen ein derartiges Regelungsdefizit im Ordnungsrecht kann keine wasserwirtschaftliche Maßnahme anstinken. Zumal, wenn diese Maßnahmen wie bislang fast ausschließlich auf das Prinzip der Freiwilligkeit setzen.

Mit rund 59 Milliarden Euro jährlich ist die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der mit Abstand größte Haushaltsposten der EU – und kaum jemand redet darüber. Während die Agrarlobby und ihre Industrie die Öffentlichkeit gekonnt an der Nase herumführen, stellt eine verfehlte Politik das VerursacherInnenprinzip auf den Kopf. Die GAP ist der GAU für unsere Gewässer: Nitrat im Grundwasser, Ackergifte und Gülle in Gewässern, Bodenerosion und Sedimenteintrag, Lebensraumzerstörung vom Ufer bis ins Bachbett – wir subventionieren die horrende Umweltbelastung durch die industrielle Landwirtschaft mit Unsummen. Hier kann man nur von Politikversagen sprechen. Keiner kann sich leisten, dass es auch nach der nächsten Agrarreform wieder „Weiter so!" heißt. Wir brauchen eine Wende hin zu einer gewässerverträglichen Landwirtschaft, die ihre eigenen natürlichen Produktionsgrundlagen erhält.

Aber auch andere Wirtschaftsbereiche wie etwa die „Biogas"-Erzeugung, der Bergbau oder die Energiewirtschaft werden bisher von einer stringenten Verpflichtung zum Gewässerschutz ausgenommen, während die Gesellschaft die Zeche zahlt, etwa durch höhere Trinkwasserpreise.

Vom Verschlechterungsverbot, einem der zentralen Inhalte der WRRL, gar nicht zu reden. Wasserkraft zerstört das Wesen der Fließgewässer. Zwangsläufig. Ein Fluss ist ein Fluss und keine Kaskade von Karpfenteichen. Egal, wie oft wir die Mär vom Ökostrom noch hören müssen: Es ist nichts Grünes an einer Turbine im Fluss, und eine Staumauer ist der Grabstein für die dem Fluss eigene Dynamik. Wie kann es sein, dass dieser Irrsinn bei uns über eine Umlage gefördert wird, die jeder Stromkunde zahlen muss? Wasserkraft können wir uns sparen. Die über 7.300 kleineren Wasserkraftwerke (kleiner als 1 Megawatt) in Deutschland decken alle zusammen ein halbes Prozent (!) des Strombedarfs. Wie das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in seinem Dossier zur letzten Bundestagswahl konstatiert, sind diese Anlagen ein Hauptgrund dafür, dass die Umweltziele für Fließgewässer verfehlt werden. Dabei sind sie für Energiewende, Netzsicherheit und Energiemix bedeutungslos. Abriss und Renaturierung wären öffentliches Geld wert, nicht Weiterbetrieb. Staudammrückbau passiert längst, in den USA, in Frankreich und anderswo: Turbinen aus, Kraftwerke raus, lasst die Flüsse wieder fließen.

Wo es um Wasser geht, geht es ums Ganze

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten müssen nun deutlich machen, wie eine wirkungsvolle Umsetzung ihrer Wasserpolitik aussehen soll. Pläne und Maßnahmenprogramme, Ordnungsrecht und ökonomische Anreize sind grundsätzlich die richtigen Instrumente, sie sind aber bislang zu stumpf geblieben. Es muss darum gehen, endlich die Wasserressourcen zu schützen, anstatt ausgerechnet diejenigen Wirtschaftsweisen zu protegieren, die die Gewässer schädigen oder zerstören. Dies muss für die Gesellschaft Vorrang haben. Denn auch in Zukunft brauchen wir gesundes Wasser in hervorragender Qualität und ausreichender Menge.

Und es geht um unsere Natur und ihre Schönheit: Flüsse und ihre Auen sind die artenreichsten und dynamischsten Lebensräume in Europa, sie bilden die wichtigsten Korridore für die Ausbreitung von Arten und den großräumigen Biotopverbund. Zugleich gehören sie zu den faszinierendsten Landschaften, die wir kennen.

Der Zustand der Gewässer ist letzten Endes ein Abbild davon, wie wir mit Natur und Landschaft insgesamt umgehen. Flüsse, Seen und Meere, Feuchtgebiete und das Grundwasser – sie halten uns den Spiegel vor: So kann es nicht weitergehen. Nicht im Wasser, und auch nicht an Land. Wir müssen handeln. Jetzt.

Tobias Schäfer

Der Autor arbeitet als Referent Gewässerschutz in der Bundeskontaktstelle Wasser des Umweltverbands GRÜNE LIGA e.V. in Berlin und ist Mitglied der Water Working Group des Europäischen Umweltbüros EEB in Brüssel. Er ist Mitbegründer von flow : europe und Initiator der Veranstaltungsreihe FLUSSFILMFEST.

Alleine steht die Justitia doch eigentlich am besten da.

SONDERKLAGERECHTE FÜR INVESTORINNEN ILLEGAL?

Der Europäische Gerichtshof entscheidet im Fall Achmea

Die Paralleljustiz für InvestorInnen auf Grundlage von Investitionsschutzabkommen steht schon lange in der Kritik der Zivilgesellschaft. In einem Urteil vom 6. März 2018 kommt der Europäische Gerichtshof (EuGH) nun zu dem Schluss, dass die Kompetenzen eines Schiedsgerichtes im Verfahren zwischen dem niederländischen Versicherer Achmea und der Slowakei nicht vereinbar sind mit der Rechtsgrundlage der Europäischen Union (EU). Dem Urteil nach lässt sich die Entscheidung von keiner gerichtlichen Instanz nachvollziehen und beeinträchtigt somit die Autonomie des EU-Rechts. Was das Urteil so spannend macht, ist die Tatsache, dass seine Formulierungen theoretisch verallgemeinerbar sind für wesentlich mehr Investitionsschutzabkommen. Es stellt sich die Frage: Sind Sonderklagerechte und eine Paralleljustiz für InvestorInnen nach dem Achmea-Urteil überhaupt noch vereinbar mit dem EU-Recht?

Die Möglichkeit, vor Internationalen Schiedsgerichten klagen zu können, statt den nationalen Rechtsweg gehen zu müssen, soll ausländischen InvestorInnen Sicherheiten geben und zu mehr Auslandsinvestitionen führen. So sollen sie im Fall von Enteignung oder sogenannter „indirekter Enteignung" durch Staaten auf Entschädigung klagen können – lediglich eine Absicherung, so die Argumentation. Schiedsgerichte funktionieren allerdings nach einer anderen Logik als gewöhnliche Gerichte. So ist zum Beispiel die Unabhängigkeit der RichterInnen nicht gewährleistet, die Möglichkeit der Berufung fehlt, es gibt kein Anrecht auf rechtliches Gehör und klagen können nur ausländische InvestorInnen, wodurch sie rechtlich privilegiert werden.

Forderungen von InvestorInnen nach Entschädigung können zudem absurde Ausmaße annehmen, wie zum Beispiel der Fall des kanadischen Bergbaukonzerns Gabriel Resources gegen den Staat Rumänien zeigt. Unter anderem durch Bestechungen korrupter Regierungsmitglieder und Behörden erlangte der Konzern Lizenzen, um 4 Berge in der Region Roşia Montană komplett abzuschürfen und mittels giftiger Chemikalien Gold und andere Metalle aus dem Gestein zu extrahieren. Nach wochenlangen Protesten der Zivilgesellschaft und den Urteilen nationaler Gerichte, denen zufolge jegliche Lizenzen illegal erteilt worden sind, wurde das Projekt auf Eis gelegt. Daraufhin verklagte der Konzern Rumänien vor einem Schiedsgericht auf eine Entschädigungssumme von 4,4 Milliarden Euro. Die Verhandlungen laufen noch. Ungewiss bleibt, ob Rumänien seinen Kurs ändern wird, um in einem außergerichtlichen Vergleich weniger Entschädigung zahlen zu müssen.[1]

Die Sorge vor möglichen Klagen mit potenziell enorm hohen Entschädigungssummen veranlasst Staaten immer häufiger dazu, zum Beispiel ihre Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetze nicht oder weniger stark zu verschärfen. So können Sonderklagerechte notwendige Reformen behindern, einen Effekt, den man gemeinhin als „regulatorischen Stillstand" (Regulatory Chill) bezeichnet.

Zudem ist die Behauptung, dass mit der Inbetriebnahme von Investitionsschutzabkommen Auslandsinvestitionen auch tatsächlich steigen, überhaupt nicht bewiesen worden. Kritik an diesem System kommt in der Folge, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Beweggründen, nicht nur aus der Zivilgesellschaft, sondern u. a. auch vom deutschen Richterbund oder, wie das Achmea-Urteil jetzt bewies, sogar vom EuGH.

Der Fall Achmea

Bei Achmea handelt es sich um ein niederländisches Versicherungsunternehmen, das nach der Liberalisierung des Versicherungsmarktes in der Slo-

wakei dort ein Tochterunternehmen aufbaute. Nachdem die Slowakei im Jahr 2006 Teile der Liberalisierung des Versicherungsmarktes jedoch wieder rückgängig machte, klagte Achmea vor einem Schiedsgericht wegen „indirekter Enteignung" auf Schadensersatz. Grundlage für die Klage war ein Investitionsschutzabkommen zwischen den Niederlanden und der Slowakei. Das internationale Schiedsgericht in Frankfurt am Main verurteilte die Slowakei auf 22,1 Millionen Euro Schadensersatz, woraufhin diese einen Aufhebungsantrag beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe stellte mit der Begründung, dass Investor-Staat-Schiedsverfahren auf Basis von bilateralen Investitionsschutzabkommen zwischen EU-Staaten nicht konform mit dem EU-Recht seien. Beim Bundesgerichtshof machte man deutlich, dass man keine Europarechtswidrigkeit feststellen könne, aber fragte zur Sicherheit auch beim EuGH mittels einer Vorlagefrage nach. Dieser entschied dann überraschend am 6. März, dass die Sondergerichtsbarkeit auf Grundlage des Abkommens zwischen diesen beiden Ländern europarechtswidrig ist, weil sie eine Beeinträchtigung der Autonomie des EU-Rechts und eine Gefahr für die Einheitlichkeit von dessen Auslegung darstellt.

Die Autonomie des EU-Rechts und seine Folgen

Mit der Beeinträchtigung der Autonomie des EU-Rechts ist gemeint, dass das Investitionsschutzabkommen zwischen den Niederlanden und der Slowakei Schiedsgerichten die Kompetenz andichtet, beim Fällen von Urteilen EU-Recht auszulegen. Dabei kann das Schiedsgericht seine Urteile jedoch weder vom EuGH prüfen lassen, noch kann dieser oder andere gerichtliche Instanzen die Fälle einsehen.

Nun richtet das Achmea-Urteil sich zunächst einmal nur gegen dieses eine Investitionsschutzabkommen und die darin festgeschriebenen Kompetenzen, allerdings sind die Aussagen dabei so allgemein gehalten, dass es schwerfällt, darin nicht die Antwort auf eine Grundsatzfrage zu sehen: EU-rechtswidrig scheinen Streitbeilegungsinstanzen demnach genau dann zu sein, wenn sie über europarechtliche Fragen entscheiden, ohne dass ihre Entscheidungen überprüfbar wären. Das betrifft praktisch auch alle anderen innereuropäischen, bilateralen Investitionsschutzabkommen, wovon es insgesamt 196 gibt.

Das ständige Schiedsgerichtssystem von CETA

Auch das Transatlantische Freihandelsabkommen EU-USA (TTIP) und das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) enthalten Investitionsschutzkapitel, die Schiedsgerichtsverfahren zum Schutz ausländischer Investitionen vorsehen. Für CETA wurde dabei das ständige Schiedsgerichtssystem geschaffen, das, als Antwort auf die umfangreiche Kritik an der Schiedsgerichtsbarkeit, einige prozedurale Veränderungen mit sich bringen soll. CETA ist zwar bereits auf EU-Ebene ratifiziert worden, das darin enthaltene Kapitel zum Investitionsschutz muss jedoch noch von allen Mitgliedsländern einzeln ratifiziert werden. Bisher haben 10 Länder das Investitionsschutzkapitel ratifiziert. Bei CETA ist die EU selbst und nicht, wie im Fall Achmea, einzelne Mitgliedstaaten Vertragspartnerin des Abkommens. Die Frage ist nun, ob ein Urteil, das sich gegen Paralleljustizen auf Grundlage bilateraler Abkommen innerhalb Europas ausspricht, auch dem CETA-Investitionsgericht mit Europa selbst als Vertragspartner eine Absage erteilen würde.

Prof. Dr. Markus Krajewski meint dazu in einem aufschlussreichen Rechtsgutachten,[2] dass ein früheres EuGH-Urteil zum EU-Beitritt zu den EU-Menschenrechtskonventionen nahelegt, dass sich der EuGH gegen Beeinträchtigungen der Autonomie europäischen Rechts generell auszusprechen scheint und nicht nur gegen die Beeinträchtigung europäischen Rechts seitens der Mitgliedstaaten. Tatsache ist zudem, dass das CETA-Investitionsgericht trotz einiger prozeduraler Veränderungen genauso beschränkt wie das Schiedsgericht im Fall Achmea wäre. So soll es teilweise zwar EU-Recht auslegen können, wäre jedoch genauso wenig dazu berechtigt, seine Auslegungen durch den EuGH prüfen zu lassen. Es bliebe somit eine nicht überprüfbare Paralleljustiz, was nach Achmea im Widerspruch zur Autonomie des EU-Rechts stünde. Der EuGH prüft bereits in einem Vorab-Gutachten die EU-Rechts-Kompatibilität der CETA-Investitionsschutz-Bestimmungen. Die Möglichkeit eines negativen Ausgangs dieser Prüfung ist mit dem Achmea-Urteil stark gestiegen.

Ein Geschenk des EuGH?

Nun hat der EuGH im Fall Achmea sicherlich nicht zugunsten der Slowakei entschieden, um der Zivilgesellschaft ein Geschenk zu machen. Die Sonderklagerechte, die InvestorInnen privilegieren, sind dem EuGH vor allem deshalb ein Dorn im Auge, weil sie sein Rechtsmonopol unterlaufen. Wenn dieses Rechtsmonopol jedoch alle AkteurInnen gleichbehandelt, für Transparenz steht, für ordentliche RichterInnen und nicht als Druckmittel gegen notwendige Reformen genutzt werden kann, dann spricht vermutlich nichts dagegen, wenn die Zivilgesellschaft die Verteidigung dessen als ein Geschenk annimmt.

Davon abgesehen sollten Sonderklagerechte jedoch auch außerhalb eines EU-rechtlichen Rahmens ernsthaft hinterfragt werden: Demokratische Staaten brauchen regulatorischen Spielraum, ohne dabei Sorge haben zu müssen, von rechtlich privilegierten InvestorInnen auf enorme Schadensersatzforderungen verklagt werden zu können. Wir brauchen nicht mehr Rechte für InvestorInnen, sondern mehr Handlungsspielraum für demokratische Gesellschaften, um den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden zu können.

Nelly Grotefendt und Jeremy Oestreich

Die Autorin und der Autor arbeiten beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 Für einen vertieften Einblick in den Fall Roșia Montană: Goldgrube Konzernklage – In Roșia Montană könnte sich ein Bergbaukonzern dank einer Investor-Staat-Klage eine goldene Nase verdienen. https://corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/goldgrube_konzernklage_0.pdf.

2 Markus Krajewski (2018): Die Auswirkungen des Achmea-Urteils des EuGH auf die EU-Investitionspolitik. https://power-shift.de/wp-content/uploads/2018/03/PowerShift_BriefingPaper_Krajewski-Folgen-AchmeaUrteil-EU-Investitionspolitik-3-2018.pdf.

GLOBALE SCHIFFFAHRT

Gefahr für Klima und Gesundheit

Seeschiffe gehören zu den Hauptverursachern vieler Luftschadstoffe, die Klima und Gesundheit gefährden. Der verwendete Treibstoff schippert dabei als tickende Zeitbombe für die Meeresumwelt durch sensibelste Ökosysteme. Schiffe gelten zwar gemeinhin als klimafreundlich, weil sie wenig Kohlendioxid (CO_2) pro Tonnenkilometer verursachen, allerdings stoßen sie enorme Mengen anderer Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickoxide und Ruß aus. Allein in Europa sterben jährlich etwa 50.000 Menschen vorzeitig aufgrund von Schiffsabgasen.[1] Die Ursache dafür sind minderwertige Treibstoffe – meist giftiges Schweröl – und fehlende Abgastechnologie wie Partikelfilter und Stickoxidkatalysator. Lange Zeit hat sich die Weltschifffahrtsorganisation IMO wie ein schwerfälliger Tanker bewegt und Umweltinnovationen viel zu träge umgesetzt. Doch daran könnte sich nun etwas ändern.

Derzeit darf der Schwefelgehalt im Schiffstreibstoff maximal 3,5 Prozent betragen, das 3500-fache des Schwefelgehaltes im Straßendiesel. Selbst Schiffsdiesel, der in so genannten Emissionskontrollgebieten wie Nord- und Ostsee vorgeschrieben ist, ist immer noch mindestens 100-mal schmutziger als Straßendiesel. Wirksame Abgastechnik – an Land bei LKW und PKW längst Standard – ist bei Schiffen die absolute Ausnahme.

Besonders problematisch wird der Schiffsverkehr, je näher er an der Arktis stattfindet. Zum einen, weil der Ruß aus den Abgasen sich auf den Eis- und Schneeflächen absetzt und somit stark zu deren weiteren Abschmelzen beiträgt. Ruß (engl. Black Carbon) ist zweitstärkster Klimatreiber nach CO_2. Zum anderen, weil die Schiffe meist mit Schweröl betrieben werden. Ein Schiffsunfall mit diesem Treibstoff hätte fatale Folgen für das sensible Ökosystem der Arktis. In der Region existiert kaum Infrastruktur, um auf einen solchen Unfall reagieren zu können und die Ölpest einzudämmen oder gar effektiv zu bekämpfen. Wer erinnert sich nicht an die verheerende Havarie des Öltankers Exxon Valdez im Prinz-William-Sund von Alaska?

© ENERCON GmbH

Herkömmliche Schiffsmotoren verschmutzen die Luft mit großen Mengen an Giftstoffen – könnten alternative Antriebsmittel auf Grundlage erneuerbarer Energien, wie die Flettner-Rotoren der ‚E-Ship 1', die Frachtfahrt revolutionieren?

Kaum Bewegung von Seiten der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation

Die gesetzlichen Vorschriften auf See hinken denen an Land weit hinterher. Dabei sind sauberere Kraftstoffe und wirksame Abgastechnik verfügbar. Die Kosten für transportierte Produkte würden mit der Filterung von Abgasen und dem Verzicht auf Schweröl kaum steigen: nach Berechnungen des NABU beispielsweise der Transport eines Laptops von Asien nach Europa lediglich um 5 Cent, der eines T-Shirts um weniger als 1 Cent. Seetransport ist billig und damit einer der Gründe dafür, dass viele Waren weit entfernt von ihren Absatzmärkten hergestellt werden können. Die Emissionen der Schifffahrt sind durch den wachsenden Welthandel immens gestiegen. Im Jahr 2012 hat die Weltgesundheitsorganisation die Dieselrußemissionen als ebenso krebserregend eingestuft wie Asbest. Wer denkt beim Kauf von Elektronik oder Textilien aus Asien an Rußpartikel und Schwefeldioxid? Aus den Augen, aus dem Sinn – nachvollziehbar, aber fatal, denn die meisten Abgase entstehen nicht weit draußen auf dem Ozean, sondern in Küstennähe. In der Nordsee entweichen etwa 90 Prozent der Schiffsemissionen innerhalb von 90 Kilometern Entfernung zur Küste, und werden bis zu 500 Kilometer ins Landesinnere, also auch bis beispielsweise nach Berlin oder München, geweht und tragen dort zur Hintergrundbelastung von Feinstaub bei. Gesetzliche Regelungen für die internationale Schifffahrt werden von der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation der Vereinten

Nationen (IMO) festgelegt. Hier sind nahezu alle Staaten der Welt vertreten, um neben Fragen zu Sicherheits- und Wirtschaftsaspekten auch den Schutz der Meere voranzutreiben. Da jedoch auch Elemente wie transportierte Tonnage eine wichtige Rolle bei der Stimmenverteilung im Plenum spielen und vor allem Flaggenstaaten wie Liberia oder die Marshall Islands ganz im Sinne der ReederInnen abstimmen, mahlen die Mühlen dieser Institution für den Umweltschutz nur sehr langsam. Zu langsam, bedenkt man die prognostizierten Wachstumsraten des Seeverkehrs sowie die Lebensdauer heute in Dienst gestellter Schiffe von bis zu 50 Jahren.

Kreuzfahrtschiffe als wichtiges Symbol des Problems

Der NABU engagiert sich seit Jahren im Bereich der Schifffahrt und macht mit Kampagnen, etwa zur zunehmenden Abgasbelastung in Hafenstädten durch die boomende Kreuzfahrtindustrie, auf ein Problem aufmerksam, das erst langsam ins Bewusstsein der Öffentlichkeit vordringt. Mit Luftschadstoffmessungen an den Terminals europäischer Hafenstädte konnten Medien und Politik auf das Problem hingewiesen und mit lokalen Umweltverbänden und Bürgerinitiativen Lösungswege aufgezeigt werden. Das Kreuzfahrtranking des NABU analysiert zudem Jahr für Jahr die am europäischen Markt befindlichen Schiffe auf ihre Umweltperformance und gibt KundInnen so die Möglichkeit, dem saubersten Schiff den Vorzug vor einer alten Dreckschleuder zu geben. Bei der jüngst veröffentlichten Ausgabe für 2017 zeigte sich trotz erster, zaghafter Schritte einiger AnbieterInnen, vor allem aus Deutschland, dass immer noch ein Großteil der Flotte keine freiwillige Maßnahme zur Verbesserung der Abgasbilanz ihrer Schiffe ergreift.

Besser spät als nie – die IMO bewegt sich doch

Erste Erfolge zeigen sich bei TUI Cruises, die ihre Schiffe mit Stickoxidkatalysatoren ausgestattet haben, obwohl sie gesetzlich nicht dazu verpflichtet wären. Der deutsche Marktführer AIDA Cruises, aber auch die italienische Kreuzfahrtgesellschaft Costa oder das Schweizer Unternehmen MSC hat den Bau von Kreuzfahrtschiffen in Auftrag gegeben, die komplett mit Flüssiggas (LNG) fahren werden. Auch die französische Containerschiffreederei CMA CGM hat mittlerweile große Containerschiffe bestellt, die mit LNG betrieben werden. Damit lassen sich die Luftschadstoffmengen erheblich senken und mögliche Leckagen wären weit weniger gefährlich für die Meeresumwelt. Eine Lösung für das Klimaproblem stellt LNG nicht dar, bleiben die CO_2-Emissionen doch in etwa auf dem Niveau von Diesel. Dem Klimaschutzthema hat sich die internationale Schifffahrt lange entzogen. Mitte April 2018 wurde in London im Rahmen der turnusmäßigen Sitzung der IMO dann aber doch eine wegweisende Entscheidung getroffen. Nach 2 Wochen schwieriger Gespräche einigte man sich darauf, dass die Schifffahrt ihre Kohlendioxid-Emissionen um mindestens 50 Prozent bis 2050 gegenüber dem Basisjahr 2008 reduzieren muss. Dies entspricht nicht der Senkung um 70 bis 100 Prozent bis 2050, die erforderlich ist, um die Schifffahrt mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Dennoch wird eine Umstellung auf neue Kraftstoffe und Antriebstechnologien nunmehr unvermeidlich sein. Herkömmliche Effizienzsteigerungen werden da nicht mehr ausreichen, erst recht nicht, wenn der globale Welthandel und damit der Schiffsverkehr weiter ansteigen sollten. Entscheidend ist nun aber, was kurz- und mittelfristig passieren wird.

Die Zukunft des Schiffsverkehrs

Wie aber kann der Antrieb bzw. der Kraftstoff der Zukunft bei Schiffen aussehen? Fähren mit Elektroantrieb sind bereits heute im Einsatz, beispielsweise die Autofähre ‚Ampere' in Norwegen. Auch Hybridantriebe sind Stand der Technik, bspw. bei Scandlines, die eine Kombination aus Diesel- und Elektroantrieb zwischen Deutschland und Dänemark einsetzen. Auf langen, interkontinentalen Routen ist diese Technik derzeit allerdings kaum vorstellbar. Allenfalls eine Unterstützung durch Windenergie in Form von beispielsweise Flettner-Rotoren macht schon heute Sinn. Das Frachtschiff E-Ship 1 hat diese Technologie schon seit Jahren erfolgreich im Einsatz und die weltweit größte Reederei Maersk und das norwegische Kreuzfahrtschiff Viking Grace testen diese Form der Nutzung erneuerbarer Energien nun ebenfalls. Es bleiben der Wasserstoffantrieb sowie synthetische Flüssigkraftstoffe auf Basis erneuerbarer Energien, wie beispielsweise Power-to-Gas oder Power-to-Liquid. Hier wird sich erst zeigen müssen, ob diese Kraftstoffe in ausreichender Menge produziert werden können und zu welchen Kosten das geschehen kann. Wie viele Schiffsbewegungen es in Zukunft auf den Weltmeeren geben wird und damit zusammenhängend, wie hoch der Energiebedarf der Ozeanriesen sein wird, hängt natürlich noch von anderen Faktoren ab. So könnte der 3D-Druck die Produktion in den nächsten Jahrzehnten regelrecht auf den Kopf stellen. Anstatt über weite Strecken zu transportieren, könnten Produkte dann einfach vor Ort gedruckt werden. Die niederländische Bank ING DIBA prophezeit bereits jetzt, eine Abnahme der Bestellungen neuer Containerschiffe. Darüber hinaus wird die Verkehrswende auf hoher See auch ganz entscheidend von der Energiewende an Land abhängen: Rund ein Drittel der weltweiten Schiffsbewegungen sind Öl- und Gastanker. Sollten diese fossilen Energieträger von erneuerbaren Energien vollständig abgelöst werden, braucht es diese Flotten gar nicht mehr. Die mittel- und langfristige Perspektive darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bereits heute dringender Handlungsbedarf besteht. Die Verwendung des giftigen Schweröls als Schiffstreibstoff muss so schnell wie möglich beendet werden und wirksame Abgastechnik in alle neuen, besser noch auch nachgerüstet in allen bestehenden Schiffen zum Einsatz kommen.

Dietmar Oeliger

Der Autor ist Leiter für Verkehrspolitik beim NABU e. V.

1 https://www.wissenschaftsjahr.de/2016-17/aktuelles/das-sagen-die-experten/emissionen-aus-der-schifffahrt-gefahr-fuer-klima-und-gesundheit.html.

NEUESTE PUBLIKATIONEN DES FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

NEIN ZUM RAUBBAU AN DER TIEFSEE!

Positionspapier zivilgesellschaftlicher AkteurInnen zum Tiefseebergbau

Die Bundesregierung unterstützt politisch und finanziell eine Reihe von Industrie- und Forschungsinitiativen, die den Tiefseebergbau massiv vorantreiben. Die in der AG Tierseebergbau zusammengeschlossenen Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen fordern dagegen ein rasches Umdenken und Umlenken der Politik. Der absolute Rohstoffverbrauch in Deutschland und Europa muss massiv reduziert werden. Die Tiefsee muss als gemeinsames Erbe der Menschheit geschützt werden. Das schließt den Tiefseebergbau aus, da dieser in jedem Fall mit gravierenden Störungen der marinen Ökosysteme, mit Artensterben und unkalkulierbaren Folgewirkungen für die Meereswelt wie auch für die Menschen an ihren Küsten einhergeht und einer nachhaltigen Ressourcenpolitik entgegensteht.

JOINT POSITION OF THE SDG 6 SYNTHESIS REPORT ON WATER AND SANITATION

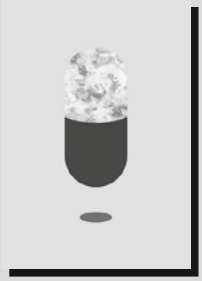
A paper of the Working Group of Water within the German NGO Forum on Environment and Development

The human right to water and sanitation alongside with the protection of water-related ecosystems and the environment are key elements for the implementation of the SDG-Agenda as a whole. The handling of our water resources is mainly driven by sectoral water demands. It still lacks a water management approach that integrates a wide array of policies and economic activities taking into account ecosystem requirements. This policy integration would much better reflect how we value water not only economically, but also socially and culturally – for people, for nature, for life.

SDG-FACTSHEET

Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung

In dem Factsheet werden die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) vorgestellt und aus zivilgesellschaftlicher Perspektive deren Herausforderungen bei der Umsetzung dargelegt. Außerdem werden 6 Beispiele gezeigt, wie verschiedene AkteurInnen durch ihre Arbeit aktiv bei der Umsetzung der SDGs helfen.
Um die SDGs zu verwirklichen, muss sich die Politik innerhalb Deutschlands an den Zielen ausrichten, darf deutsche Politik über nationale Grenzen hinaus nicht den SDGs widersprechen und müssen andere Länder bei deren nationaler Umsetzung unterstützt werden.



SCHÖNE NEUE WELT KONFERENZ

8.– 9. November 2018 in Berlin

Besseres Leben für alle in einer guten Umwelt – oder Katastrophe? Möglich ist vieles. Wir riskieren einen Blick in die Zukunft. Mit der ‚Schönen Neuen Welt' möchten wir Sie herzlich einladen, auf eine neue Art und Weise in Zukunftsutopien und -dystopien einzutauchen. Jenseits des politischen Tagesgeschäfts schauen wir 30 Jahre in die Zukunft. Wie sieht die Welt im Jahr 2048 aus, und warum ist es so gekommen? Was war der Anteil von Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft daran? Die Zukunft liegt in unseren Händen! Merken Sie sich den Termin schon jetzt vor.

Homepage: www.SNW2048.de
Twitter: @SNW2048

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt & Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage www.forumue.de.

Bestellungen online oder postalisch an:
Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: info@forumue.de

Schöne Neue Welt

8. — 9.
November 2018